

27. Jahrgang

1/2000

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Ulla Terlinden

Wohnungsreformdebatten
in der alten Frauenbewegung

Barbara Lang

Perspektiven für die soziale Stadt

Heinrich
Heidebrecht

Deutsche Architekten
in südlichen Provinzen Russlands

Gerhard Fehl

Leitbilder Gartenstadt und Bandstadt

Heinrich
Moldenshardt

Stalinstadt:
Stadtgründung und Staatsgründung

Wilhelm Ribhegge

Geschichte als Stadtgeschichte

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt und in Verbindung mit Helmut Böhme, Eberhard Jäckel, Jürgen Zieger und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Prof. em. Dr. OTTO BORST, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Herausgeber) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, 10587 Berlin – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches Institut, 37077 Göttingen – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Mittelweg 89, 20149 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Erster Bürgermeister, c/o Stadtverwaltung Heidelberg, Baudezernat, Palais Graimberg, 69117 Heidelberg – Dr. DIETER SCHOTT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Geschichte, Schloss, 64283 Darmstadt – Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, 70174 Stuttgart.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12 - 32 42, Fax (07 11) 35 12 - 24 18.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,- zzgl. Versandkosten DM 5,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 125,- zzgl. Versandkosten DM 5,-; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,50 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

ULLA TERLINDEN, Wohnungsreformdebatten in der alten Frauenbewegung 1

BARBARA LANG, Perspektiven für die soziale Stadt im 21. Jahrhundert 13

HEINRICH HEIDEBRECHT, Deutsche Architekten in den südlichen Provinzen Russlands 33

GERHARD FEHL, Gartenstadt und Bandstadt. Konkurrierende Leitbilder im deutschen Städtebau 48

AUTOREN 68

KLEINE BEITRÄGE / BESPRECHUNGEN

HEINRICH MOLDENSCHARDT, Stalinstadt: Stadtgründung und Staatsgründung (RUTH MAY, Planstadt Stalinstadt) 69

WILHELM RIBHEGGE, Geschichte als Stadtgeschichte (RICHARD J. EVANS, Tod in Hamburg und DAVID BLACKBOURN, Marienerscheinungen in Marpingen) 78

DIETER MARTIN, Zur Praxis städtebaulicher Denkmalpflege (CLAUS-PETER ECHTER, Grundlagen und Arbeitshilfen städtischer Denkmalpflege in Deutschland) 81

Ulla Terlinden

Wohnungsreformdebatten in der alten Frauenbewegung

Der Zeitabschnitt von der Jahrhundertwende bis zum Beginn des Nationalsozialismus war in Deutschland für die Stadtentwicklung des 20. Jahrhunderts eine äußerst wichtige Periode. Die fortschreitende Industrialisierung zog die Menschen in die großen Städte, denn dort gab es Arbeit und die Hoffnung auf ein besseres Leben. In den Städten gab es jedoch keine Wohnungen für die Zuziehenden, und so herrschte ein unglaubliches Wohnungselend. In spekulativer Absicht wurden Mietshäuser, die eher Kasernen glichen, in hoher Dichte, mit kleinen lichtlosen Wohnungen und mit minimaler sanitärer Ausstattung hochgezogen, die zu hohen Preisen vermietet wurden.

In Reaktion auf das Wohnungselend großer Teile der Stadtbevölkerung engagierten sich Männer und Frauen in Wohnreformbewegungen. Sie entwickelten eine Vielzahl von Konzepten und realisierten auch einige davon. Landflucht und »Überbevölkerung« in den Städten, Wohnungsnot, Armut, Krankheit und hohe Säuglingssterblichkeit waren Themen der Reformdebatten.

Bis heute prägen die damals entwickelten urbanen Konzepte unsere Städte. Das ist der Grund, warum die Wohnreformbewegungen für Architektur und Städtebau noch immer einen paradigmatischen Charakter haben. In der Fachliteratur werden vor allem Gartenstadtbewegung und die Bewegung des »Neuen Bauens« genannt. Weniger wird dort auf die Ideen der Einküchenhäuser eingegangen. Während die Gartenstadtbewegung und das »Neue Bauen« als wichtige Meilensteine in der Geschichte der Disziplin angesehen werden, hat die Einküchenhausbewegung weitaus weniger Relevanz. Das liegt sicher daran, dass letztere nur wenige ihrer Ziele umsetzen konnte. Gartenstadtbewegung und Einküchenhausbewegung entfalteten sich um die Jahrhundertwende, das »Neue Bauen« erst in der Weimarer Republik.

In diesem Beitrag sollen nun kurz die wichtigsten Gedanken der Wohnreformbewegungen skizziert werden, um anschließend den Fragen nach Beteiligung und Anteil der alten Frauenbewegung an diesen Reformen nachzugehen.

Die Gartenstadtbewegung wollte den elenden und ungesunden Wohnverhältnissen in den Städten begegnen, indem sie ein neues Siedlungskonzept entwickelte, das einen Ausgleich zwischen städtischer und ländlicher Wohnweise vorsah. In einer neuen Form von Siedlungen sollten gewerbliche Betriebe und Wohnhäuser mit Landwirtschaft und Gartenanlagen zu einem harmonischen Stadtgebilde zusammengefügt werden. Der Reformansatz enthielt weitreichende Erneuerungen bis hin zu genossen-

schaftlicher Organisation der Siedlung und teilweise sogar kooperativer Haushaltsführung zwischen mehreren Haushalten. Die Gartenstadtbewegung entstand in den 1890er Jahren in England. Dort war die Industrialisierung weiter fortgeschritten als in Deutschland und die Notwendigkeit einer Wohnungsreform früher sichtbar. Lechworth und Welwyn sind Städte, die in den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts in England nach dem Modell der Gartenstadt realisiert wurden. Auch in Deutschland fand die Gartenstadt großen Anklang, wurde aber nicht wirklich realisiert. Die Reformsiedlungen wie beispielsweise Essen-Margarethenhöhe, Berlin-Grünau oder auch die berühmteste Siedlung in Hellerau bei Dresden waren mehr Gartenvorstädte als Gartenstädte, denn sie beschränkten sich auf Wohnbauten und wohnungsnahe Einrichtungen. Auf die Planung von Industriebetrieben wurde in Deutschland verzichtet. Verbunden mit dem Siedlungsmodell der Gartenstadt ist in erster Linie der Name von Ebenezer Howard, der 1898 ein Buch darüber veröffentlichte, das bereits 1902 ins Deutsche übersetzt wurde und eine große Verbreitung fand.¹ Im selben Jahr der deutschen Übersetzung ist in der Zeitschrift »Neue Bahnen« zu lesen, dass eine Mrs. Howard Präsidentin der Gartenstadt-Gesellschaft in London bei den englischen Frauenvereinen für die Idee der Gartenstädte warb, denn es sei eine ganz besondere Sache der Frauen, für gesunde Wohnverhältnisse zu sorgen.²

Die Einküchenhausbewegung hatte die kollektive Hauswirtschaft zum Kernpunkt der Wohnreform. Neben privaten und für jeden Haushalt eigenen Wohnungen sollte es eine gemeinschaftliche hauswirtschaftliche Versorgung geben, die von bezahltem Personal ausgeführt wurde. Dadurch erhoffte man sich eine kostengünstige Haushaltsführung, Arbeitsplätze für Dienstpersonal und die Befreiung der Frau von der Hausarbeit, so dass sie beruflich und politisch tätig sein konnte. Lily Braun entwickelte die Gedanken zur Hauswirtschaftsgenossenschaft und war auch die vehementeste Vertreterin dieser Reformidee.³ 1903 gründete Lily Braun in Berlin die Haushaltsgenossenschaft G.m.b.H. für die der Berliner Architekt Kurt Berndt Pläne angefertigt hatte. Nach einiger Zeit fand man ein geeignetes Grundstück in der Nähe des Kurfürstendamms. Doch die Realisierung scheiterte im wesentlichen an der Finanzierung. Erst 1909, Lily Braun war nicht mehr dabei, wurde die Einküchenhausgesellschaft der Berliner Vororte gegründet, die zwei Projekte realisierte, doch dann an den hohen Unterhaltskosten für die Wohnhäuser scheiterte.

Das »Neue Bauen« war die erfolgreichste Wohnreformbewegung. Mit der Überschrift »Neues Bauen« wird eine Bewegung bezeichnet, die Anfang des Jahrhunderts u. a. mit der Gründung des Deutschen Werkbundes (1907) und den vorher genannten Wohnreformbewegungen begann, aber erst in der Weimarer Republik Bedeutung er-

¹ Vgl. E. Howard, To-morrow: A Peaceful Path to Real Reform, London 1898; ders., Garden-Cities of To-Morrow, London 1902.

² Vgl. Neue Bahnen Bd. 37, Nr. 10, Mai 1902.

³ L. Braun, Frauenarbeit und Hauswirtschaft, Berlin 1901.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe

Wohnung und Frau

Fünf Vorträge von Dr. Marie Baum,
Dr. Marie Kröhne, :: Alice Bense-
heimer, :: Dorothea Staudinger u.
Stadtrat Dr. Flesch

Herausgegeben vom Badischen Landeswohnungsverein E.V.

Preis M 1.—

... Die vorliegende Schrift enthält in ihrem ersten Teil drei Vorträge von Dr. Marie Baum, Dr. Marie Kröhne und Alice Benseheimer, die das Hauptthema der Veranstaltung, die Mitarbeit der Frau bei der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege, behandeln. Gewissermaßen als Anhang bringt der II. Teil der Schrift die beiden Vorträge von Dorothea Staudinger und Dr. Flesch, deren Inhalt wir für eine wertvolle Bereicherung der Wohnungsliteratur halten, und ein Merkblatt, das vielleicht manchen einen erwünschten Fingerzeig für die Richtungen gibt, in denen die Wohnungspflege aufklärend zu wirken sucht.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag

Abb. 1: Aus: Neues Bauen, Nr. 15, 1914.

Abb. 2: Aus: Die Frauenfrage, Nr. 21, 1913.

Die Wohnungsfrage

Von Anna Pappritz

Geht. III. — 50

Die Verfasserin ist gut orientiert über die traurigen Wohnungsverhältnisse in Deutschland, die zur sittlichen Demoralisierung der Jugend, zur Verbreitung der Tuberkulose und der nervösen Krankheiten führen. Das Buch behandelt die wichtigsten Vorschläge einer gesunden Bodenreform, tritt für die Wohnungsinspektion durch Frauen ein und führt die Einrichtungen der gemeinnützigen Bau genossenschaften und die wenigen vorbildlichen Arbeiterwohnheime an. Es liefert somit ein wertvolles Leitbild auf dem Gebiete der Wohnungsreform.

Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde

Von Jenny Apolant

Lehrerin der Kunstschule für Gemeindeführer der Frau zu Frankfurt a. M.

Steif geb. III. 1.35

„In dieser vom Allgemeinen Deutschen Frauenverein herausgegebenen und von der Leiterin der Kunstschule für Gemeindeführer der Frau zu Frankfurt a. M. mit großer Sachkenntnis und Geschicklichkeit gearbeiteten Schrift ist alles Material zusammengetragen, was sich auf die Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde bezieht. Sie ist daher besonders als Nachschlagewerk allen zu empfehlen, die sich über die kommunale Frauenarbeit unterrichten wollen...“ (Zit. aus: Die Frauenfrage für die kommunale Beteiligung der Frau auf die veröffentliche Schrift über auf viele dankbare Bemerkungen. Sie sollte in der Bibliothek jedes Magistrates und jedes Frauenvereins sein.“ (Herausgeber für Soziale Arbeit.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

langte. Dieser Ansatz basierte auf dem Gedanken, durch Neubau das Wohnungselend zu lindern. Mit Hilfe von Rationalisierung durch Normierung und Typisierung im Bauwesen wurden »Kleinstwohnungen« und »Wohnungen für das Existenzminimum« entwickelt und gebaut, um für möglichst viele Haushalte abgeschlossene, die Gesundheit nicht gefährdende und billige Wohnungen zu schaffen. Vor allem in sozialdemokratisch regierten Kommunen entstanden zwischen 1924 und 1930 Reformsiedlungen mit Gemeinschaftseinrichtungen, Grünanlagen und standardisierten Wohnungen, zum Teil mit eingebauten Möbeln. Sachlich-funktional sollten die Häuser innen und außen sein.⁴ Das »Neue Bauen« war eine sehr komplexe Bewegung mit vielen unterschiedlichen Facetten. In Architektur und Stadtplanung hat sie einen grundlegenden Wandel bewirkt, den ich hier nur andeuten kann. In der Architektur wurden andere Materialien verwandt, andere Konstruktionen entwickelt, neue Grundrisse entworfen und die industrialisierte Herstellung von Bauten eingeführt. Die Gestaltung veränderte sich radikal, indem jedes rein schmückende Element aus der Architektur verbannt wurde und die Form allein auf der Funktion des Gebäudes beruhte. Im Städtebau galt das Prinzip, dass alle Wohnungen so gebaut wurden, dass sie ausreichend mit Licht, Luft und Sonne versorgt wurden und in der Stadtplanung die räumliche Trennung von Wohnorten und Arbeitsstätten.

⁴ Vgl. N. Huse (Hrsg.), »Neues Bauen« 1918–1933. Moderne Architektur in der Weimarer Republik, Berlin 1985.

Dies war ein radikales Gegenmodell zu den Wohnbauten aus der Gründerzeit, die eher handwerklich mit traditionellen Materialien erbaut wurden, an den Straßenfasaden reich an Stuckornamenten waren und sich dicht aneinanderreihen, so dass weder Licht noch Sonne in die Wohnungen eindrang.

Die Bewegung des »Neuen Bauens« ging über die Reform in Architektur und Städtebau hinaus, denn sie war eingebettet in die große Aufbruchstimmung der damaligen Zeit. Für moderne Menschen wurden moderne Wohnungen und moderne Städte entworfen. Zu den bekanntesten Vertretern des »Neuen Bauens« gehörten in Deutschland Bruno Taut, Walter Gropius und Mies van der Rohe, der bedeutendste ausländische Vertreter war Le Corbusier.

Die Nähe zur Frauenbewegung war bei den vier Wohnreformansätzen unterschiedlich ausgeprägt. Bei der Einküchenhausbewegung war sie am größten, nicht allein weil frauenpolitische Anliegen Kernpunkte im Reformansatz waren, sondern auch weil die »geistige Mutter« der Bewegung in Deutschland, Lily Braun, zum radikalen Teil der alten Frauenbewegung gehörte. Die Gartenstadtbewegung versuchte die Frauen als Mitstreiterinnen zu gewinnen. So erschienen in ihren Publikationen Aufsätze, die das gemeinsame Interesse zwischen der Idee der Gartenstadt und der Sache der Frauen betonten.⁵

Das »Neue Bauen« hat Anliegen der Frauenbewegung angesprochen, doch in der heutigen Literatur erscheinen diese Anliegen als Anliegen der Architekten des »Neuen Bauens«. Die Frauen wurden zwar von dieser Bewegung ebenfalls umworben, doch das Verhältnis war eindeutig und drückte sich im Untertitel eines der wichtigsten Bücher des »Neuen Bauens« aus: »Der Architekt denkt – die Hausfrau lenkt.«⁶ Giedion, ein bedeutender Vertreter des »Neuen Bauens«, schrieb in seinem 1948 veröffentlichten Buch »Die Herrschaft der Mechanisierung« über die Ursprünge des »Neuen Bauens«, dass in den USA die Frauen eine rationell organisierte Hauswirtschaft und die Erleichterung der Arbeit durch verbesserte räumliche Anordnung von Einrichtungen forderten. In Deutschland jedoch wären es die Architekten des »Neuen Bauens« gewesen, die die neue rationelle Hauswirtschaft im Wohnungsbau verankerten.⁷ Auch in einer jüngst erschienenen Veröffentlichung zu dieser Frage wurden den Architekten sozial- und frauenorientierte Ansprüche zugeschrieben und die Bestrebungen der alten Frauenbewegung nur am Rande erwähnt.⁸

Die alte Frauenbewegung hatte in zahlreichen Publikationen, Projekten und Versammlungen für Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Wahlrecht für Frauen gekämpft. Es erschien unvorstellbar, dass dort nicht auch das Wohnungselend großer Teile der

⁵ Vgl. J. Kattowitz, Die Frau und die Gartenstadt, in: *Deutsche Gartenstadt Gesellschaft* (Hrsg.), Aus den englischen Gartenstädten, Berlin 1910.

⁶ Vgl. B. Taut, Die neue Wohnung. Die Frau als Schöpferin, Leipzig 1924.

⁷ Vgl. S. Giedion, *Machination Takes Command*, Oxford 1948.

⁸ Vgl. I. Beer, *Architektur für den Alltag*, Berlin 1994.



Sitz- und Bettnische, Mustereinrichtung auf der Ausstellung »Heim und Technik«, München, 1928.



Blick Richtung Koch- und Waschnische, Mustereinrichtung auf der Ausstellung »Heim und Technik«, München, 1928.

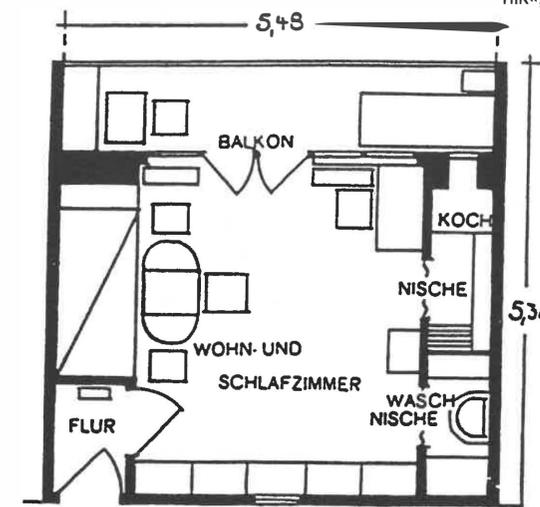


Abb. 3: »Die Wohnung der berufstätigen Frau«. Architektin: Margarete Schütte-Liholzky 1928; aus: P. Noever (Hrsg.), Margarete Schütte-Liholzky, Wien 1996.

Bevölkerung diskutiert und eigene Reformvorstellungen entwickelt wurden, zumal die Wohnung als Bereich weiblicher Zuständigkeit galt. In einem Forschungsprojekt haben wir nahezu alle Zeitschriften der damaligen Frauenbewegung bis zum Jahr 1933 durchgesehen und darin eine lebhafte und umfangreiche Debatte zum »Neuen Bauen« gefunden, die eigene Akzente in die Diskussion einbrachte und wichtige Punkte für reformiertes Bauen und Wohnen entwickelte.⁹ Verbunden war diese Debatte immer mit dem Leitbild der »Neuen Frau«, die eine berufliche Ausbildung besaß, erwerbstätig war und natürlich wahlberechtigt. Vor allem drei Themen wurden von der alten Frauenbewegung immer wieder in die Debatte geworfen:

⁹ Vgl. U. Terlinden / S. Grieser / B. Roß, *Wohnungspolitik in der alten Frauenbewegung*, Kassel 1999.

- Fürsorge für die MieterInnen und Pflege des Wohnungsbestandes,
- Rationalisierung, Taylorisierung und Zentralisierung der Hauswirtschaft,
- Entwurf und Durchsetzung einer neuen Wohnform, der Wohnung für die »Neue Frau«.

Um die negativsten Erscheinungsformen in den Wohnquartieren zu begrenzen, wurden in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts Polizeiverordnungen zur Wohnungsinspektion eingeführt, die von den Kommunen sehr unterschiedlich gehandhabt wurden. Aufgaben der Kontrollen waren Gesundheitsschutz, Sauberkeit, Geschlechtertrennung, Feuersicherheit und das Zurückdrängen des Schlafgängertums, d. h. der Untervermietung von Bettstellen.

Zunächst als polizeiliche Kontrolle durchgeführt, wandelte sich die Wohnungsinspektion in Richtung Fürsorge und Erziehung. Diese Hinwendung zu einem sozialpflegerischen Verständnis ist im wesentlichen das Verdienst der alten Frauenbewegung, die sich vehement mit der Wohnungsinspektion befasste. Über Jahre hinweg ist in den Zeitschriften der bürgerlichen Frauenbewegung über »weibliche Wohnungsinspektion« debattiert worden. Dabei ging es nicht allein um deren Neudefinition weg von obrigkeitstaatlicher Kontrolle hin zu sozialen Unterstützungsformen, sondern auch um Öffnung eines Berufsfeldes für entsprechend ausgebildete Frauen. Das ist auch gelungen, denn, zwischen 1908 und 1912 wurden fünf Wohnungsinspektorinnen von den Gemeinden eingestellt.

Das sozialpflegerische Verständnis der Wohnungsinspektion war eingebunden in die Vorstellung der bürgerlichen Frauenbewegung, Mütterlichkeit als ein Konzept mütterlicher Werte und Normen zu verstehen, das über die Familie hinaus in die Gesellschaft zu tragen wäre. Die als »Natur« der Frau angenommenen Eigenschaften sollten für die gesamte Gesellschaft nützlich werden. Vor allem Helene Lange hat diese in der Frauenbewegung organisierte »geistige Mütterlichkeit« vertreten. Lange übernahm auch die Idee der »Mütter der Stadt« von Henriette Goldschmidt, die bereits 1869 gefordert hatte, den Stadtvätern »Mütter der Stadt« gegenüberzustellen.¹⁰ Eine wesentliche Aufgabe der »Mütter der Stadt« bestand in der weiblichen Wohnungsinspektion.

Die Beteiligung der Frauen an der Wohnungsinspektion galt über den »weiblich«-pflegerischen Aspekt hinaus als wichtiges Instrumentarium, um die Frauen überhaupt an der öffentlichen Arbeit in den Gemeinden zu beteiligen und die Forderung der bürgerlichen Frauenbewegung nach kommunalem Wahlrecht zu untermauern. Denn die durch die Wohnungspflege erworbene Kompetenz qualifiziere die Frauen zur Beteiligung an kommunalen Aufgaben.

¹⁰ Vgl. I. Stöhr, Emanzipation zum Staat. Der Allgemeine Deutsche Frauenverein – Deutscher Staatsbürgerinnenverband, Pfaffenweiler 1990.



Abb. 4: Marie Elisabeth Lüders (1878–1966); aus: Wege zur Frauengeschichte Charlottenburgs 1850–1930, Berlin 1989.

Marie Elisabeth Lüders, eine der ersten Wohnungsinspektorinnen, berichtete 1913 über ihre Tätigkeit und plädierte für eine im ganzen Reich einheitliche und sozialpflegerisch orientierte Aufsicht. Lüders, die später Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags, nach dem Zweiten Weltkrieg Mitglied des Bundestags war, widmete sich während ihres gesamten beruflichen und politischen Lebens der Wohnungsfrage und dem Städtebau. Sie war eine der profiliertesten Frauenpolitikerinnen auf diesem Gebiet.

Die Idee der bürgerlichen Frauenbewegung im Umfeld von Helene Lange, die »Eigenschaften« der Frauen vom Haus auf die Gesamtgesellschaft zu übertragen, setzten Lüders und andere also praktisch um und versuchten, diese für die Wohnreform nutzbar zu machen.

Während die Reformen des »Neuen Bauens« die raum-zeitlichen Dimensionen von hauswirtschaftlichen Arbeitsvorgängen in den Mittelpunkt stellten, drehten sich die Debatten in den Zeitschriften der alten Frauenbewegung um Professionalisierung der Hausfrauentätigkeit, erstens zur sozialen Aufwertung, zweitens zur Erleichterung der Hausarbeit. Während in den Beiträgen des radikalen Zweigs der Frauenbewegung

dieses Thema immer mit dem Ziel diskutiert wurde, frei zu werden für die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit außerhalb des Hauses, bewegte sich die Debatte insbesondere in den 20er Jahren in Teilen der bürgerlichen und auch sozialistischen Presse in Hinblick auf eine soziale Aufwertung.

1921, nach der Übersetzung des Buchs von Christine Frederick aus dem Jahre 1911 durch Irene Witte mit dem Titel »Die rationelle Haushaltsführung«, rückte die Küche als Kernraum der hauswirtschaftlichen Arbeitserleichterung in den Vordergrund.¹¹ In der Folge erschienen eine ganze Reihe von Büchern zu diesen Themen, von denen wohl das von Erna Meyer mit dem Titel »Der Neue Haushalt« am erfolgreichsten war. Es erreichte 26 Auflagen.

Es wurden viele Küchentypen entwickelt, neben der allseits bekannten »Frankfurter Küche« von Margarete Schütte-Lihotzky, entstanden unter Mitarbeit von Erna Meyer die »Münchener Reformküche«, die Küche von Bruno Taut für die Berliner Siedlung »Onkel Toms Hütte« oder die »Ring-Küche«, die die Architektenvereinigung »Der Ring« entwickelt hatte. Auf zahlreichen Tagungen, in Ausstellungen und in den Gruppen der Frauenbewegung wurden die Vor- und Nachteile von Wohnküche und Nischenküche diskutiert.

Die Teilnehmerinnen der Tagung »Frau und Wohnung«, die der Bund Deutscher Frauenvereine am 9. und 10. Oktober 1926 in Berlin veranstaltete, forderten die Reichsregierung auf, der Vereinfachung und Verbilligung des Wohnungsbaus und der Wohnungsgestaltung durch Typisierung und Normierung ein viel höheres Gewicht zu verleihen.

Während diese Debatte insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg eine große Nähe zu den Vorstellungen und Konzepten des »Neuen Bauens« besaß, hatte die Debatte um die Veränderung der Hauswirtschaft mit Hilfe von Zentralisierung schon viel früher begonnen und wurde in veränderter Form erst viel später vom »Neuen Bauen« aufgegriffen.

Auslöser dieser Debatte war das von Lily Braun 1901 geschriebene Buch »Frauenarbeit und Hauswirtschaft«, in dem sie die Bildung von Wirtschaftsgenossenschaften und Baugenossenschaften vertrat und meinte, damit auch den sozial schwachen Schichten helfen zu können.¹² Neben der Wirtschaftsform beschrieb sie auch ihre baulichen Vorstellungen von einem Häuserkomplex mit 50–60 Wohnungen ohne eigene Küchen, dafür aber mit einer mit allen arbeitssparenden Maschinen ausgestatteten Zentralküche, deren Mahlzeiten im Speisesaal oder in der eigenen Wohnung eingenommen werden könnten, den Einküchenhäusern. Die Hauptdiskussion über Lily Brauns bauliche und organisatorische Vorstellungen fand mit der Sozialistin Clara Zetkin in der Zeitschrift »Die Gleichheit« statt. Sofort nach

¹¹ Vgl. I. Witte, Die rationelle Haushaltsführung, Berlin 1921.

¹² Vgl. L. Braun (s. A 3).

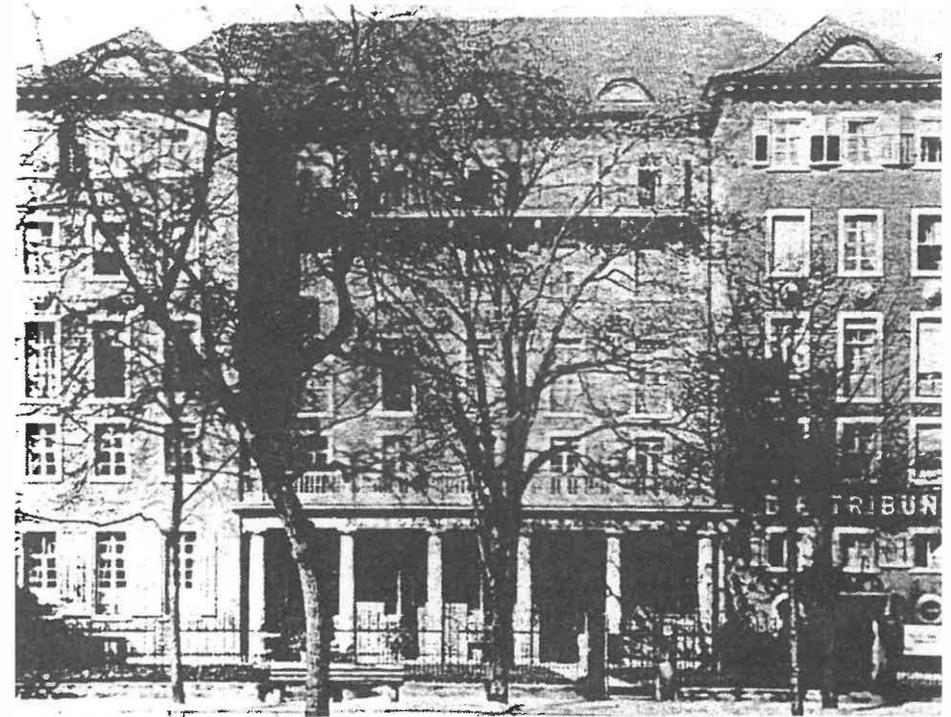


Abb. 5: Studentinnenwohnheim Berlin, 1915 fertiggestellt. Architektin: Emilie Winkelmann; aus: Wege zur Frauengeschichte Charlottenburgs 1850–1930, Berlin 1989.

Erscheinen des Buches von Lily Braun setzte sie sich in einer Artikelserie mit dem Konzept von Lily Braun auseinander und verwarf es. Ihre Argumente gründeten letztendlich alle darauf, dass die Arbeiterschaft dieses Modell nicht finanzieren könnte, da sie weder ein ausreichend hohes, noch ein gesichertes Einkommen hätte.

In der Folge durchzog die Idee der Zentralisierung immer wieder die Diskussionen um Veränderung des hauswirtschaftlichen Bereichs. In den späten 20er Jahren war es dann auch wieder die sozialistische Presse, die für berufstätige Frauen solche kooperativen Haushaltsformen vorschlug.

Lily Brauns Einküchenhausidee fand nach der Auflösung ihres Vereins und nach ihrem Tod zwei Nachfolgeorganisationen. In Absetzung zu der genossenschaftlich organisierten Zentralhaushaltsidee von Braun bildete sich 1909 die »Einküchenhausgesellschaft der Berliner Vororte GmbH« und ließ im gleichen Jahr fünf Einküchenhäuser in Berlin von den Architekten Albert Gessner (Wien) und Hermann Muthesius (Berlin) bauen. 1921 gründeten Claire Richter und Wally Zepler zusammen mit dem

Architekten Adolph den Lankwitzer »Verein für gemeinnützige Einküchenwirtschaft«.¹³

In der Debatte um Einzelhaushalt oder Zentralhaushalt in der alten Frauenbewegung setzte sich der erstere durch. Große Teile favorisierten die Rationalisierung der Hauswirtschaft im Einzelhaushalt, allein in den Zeitschriften des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung und später in der »Genossin«, dem sozialistischen Organ, wurde für die andere Wirtschaftsform geworben. Die »Niederlage« des Zentralhaushaltes hatte für die Frauen und die Städte weitreichende Konsequenzen. Für die Städte bedeutete der »Sieg« des Einzelhaushaltes eine spezifische Form der räumlichen Organisation des Reproduktionsbereiches, denn es ist augenscheinlich, dass eine Stadt anders gebaut wird, wenn dort die hauswirtschaftlichen Arbeiten in Zentralküchen und anderen Infrastruktureinrichtungen stattfinden.

In den Zeitschriften wurde viel darüber diskutiert, wie Bildung und Berufe für Frauen zu öffnen wären und wie die berufliche Tätigkeit mit der Rolle der Ehefrau zu vereinbaren wäre. Bis in die 1920er Jahre hinein waren sich große Teile der alten Frauenbewegung einig, dass Beruf und Familie nicht zu vereinbaren wären und Frauen sich deshalb entscheiden müssten, ob sie einen Beruf oder eine Familie haben wollten.

Damit entwickelte sich ein neuer Frauentyp, die alleinstehende berufstätige Frau, die sowohl aus bürgerlichen wie auch aus proletarischen Kreisen kam. Es war die junge Arbeiterin, die vom Land in die Stadt kam, es waren die Verkäuferin und die Büroangestellte, die nicht mehr bei ihren Herkunftsfamilien und auch nicht in Untermiete wohnen wollten, und es war die Studentin, die nach 1909 an den deutschen Hochschulen studieren konnte. Für alle diese »Neuen Frauen« gab es keine eigenständigen Wohnmöglichkeiten. Die alte Frauenbewegung wies als erste immer wieder auf diese neuen Nachfragegruppen hin, denn auf dem damaligen Wohnungsmarkt gab es keine passende Wohnungen. Die große Wohnungsnot für alleinstehende Frauen führte zu einer Vielzahl von Frauenwohnprojekten.

Die Zeitschriften berichteten über diese Wohnprojekte: Arbeiterinnenheime, Damenwohnungen, Heime für Lehrerinnen und Wohnungen für Postbeamtinnen, Heime für Kellnerinnen und Heime für Freiberuflerinnen. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Bezeichnung »Heim« keine fürsorgerischen Aspekte beinhaltete. Es waren oft große Berliner Wohnungen, die räumlich geteilt wurden. Meist mit Gemeinschaftsräumen und einer großen Küche versehen, boten sie auch soziale Kontakte. Viele Zimmer hatten auch kleine Teeküchen eingebaut. Hinzu kamen immer mehr Neubauvorhaben für die in den Zeitschriften geworben und über die berichtet wurde. Einige Wohnprojekte hatten aber auch einen karitativen Charakter (wie solche für

¹³ Vgl. G. Uhlig, Kollektivmodell »Einküchenhaus«, Gießen 1981.

Dienstmädchen, Arbeiterinnen, Wöchnerinnen). Die Finanzierung dieser Wohnprojekte war ein wichtiges Thema. Für den Kauf von Anteilsscheinen an Aktiengesellschaften und Genossenschaften wurde in den Zeitschriften der bürgerlichen Frauenbewegung geworben.

Auch wurde darüber diskutiert, ob die Wohnungen für alleinstehende Frauen in einem Komplex zusammengefasst oder verteilt auf ganze Wohnviertel günstiger gelegen wären. Daneben engagierten sich die Frauen und ihre Organisationen für Wohnungsergänzungseinrichtungen wie Kindergärten, Tagesheime, Feierabendheime, Clubs und Restaurants.

Der damalige Mietwohnungsbestand in den Städten setzte sich im wesentlichen aus dem Typ der bürgerlichen Großwohnung mit entsprechenden sanitären Einrichtungen und dem Typ der proletarischen Wohnung, bestehend aus Stube, Küche, Verschlag und Toilette außerhalb, zusammen. Die abgeschlossene Kleinwohnung mit den erforderlichen sanitären Einrichtungen war eine neue Wohnform, die sowohl für alleinstehende Frauen wie auch für Arbeiterhaushalte notwendig geworden war. In den berühmten Siedlungen des »Neuen Bauens« – wie Hufeisensiedlung, Onkel Toms Hütte, Weiße Stadt und Siemensstadt in Berlin und Römerstadt, Westhausen und Praunheim in Frankfurt am Main – wurde von den Architekten bezahlbarer und gut ausgestatteter Wohnraum für Arbeiterfamilien geschaffen, oft mit Waschküchen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen.

Daneben entwickelten die Architekten und insbesondere auch die wenigen Architektinnen in der Bewegung des »Neuen Bauens« Wohnungen für Alleinstehende. Meist verfügten diese Wohnhäuser über mehrere Geschosse und über Serviceeinrichtungen, wie kleine Restaurants, Wäschereien und andere für die hauswirtschaftliche Selbstversorgung nötigen Angebote. Man könnte diese Wohnform auch als Apartmentwohnen bezeichnen.

Die »Wohnung für die berufstätige Frau« und das Ledigenwohnhaus wurden zu wichtigen neuen Wohnweisen. Schon früh hat die alte Frauenbewegung auf die Notwendigkeit dieser Wohnform hingewiesen und auch in Projekten – ob im Altbaubestand oder als Neubau – realisiert und damit einen Wohntyp geschaffen, der auch für die Architekten des »Neuen Bauens« relevant war und die von ihnen favorisierte Wohnform des Wohnapartmenthauses mit Serviceeinrichtungen beeinflusst hat.

Auch das Einküchenhaus von Lily Braun hat dafür Modell gestanden, denn die Zentralküche war ja eine erste Form von Service im Wohnbereich. Obwohl es von ihr für die Arbeiterschicht vorgesehen war und später sogar von bürgerlichen Schichten nicht mehr bezahlbar war, konnten aufgrund der rationalisierten Herstellungsweise im Wohnungsbau Ende der 20er Jahre die Wohnungen billiger gebaut werden.

So kann zusammenfassend gesagt werden, dass von der alten Frauenbewegung wichtige und vielfältige Impulse zur Verbesserung der Wohnsituation ausgingen, die bislang in der Geschichte der Wohnreformen übersehen wurden.

Quellen:

Neue Bahnen, Jg. 1/1866–54/1919, Leipzig, Berlin, Karlsruhe; *Die Frau*, Jg. 1/1893–41/34, Berlin; *Centralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine*, Jg. 1/1899–14/1913, Berlin, Leipzig; *Die Frauenfrage*, Jg. 15/1913–20/1919, Berlin, Leipzig; *Nachrichtenblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine*, Jg. 1/1922–13/1933, Mannheim; *Frauenwohl*, Jg. 1/1893–2/1894, Berlin; *Die Frauenbewegung*, Jg. 1/1895–25/1919, Berlin; *Zeitschrift für Frauenstimmrecht*, Jg. 1/1907–12/1920, Berlin; *Frauenstimmrecht*, Jg. 1/1912–2/1914 München; *Die Staatsbürgerin*, Jg. 3/1913–8/1920, Berlin; *Die Frau im Staat*, Jg. 1/1919–15/1933, München, Ludwigsburg, Frankfurt a.M.; *Frauenkapital*, Jg. 1/1914–2/1915, Berlin; *Die Arbeiterin*, Jg. 1/1891, Hamburg; *Die Gleichheit*, Jg. 2/1892–33/1923, Stuttgart; *Die Genossin*, Jg. 1/1924–10/1933, Berlin; *Frauenwelt*, Jg. 1/1924–10/1933, Berlin.

Barbara Lang

Was macht eine Stadt sozial?¹*Perspektiven für die soziale Stadt im 21. Jahrhundert**1. Problemgegenstand*

Die Entwicklung deutscher und europäischer Großstädte wird seit den 90er Jahren von unterschiedlichen ökonomischen und soziokulturellen Umbrüchen geprägt. Durch die Transformation von der Industriegesellschaft zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft ist Arbeitslosigkeit eine Art »soziale Tatsache« geworden. Zudem wurde mit der Spaltung in höherwertige und niedrige Beschäftigungsverhältnisse die soziale Polarisierung in arm und reich forciert. Parallel macht sich die viel zitierte Pluralisierung der Lebensstile und damit die Herauslösung aus historisch vorgegebenen Sozialformen und Lebensläufen bemerkbar. Ein Prozess, der sich nicht nur in der Multiplikation von Optionen, sondern ebenso in der Zunahme sozialer Risiken niederschlägt: die gegenwärtigen sozialen Probleme reichen von struktureller Arbeitslosigkeit bis zum riskanten »eigenen Leben.«² »Risikogesellschaft«, »Desintegration« oder »Ausgrenzung« lauten die wissenschaftlichen Zeitdiagnosen dieser Entwicklung.³ Überdies greifen die herkömmlichen sozialen Sicherungssysteme nur noch bedingt: Der öffentlichen Hand fehlen die Mittel, und die sozial-politischen Steuerungselemente des Wohlfahrtsstaates weisen erhebliche Mängel auf, weil sie sich nach wie vor an der Normalbiographie des Erwerbstätigen in traditionellen Familien- und Lebensverhältnissen orientieren.

Angesichts dieser Erosionsprozesse der bisherigen sozialen Sicherungen und Netzwerke stellt sich die Frage, wie eine zeitgemäße Beschaffenheit und Organisation des Sozialen auszusehen hätte. Welche neuen und alten sozialen Strukturen und Netzwerke existieren in der Stadt des ausgehenden 20. Jahrhunderts? Welche dieser vorfindbaren Strukturen, Strategien und Ideen sind im Hinblick auf die »soziale Stadt des 21. Jahrhunderts« anschlussfähig? Wie können sie entsprechend heutiger und zukünftiger Herausforderungen modifiziert oder gestärkt werden? Und schließlich:

¹ Dieser Aufsatz geht aus dem Forschungsprojekt »Perspektiven für das Soziale in der Stadt am Übergang zum 21. Jahrhundert« an der TU Hamburg-Harburg hervor. Das Projekt wird seit 1996 von Prof. Dr. Ingrid Breckner geleitet. Bei ihr und bei Heike Herrmann, die seit März 1999 am Projekt mitarbeitet, möchte ich mich für ihre kritischen Kommentare und Anregungen bedanken.

² U. Beck, *Eigenes Leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wir leben*, München 1997.

³ U. Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 1986; A. Honneth, *Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose*, Frankfurt a. M. 1994.

Welche Rahmenbedingungen müssen als Entwicklungskorridor für die Entfaltung des Sozialen im 21. Jahrhundert bereitgestellt werden?

Doch was macht überhaupt eine Stadt sozial? Statistische Unauffälligkeit? Ordnung, Sauberkeit und Ruhe? Ausreichende Grünflächen? Geringe Kriminalitätsraten? Mit welchen Vorstellungen von der »sozialen Stadt« operieren die unterschiedlichsten Akteure? Welche Synergieeffekte und welche Blockaden erwachsen aus diesen Leitbildern der sozialen Stadt?

Im Folgenden werden zunächst die gängigsten Konzeptualisierungen des Sozialen in der gegenwärtigen Forschung skizziert. Daran anknüpfend stelle ich unsere Perspektive auf das Soziale, unseren Forschungsansatz sowie erste Ergebnisse aus zwei unterschiedlichen städtischen Quartieren dar, aus denen einige vorläufige Schlussfolgerungen abgeleitet werden.

2. Konzeptualisierungen des Sozialen

In der gegenwärtigen Forschung bilden sich grob gesagt drei Perspektiven auf das Soziale: Zum einen der Versuch, mittels sozialstatistischer Indikatoren Kriterien für soziale Lebensbedingungen zu definieren, die dann sozialpolitisch möglichst flächendeckend garantiert werden sollten. Zum anderen all jene Ansätze, die als zentrales Kriterium der sozialen Stadt ihre Kommunikations-, Kooperations- und Beteiligungsstrukturen ins analytische Blickfeld nehmen. Und schließlich der dritte Forschungsstrang, der bei der Bewältigung von Problemlagen das räumliche Umfeld bzw. das »Quartier« und seine sozial-räumliche Beschaffenheit als wichtigste Ressource konzeptualisiert.

2.1. Sozialstatistische Standards

Sowohl in der soziologischen Armutsforschung als auch in den Überlegungen zur »Sozialverträglichen Stadtentwicklung« beschäftigt sich ein Großteil der Forschung mit der Bestimmung und Messung von sozialen Mindeststandards: Einkommen, Bildung, Ausländerquote, eventuell auch Nähe zum öffentlichen Personen-Nahverkehr, Grünflächen im Stadtteil und ähnliches werden als Indikatoren für (un)soziale Lebensverhältnisse gedeutet. Das Anliegen dieser Forschung besteht also darin, allgemein verbindliche, verlässliche und statistisch überprüfbare Kriterien für das Soziale zu bestimmen.⁴ Das Ziel bzw. die Utopie einer sozialen Stadt wäre dann erreicht, wenn es keine statistischen Auffälligkeiten und Ungleichgewichte mehr gäbe, und wenn jeder Eingriff in die Stadt, der dieses Zahlengleichgewicht stören würde, sozial unverträglich wäre.

⁴ Vgl. z. B. U. Podszuweit, Datenhandbuch Hamburg, Hamburg 1992; M. Alisch / J. S. Dangschat, Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich. Darmstadt 1993, S. 124 ff.

Dieser Ansatz wird der Komplexität des Sozialen mindestens in zweifacher Hinsicht nicht mehr gerecht. In einer Zeit, da aktuelle Gesellschaftsanalysen immer häufiger die Auflösung traditioneller Standards – in Bezug auf die Familie, den Arbeitsmarkt oder die Geschlechterrollen – und damit die »Normalisierung von Abweichungen« verkünden,⁵ lassen sich soziale Lebensverhältnisse nicht mehr mit statistischen Durchschnittswerten bestimmen.⁶ Überdies wird das Soziale in diesen Ansätzen auf den Aspekt der sozialen Benachteiligung bzw. Armut fokussiert. Dadurch geraten all jene Dimensionen des Sozialen, die eher mit Eigenwilligkeit und Abweichung von normalen Biographien zusammenhängen – etwa Alleinerziehende, ethnische Minderheiten, »Aussteiger« – außer acht.

2.2. Diskussion und Kooperation

Der zweite Strang in der aktuellen Forschung definiert die soziale Stadt in Abhängigkeit von ihrer Fähigkeit, Konflikte und Meinungsverschiedenheiten in der pluralen Stadtgesellschaft zivil auszutragen. Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist die grundsätzliche Vielfalt und Heterogenität von Lebensformen und Interessen. Insofern bedarf es bei diesem Verständnis des Sozialen vor allem der Verständigung über unterschiedliche Identitäten, Meinungen und Interessen. Die zentrale zivilisatorische Aufgabe besteht darin, »Formen und Formeln der Koexistenz zu finden, unter deren Prämissen anhaltende und unausweichliche Konflikte ohne Androhung und Anwendung von Gewalt ausgetragen werden.«⁷ Analog argumentiert auch Klaus Schmals: Wenn Urbanität im wesentlichen die »Kultur der Differenz« bedeute, dann bedeutet »zivile Urbanität« nichts anderes als die Vermittlung der unterschiedlichen Lebensformen im institutionalisierten Diskurs. Konflikte, die aus der heterogenen gesellschaftlichen Struktur resultieren, sollten diskursiv ausgehandelt und durch »konsente Prozeduren« zivilisiert werden.⁸

Nach diesem Verständnis der sozialen Stadt geht es also darum, die notwendigen Foren zu schaffen, in denen zentrale Aushandlungs- und Diskussionsprozesse zu unterschiedlichsten Konflikten in der Stadt verhandelt und ausgetragen werden können. Eine Stadt, die die Möglichkeit zu solcher Art zivilen Debatten und demokratischer Teilhabe verschafft, wäre eine soziale Stadt.

In eine ähnliche Richtung weisen all jene Forschungen, die im Kontext sozial benachteiligter Wohnquartiere die Beteiligung und Aktivierung der Bewohner in den Mittelpunkt stellen. In diesen Ansätzen wird die Teilhabe bei der Gestaltung der un-

⁵ U. Beck (s. A 2), S. 124.

⁶ Vgl. K.-J. Bieback / H. Milz, Neue Armut. Frankfurt a. M. / New York 1995.

⁷ D. Senghaas, Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: ders. (Hrsg.), Den Frieden denken. Si vis Pacem, para pacem, Frankfurt a. M. 1995, S. 196.

⁸ K. M. Schmals, Zivile Urbanität – Von der großen Erzählung zum Wechselspiel kleiner Erzählungen, in: ders. / H. Heinelt (Hrsg.), Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite, Potentiale, Opladen 1997, S. 415.

mittelbaren Lebenswelt als konstitutiv für die Entwicklung einer bedürfnisgerechteren Umwelt gesehen. Denn, so die Überlegung, wer sich an der Gestaltung seines Lebensraumes beteiligt, hat die Möglichkeit, die den eigenen Bedürfnissen entsprechenden Maßnahmen zu realisieren.⁹

2.3. Das Quartier als Ressource zur Lebensbewältigung

Mit der dritten Perspektive auf das Soziale schließt sich diejenige Forschung an, die das Wohnquartier der Menschen als »wesentliche Ressource zur Lebensbewältigung« versteht.¹⁰ »Gemeint ist damit, dass das Quartier nicht nur der Ort ist, an dem man wohnt, sondern dass hier auch die Grundlage zur Existenzsicherung geschaffen werden kann, der Ort des sozialen Austauschs und zur Teilhabe an den gesellschaftlichen Institutionen gewährleistet werden kann.«¹¹

Dieser Ansatz hat in der jüngsten Vergangenheit immer stärker an Bedeutung gewonnen. Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Desintegration wird die Bedeutung des Raumes bzw. des Quartiers als Bindeglied propagiert. Dies um so mehr, als – angeblich – insbesondere sozial benachteiligte, ärmere Bevölkerungsteile ein sehr stark an das Lokale gebundenes Leben führen. Da die immer seltener auf Verwandtschaft basierenden sozialen Netzwerke bei unteren sozialen Schichten lokal zentriert seien, sei das Quartier die entscheidende Instanz zur Integration und Stabilisierung sozial Benachteiligter.¹²

Verschiedene Programme zur »Armutsbekämpfung« setzen deshalb an den Ressourcen und Potentialen in der unmittelbaren räumlichen Lebenswelt der Menschen an. Auf Quartiersebene werden nicht nur Teilnehmungsforen etabliert, auch Beschäftigungsmaßnahmen (ABM, Qualifizierung) und die Versorgung mit sozialer Infrastruktur (Beratungsstellen, therapeutische Einrichtungen, Wohnheime für Obdachlose usw.) werden im Kontext des Quartiers entwickelt und umgesetzt.¹³

3. Forschungsansatz

Die beiden zuletzt genannten Konzeptualisierungen des Sozialen – »Kooperation« bzw. »Raum als Ressource« – kommen dem Verständnis der sozialen Stadt bereits recht nahe, mit dem wir in unserem Projekt arbeiten. Dennoch geht unser Ansatz

⁹ M. Alisch / J. S. Dangschat (s. A 4).

¹⁰ U. Herlyn u. a., Armut und Milieu. Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren, Basel 1991, S. 234.

¹¹ M. Alisch, Stadtteilmanagement – zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel, in: dies. (Hrsg.), Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen 1999, S. 8.

¹² H. Häußermann, Armut in den Städten, in: Leviathan 1/97, S. 23.

¹³ So etwa das Hamburger Armutsbekämpfungsprogramm (bzw. das Programm zur sozialen Stadtteilentwicklung) oder die Maßnahmen für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf in NRW.

noch ein Stück über diese Ideen hinaus. Damit sich Menschen tolerant gegenüber unterschiedlichen Meinungen und Lebensformen verhalten und diese Meinungsverschiedenheiten auch zivilisiert austragen, damit Menschen also miteinander reden und kooperieren, bedarf es bestimmter Voraussetzungen. Voraussetzungen, die sich nicht in der Schaffung eines Bürgerforums oder bürokratischer Beteiligungsverfahren, d. h. in der Bereitstellung einer sozialplanerischen Infrastruktur erschöpfen (etwa: Bürgerforen, Sprechstunden, Beteiligungsmöglichkeiten). Die Voraussetzungen für eine zivile Urbanität, also für Toleranz, Diskussion und Kooperation liegen tiefer und in den Strukturen des städtischen Alltags begründet.

Diese Strukturen wurden von Jane Jacobs bereits in ihrem Klassiker »Tod und Leben großer amerikanischer Städte« dargestellt.¹⁴ Jacobs beschreibt das vitale Bürgersteigsleben, welches aus der Nutzungsmischung hervorgeht, als Ausgangspunkt für die Entstehung von Toleranz im Alltagsleben: Dort, wo möglichst rund um die Uhr reges Leben in den Straßen herrscht, dort entwickeln sich zufällig-beiläufige Kontakte zwischen den Menschen des Quartiers: an der Bar, beim Lebensmittelhändler, am Kiosk, auf dem Bürgersteig, im Café usw. Diese Kontakte sind zwar oberflächlicher Natur, aber sie bringen Menschen auf unverbindliche Weise zusammen und fördern damit ein Vertrauen und Sicherheit vermittelnde Atmosphäre im Stadtteil. Diese lockeren Begegnungen bilden einerseits die Basis für Toleranz im städtischen Alltag, darüberhinaus entsteht auf der Grundlage dieser kommunikativen Strukturen das Gefühl von Nachbarschaft und damit auch die Bereitschaft, sich für seinen Lebensraum aktiv – in entsprechenden Foren und Institutionen – einzusetzen. Anders formuliert: Die informellen Begegnungen sind der erste, aber zentrale Baustein, auf dem peu a peu auch formelle Begegnungen im Rahmen von Bürgerinitiativen, Runden Tischen usw. entstehen können. Folglich sind möglichst vielfältige, gemischte Strukturen für urbane Toleranz und darauf basierende zivile Konfliktlösungen konstitutiv.

Zum anderen sind es exakt diese sozialen Kontakte und Netze, die auch das wichtigste Potential zur Bewältigung und Abfederung sozialer Risiken beinhalten. Eine Überlegung, die im Konzept des »social capital« operationalisiert ist. Das Konzept des »social capital« geht davon aus, dass dort, wo soziale Kontakte, Beziehungen und Netzwerke lebendig und vielfältig sind, nicht nur die wechselseitige Toleranz wächst; darüber hinaus strömt der Informationsfluss, wächst die gegenseitige Hilfeleistung sowie die Bereitschaft, sich aktiv an der Herstellung sozialer Lebensbedingungen für sich und andere zu engagieren. So argumentiert zum Beispiel Robert Putnam schlicht und ergreifend: »Everyone would be better off if everyone could cooperate.«¹⁵ Andere

¹⁴ J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Wiesbaden 1963.

¹⁵ R. D. Putnam, The prosperous Community. Social Capital and Public Life, in: The American Prospect, Spring 1993, S. 35.

definieren »social capital« als »resources embedded in social relations among persons and organisations that facilitate cooperation and collaboration in communities.«¹⁶

Für das Zustandekommen von »social capital« ist es wichtig, dass Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus miteinander zusammenkommen, damit unterschiedliche Ressourcen und unterschiedliches Know-How getauscht werden kann. Gerade sogenannten »schwachen« Verbindungen, d. h. zufälligen, informellen und nicht institutionalisierten Begegnungen, kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Sie bilden Brücken zwischen verschiedenen Netzwerken und Ressourcen, und sie bilden eine wichtige Basis für soziale Integration.¹⁷

Der »wechselseitige Nutzen«, der aus der Kooperation bzw. aus »social capital« entsteht, kann sehr unterschiedlicher Natur sein: In der lokalen Ökonomie beispielsweise ist damit eher die informelle Kooperation von Betrieben, Zulieferern und darauf gründenden Netzwerken gemeint;¹⁸ in der Debatte um die sogenannten »sozialen Brennpunkte« geht es vor allem um informelle Informationen über Jobs, Hilfestellungen bei der Kinderbetreuung, bei Behördengängen usw.

So betrachtet liegt die Aufgabe im Hinblick auf eine soziale Stadt darin, sowohl formal-institutionelle als auch informelle Strukturen zu schaffen, die einerseits ein zivilisiertes Nebeneinander von unterschiedlichen Lebensstilen zulassen und andererseits ein Maximum an »social capital« in der Stadt ermöglichen. Dies mit dem Ziel, sowohl Toleranz und Vertrauen im Stadtteil zu fördern, als auch, ganz handfest, soziale Netzwerke der wechselseitigen Hilfestellung zu stärken. Derartige sozialräumliche Strukturen können als »Möglichkeitsraum« mit vielfältigen Potentialen für »social capital« bezeichnet werden.

Daran – an den räumlichen Strukturen – knüpft der zweite zentrale Ansatz unseres Forschungsdesigns an: an den Wechselbeziehungen zwischen Raum und »social capital«. In der bisherigen Diskussion um »social capital« werden diese Zusammenhänge übersehen, d. h. der Lebensraum als Ressource und als entscheidender Entwicklungskorridor für »social capital« wird schlichtweg ignoriert. Dagegen gehen wir – anknüpfend an die oben genannten Bedeutungen des Raumes im Hinblick auf die Bewältigung von Lebenslagen bzw. die Gestaltung der Lebenswelt – davon aus, dass dem Raum eine zentrale Bedeutung im Hinblick auf die Entwicklung von »social capital« zukommt. Deshalb lautet unsere Definition: Unter »social capital« sind sämtliche sozialen Beziehungen, Netzwerke und Kooperationen zu verstehen, die im Zusammenhang mit den jeweils vorfindbaren räumlichen Strukturen entstehen und zu

¹⁶ Vgl. *Research and Policy Committee*, *Rebuilding Inner-City Communities: A New Approach to the Nations's Urban Crises*, New York 1995, S. 12.

¹⁷ Vgl. *M. Granovetter*, *The strength of weak ties*, in: *American Journal of Sociology* 1973.

¹⁸ *D. Läßle / G. Walter*, *Das Handwerk und Hamburg – zwei die zusammengehören*, in: *Handwerkskammer Hamburg* (Hrsg.), *Horizonte. 125 Jahre Handwerkskammer Hamburg*, Hamburg 1998.

entwickeln sind. Wir fragen also, inwiefern die gegebenen räumlichen Bedingungen unterstützend oder hemmend für die Entfaltung des »social capital« wirken.

Bei der Untersuchung dieser Wechselbeziehungen zwischen Raum und »social capital« orientieren wir uns an dem Konzept des »gesellschaftlichen Raumes« von Dieter Läßle.¹⁹ Läßle reduziert Raum nicht auf seine materiell-physische Gestalt, d. h. auf ein Sosein, in dem sich soziokulturelle Prozesse entfalten, vielmehr konzeptualisiert er Raum als Ergebnis aus materiellen und soziokulturellen, regulierend-normativen und symbolisch-ästhetischen Wirkdimensionen. Entsprechend differenziert Läßle vier Komponenten des Raumes: Das materiell-physische Erscheinungsbild des Raumes (Architektur, Grenzen, Grünflächen etc.), welches unmittelbar mit der Symbol- und Zeichendimension des Raumes verknüpft ist, d. h. mit kulturellen Bedeutungen, die der funktionalen und ästhetischen Gestaltung stets eingelagert sind. Es ist unmöglich, innerhalb einer gegebenen Kultur Raum »an sich« wahrzunehmen, vielmehr sind bestimmte Erscheinungsformen des Raumes (Altbauten, 60er Jahre-Siedlungen, Türkische Geschäfte, Kopfsteinpflaster, Zentralität usw.) immer mit gelernten und tradierten Bedeutungen konnotiert. Die materiell-physische Gestalt ebenso wie die Symboldimension des Raumes werden maßgeblich durch die gesellschaftliche Praxis innerhalb des Raumes geschaffen, andererseits legt die kulturell codierte Gestalt von Räumen bestimmte Handlungsmuster nahe. Das Verhältnis zwischen Raum und gesellschaftlicher Praxis (Nutzungs- und Aneignungsprozesse im Raum, Gestaltung und Produktion des Raumes durch vielfältige soziale Akteure) ist damit reziprok: Gesellschaftliche Praxen konstituieren Räume, die ihrerseits wiederum auf die gesellschaftliche Praxis Einfluss nehmen. Schließlich wird der Raum durch institutionalisierte und normative Regulationssysteme geprägt (Eigentumsformen, Planungsrichtlinien, Gesetze, aber auch ungeschriebene Normen usw.).

In Anbetracht dieses komplexen Raumgefüges genügt es nicht, den materiell-physischen Raum zu gestalten, um so soziokulturell wünschenswerte Entwicklungen innerhalb dieses Raumes zu evozieren. Nur ein Konzept, das sämtliche der vier Einflussebenen berücksichtigt und integriert, kann überhaupt weichenstellend für eine positive, wünschenswerte Entwicklung wirken. Deshalb ist eine genaue Analyse der gesellschaftlichen Raumstruktur Ausgangspunkt für die daran anknüpfenden Überlegungen im Hinblick auf die soziale Stadt des 21. Jahrhunderts.

Vor diesem Hintergrund haben in unserem Forschungsprojekt »Perspektiven für das Soziale in der Stadt am Übergang zum 21. Jahrhundert« folgende Fragen Priorität: Welche Formen an »social capital« finden sich in der Stadt am Übergang zum 21. Jahrhundert? Welche Akteure – und zwar vom Bewohner über Wohnungsbaugesellschaften, Unternehmer und Sozialarbeiter bis zur Politik und Stadtplanung – kön-

¹⁹ Vgl. *D. Läßle*, *Essay über den Raum*, in: *H. Häußermann* (Hrsg.), *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*, Pöfgenweiler 1991, S. 157–207.

nen welchen Beitrag zur Gestaltung der Lebensverhältnisse beitragen? Was ist ihr »social capital«? Und weiter: Welche sozial-räumlichen Strukturen sind notwendig und wichtig, damit das so verstandene Soziale gedeiht und floriert? Wie sieht der räumliche Entwicklungs- und Entfaltungskorridor für das Soziale aus?

Damit geht es in unserem Projekt letztendlich um die Wechselwirkung zwischen »social capital« und Raum. Wir fragen nach den Potentialen, die innerhalb und außerhalb der Gebiete für die zivilisierte Konfliktbewältigung verfügbar sind und die für die Herstellung einer tragfähigen Urbanität nutzbar gemacht werden könnten.²⁰

4. Methodologische Implikationen

Die Untersuchung räumlicher Strukturen einerseits und deren Wechselwirkung mit dem sozialen Kapital im Raum andererseits erfordert ein komplexes wissenschaftliches Verstehen. Anders formuliert: Die Analyse des Zusammenhangs zwischen dem Sozialraum und den sozialen Praktiken im Raum ist ein Akt verstehender Deutung. Dies bedeutet einen Perspektivenwechsel, bedeutet, sich in die Lage der Erforschten zu versetzen und sich auf ihre Sicht der Dinge einzulassen und bedeutet ferner, einen Blick auf die historische Bedingtheit sozialer Tatsachen zu werfen.²¹

Gespräche mit Bewohnern und mit Akteuren vor Ort – von Anwohnern über Gewerbetreibende und »Sozialprofis« bis hin zu Bezirkspolitikern und »global playern« – bilden deshalb neben einer systematischen Raumwahrnehmung die empirische Basis unserer Untersuchung. Welche sozialen Beziehungen und Netzwerke nützen sie, bzw. sind für ihr Leben nützlich? Wie deuten und bewerten sie die soziale Qualität ihrer Lebenswelt? Welche Erklärungen haben sie dafür bereit? Wo sehen sie Defizite und Handlungsbedarf?

Um unseren Untersuchungsansatz für die Forschung handhabbar zu machen, wurden vier räumliche Untersuchungsausschnitte gewählt, in denen wir das Soziale in der gegenwärtigen Metropole Hamburg untersuchen: die City, das Schanzenviertel, Neuwiedenthal und Bramfeld. Diese Gebietsauswahl folgt zwei unterschiedlichen Logiken: Einerseits wollten wir uns an der inzwischen gängigen Differenzierung der Stadt im Sinne einer »quatered city« (Marcuse 1989) orientieren;²² ausgehend vom central business district (die City) über die gründerzeitliche Stadt (Schanzenviertel) und die daran angrenzende Stadt der bürgerlichen Mittelschicht (Bramfeld) bis hin zu den

²⁰ Vgl. I. Breckner, Soziales in der Stadt des 21. Jahrhunderts: Beschaffenheit und Perspektiven, in: Vorgänge, Heft 1, März 1999, S. 83–92.

²¹ Gleichwohl beschränkt sich auch die verstehende Analyse nicht auf die Perspektiven und Rationalisierungen ihrer Informanten; vielmehr geht es – im Sinne von Diltheys hermeneutischem Zirkel – um ein ständiges Oszillieren zwischen den lebensweltlichen Rationalisierungen einerseits und den wissenschaftlichen Deutungen andererseits.

²² Vgl. P. Marcuse, »Dual City«: a muddy metaphor for a quatered city, in: International Journal of Urban and Regional Research. Vol. 13, Nr. 4 (1989).

Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre am Stadtrand (Neuwiedenthal). Zum anderen wählten wir Gebiete, die – mit einer Ausnahme – in den vergangenen Monaten auf je unterschiedliche Art und Weise als »Konfliktträume« in der öffentlichen Wahrnehmung verhandelt wurden: Die City geriet durch die sogenannte »Bettlerdebatte«, aber auch durch den schrumpfenden Umsatz der Geschäfte ins Gespräch. Das Schanzenviertel wurde durch den Drogenhandel und -konsum zum Konflikttraum, und der Stadtteil Neuwiedenthal ist durch Jugendkriminalität auffällig geworden. Bewusst haben wir also eine Auswahl allein auf der Basis statistischer Ungleichgewichte vermieden und uns statt dessen für eine Art lebensweltliche Wahrnehmung städtischer Konfliktträume entschieden.

Nur der Stadtteil Bramfeld fällt aus diesem Setting heraus. Bramfeld steht eher für »Normalität« und soziale Unauffälligkeit; der (klein)bürgerliche Stadtteil bildet einen blinden Fleck in der »mental map« der städtischen Konfliktträume, wie des städtischen Raumes überhaupt. Insofern interessieren uns hier vor allem die Strukturen und Materialisierungen (scheinbarer) Normalität: Wie sieht es um die Beschaffenheit des »social capital« in Bramfeld aus? Welchen Beitrag leistet es zur empfundenen und wahrgenommenen sozialen Normalität?

Im Folgenden werden erste Untersuchungsergebnisse unseres Forschungsprojektes dargestellt. Daran anschließend sollen einige (zukunfts-fähige?) Thesen zur sozialen Stadt im 21. Jahrhundert formuliert werden.

5. Erste Ergebnisse: Das Schanzenviertel

5.1. Kurzer Überblick

Das Schanzenviertel ist ein typisches, dicht bebautes und bewohntes innerstädtisches Gründerzeitviertel. Rund 40% der Bewohner sind Nicht-Deutsche (1998), auch der Anteil der unteren Einkommensgruppen ist auffallend hoch: rund 18% der Einwohner beziehen Sozialhilfe (1996), und 14,5% der 15–65-Jährigen sind arbeitslos (1998).²³ Obwohl bereits diese Zahlen soziale Probleme anklingen lassen und obwohl das Schanzenviertel bereits in den 80er Jahren durch seinen aktiven Widerstand gegen die städtische Abrisspolitik im Stadtteil auffällig geworden war, gilt das Schanzenviertel erst seit Mitte der 90er Jahre als »Problemgebiet«. Erst durch den offensichtlichen Drogenhandel und -konsum ist das Quartier zum städtischen Konflikttraum geworden: »Hasch, Koks und Anmache«²⁴ bzw. »Drogenterror«²⁵ machen den Stadtteil zur »Endstation Sehnsucht«²⁶ – um ein paar Headlines der Presse zu zitieren.

²³ Statistisches Landesamt Hamburg, Hamburg Regional 1998. Stadtteil-Trends 1987–1997. Die Zahlen beziehen sich auf den Ortsteil St. Pauli.

²⁴ Der Spiegel 26/1997.

²⁵ Hamburger Morgenpost 19. 4. 1997.

²⁶ Hamburger Rundschau 29. 8. 1996.

5.2. »Social capital«

Trotz dieser spürbaren Probleme im Raum, erwies sich das Schanzenviertel in unserer Untersuchung (noch) als lebendiges Quartier, das von unseren Gesprächspartnern geschätzt wird und auf das sämtliche der idealtypischen stadtsoziologischen Kategorien eines vitalen, urbanen und engagierten Stadtraumes zutreffen: vom regen Leben in den Straßen, über bestehende informelle sowie formelle Netzwerke und soziale Einrichtungen. Bis hin zu einer aktiven Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen konnten wir alle Formen des »social capital« finden. Auch und gerade im Umgang mit dem akuten Problem des Drogenhandels und –konsums wird immer wieder nach zivilgesellschaftlichen Formen der Konfliktbewältigung gesucht.

Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Die Straßen im Schanzenviertel versinnbildlichen in geradezu idealtypischer Form das Bürgersteigsleben, das Jacobs beschrieben hat. Die Vielfalt der Waren und Dienstleistungen – vom Lebensmittelgeschäft über Trödeläden, Bankfilialen, Cafés und Imbissbuden bis hin zum Drogenberatungszentrum – evoziert von morgens bis spät abends Leben auf den Straßen. Sobald die Sonne scheint, haben zudem die Gemüsehändler, Antiquariate, Trödelgeschäfte, Schnäppchenmärkte, Restaurants und Imbissbuden ihre Angebote nach draußen auf die Bürgersteige verlagert. Dadurch werden Passanten immer wieder zum Verweilen und Stöbern, zum vorübergehenden Aufenthalt oder zu beiläufigen Gesprächen animiert. Auch Bettler, Obdachlose, Dealer und Junkies gehören zum Straßenleben, und obwohl deren Präsenz durchaus massiv ist, wurden sie von keinem meiner Gesprächspartner mit irgendwelchen ausgrenzenden oder abwertenden Kommentaren erwähnt. Gerade die tägliche Begegnung mit diesen Randgruppen ist zwar zum Teil anstrengend, aber zugleich scheint diese Begegnung auch den Nährboden für Toleranz zu bereiten. Ein Zusammenhang, den einer meiner Gesprächspartner wie folgt beschreibt: »Das, was das Viertel so besonders macht, ist die Toleranz. Toleranz für verschiedene Lebensstile, die hier alle leben können ... Auch arme Menschen werden hier geduldet. So hat jeder seinen eigenen Punk. Ein positiver sozialer Zusammenhang ist eben, wenn Menschen nicht aneinander vorbei leben, in Schachteln, sondern Treffpunkte haben, sich austauschen und achten« (Bewohner).

Diese alltägliche und informelle Integration bildet jedoch lediglich den Ausgangspunkt für das Bemühen um Integration auch in formellen, institutionalisierten Zusammenhängen. So gibt es spezielle infrastrukturelle Angebote – einen Drogenkonsumraum mit Café, das Drugmobil oder Therapieangebote – und ebenso gibt es zivilgesellschaftliche Diskussionsforen, in denen die unterschiedlichsten Akteure sich um eine gemeinsame Lösung der zunehmenden Drogenkriminalität im Viertel bemühen. Neben der regelmäßig tagenden Bürgerinitiative »1. Hilfe Sternschanze«, in der alle möglichen Konflikte im Stadtteil diskutiert werden – unter anderem die Überlastung des Drogenkonsumraums »Fixstern« und die Standorte von möglichen, weiteren

Konsumräumen im Quartier –, gibt es auch sporadisch einberufene Gesprächsrunden, die vom »Fixstern« organisiert werden. Die Teilnehmer dieser Runden reichen von der Polizei über die Sozialarbeiter der Drogenberatungsstätten bis zu Bewohnern und Gewerbetreibenden. Ein Sozialarbeiter beschreibt diesen kommunikativen Aushandlungsprozess wie folgt: »Wir haben hier mit den Vertretern der Polizei einen Runden Tisch veranstaltet, haben Handzettel verteilt, eingeladen. Es waren bestimmt 20 Gewerbetreibende da.« – »Bei unseren letzten Treffen, die wir hier gemacht haben, hat eigentlich niemand mehr Kriminalisierung von Drogen gefordert, sondern es wurde gesagt, es wird jetzt dringend Zeit, dass die Drogen für Langzeitabhängige kontrolliert freigegeben werden« (Fixstern).

Ein ähnlich solidarisches Handeln entwickelte sich, als ein Kiosk gegenüber der S-Bahn-Station mit der Begründung geschlossen wurde, er sei zum Anziehungspunkt für Alkoholiker und »Junkies« geworden. Gegen dieses Vorhaben protestierte die Bürgerinitiative »Erste Hilfe Sternschanze«. Sie entwickelte auch ein Konzept, wie der Kiosk in Zukunft organisiert werden könnte und hat einen entsprechenden Träger gefunden. Inzwischen erfreut sich der Kiosk wieder regen Zulaufs.

Die Beispiele für zivilgesellschaftliches Engagement ließen sich noch weiter fortsetzen: Ein Spielplatz, der aufgrund einer Anwohnerinitiative entstanden war; der regelmäßig stattfindende »Runde Tisch« mit dem Bezirksamtsleiter; die Bürgerinitiative »Wasserturm«, die sich für eine stadtteilorientierte Nutzung des denkmalgeschützten, leerstehenden Turmes engagiert; eine jüngst gegründete »Interessen- und Werbegemeinschaft Schulterblatt«, die die lokale Dienstleistungsökonomie unterstützen und halten will; aber auch weniger offizielle Hilfestellungen wie z.B. stundenweise Betreuungsangebote für Kleinkinder zur Entlastung der Mütter; materielle Hilfen für Bettelnde; Aushänge in Schaufenstern, auf denen Teilzeitarbeit angeboten wird; die Vermittlung von Tagesmüttern auf dem Spielplatz usw.

Das soziale Kapital im Schanzenviertel ist also rege, und damit stellt sich als zweite Frage die nach den Zusammenhängen mit dem Raum. Man würde sich die Sache zu einfach machen, indem man auf die prinzipielle Qualität der dichten, gemischten Gründerzeitquartiere verweist. Gelebte Urbanität, wie sie im Schanzenviertel zu finden ist, ist weder zufällig, noch »automatisch« an gründerzeitliche Quartiere gekoppelt. Vielmehr hat der Blick auf die historische Entwicklung des Gebiets deutlich gemacht, dass stadtplanerische Entscheidungen und Konzepte gemeinsam mit Aktivisten der neuen sozialen Bewegungen (Häuserbesetzungen und Anwohnerinitiativen) sukzessive eine soziokulturelle und räumliche Infrastruktur geschaffen haben, in der sich die verschiedenen Formen des »social capital« entfalten.

Bezüglich der stadtplanerischen Konzepte ist vor allem die »behutsame Stadterneuerung« der 80er Jahre hervorzuheben. Sanierungsgebiete wurden zum Beispiel 1982 das Gebiet nördlich der Altonaer Straße und 1988 das Karolinenviertel sowie das Schulterblatt (1988) – alles Gebiete, in denen unter ständiger Miteinbeziehung

der Mieter behutsam und bezahlbar erneuert wurde. Auch heute noch wirken die Sanierungsträger bei der Gestaltung der Raumstruktur fort. Im stillgelegten Schlachthofgebäude wurde von dem Sanierungsträger eine Gründeretage eingerichtet, die bereits erwähnte Interessens- und Werbegemeinschaft Schulterblatt ist auf Anregung der Handwerkskammer gemeinsam mit dem inzwischen eingesetzten »Stadtteilmanager« initiiert worden und ein brachliegendes ehemaliges Fabrik-Gelände wurde auch mit Sozialwohnungen neu bebaut. Und auch heute noch entstehen Wohnprojekte in Alt- und Neubauwohnungen.²⁷ – All dies sind Resultate und »Traditionen« der behutsamen Stadterneuerung aus den 80er Jahren.

Neben der Stadtplanung wirkten auch spezifische kulturelle Strömungen und deren Trägergruppen auf das heutige Erscheinungsbild des Stadtteils ein. In den 80er Jahren demonstrierte die Hausbesetzerszene gegen den Abriss von Altbauten und die damit verbundene Verdrängung der Mieter. Damit trugen die Hausbesetzer einerseits zum Erhalt der sozialen und räumlichen Strukturen im Viertel bei, denn tatsächlich konnten so viele der Vorderhäuser und Terrassen für deren Bewohner erhalten werden. Zum anderen zog mit den Hausbesetzern auch ein »neuer Geist« in das Schanzenviertel ein: Hausbesetzungen, Bürgerinitiativen, Demonstrationen waren in den 80er Jahren an der Tagesordnung und verbreiteten eine Atmosphäre, die Einmischung bzw. Mitsprache als Recht für die Anwohner reklamierte. So entstanden immer neue, zusätzliche Initiativen, die gegenüber den verschiedenen Gefahren der Quartiersentwicklung ihre eigenen Interessen formulierten: »Mieter helfen Mieter« etablierte sich als Mieterberatungsstelle, »Stattbau« spezialisierte sich als alternativer Sanierungsträger, verschiedene Wohnprojekte wurden realisiert, und die Bürgerinitiative »Rote Flora« konnte den Abriss eines ehemaligen Theaters und den Neubau eines Musicals im Schanzenviertel verhindern. Auch noch die gegenwärtigen Bürgerinitiativen und ein Großteil des von uns gefundenen »social capital« sind vor dem Hintergrund dieses Entstehungszusammenhanges zu verstehen. Denn die Prozesse der achtziger Jahre haben sowohl soziokulturell als auch räumlich die Voraussetzungen für das heutige »Klima« im Schanzenviertel geschaffen: Wohnprojekte, Sanierungsträger, die sich der behutsamen Stadterneuerung verpflichten, Räume für nicht kommerzielle Nutzungen, aber auch Cafés und Kneipen.

4.4. Gefahren

Sowohl das »social capital« als auch die räumlichen Strukturen im Schanzenviertel erweisen sich noch als weitgehend funktionsfähig. Dadurch können tatsächlich auch Konfliktsituationen wie der Drogenkonsum auf zivile Art gehandhabt werden. Diese

²⁷ Im Schanzenviertel gibt es gleich mehrere Büros, die sich auf die Entwicklung von Wohnprojekten spezialisiert haben. Entsprechend gibt es auch unterschiedliche Wohnprojekte, die vom alternativen Lebensentwurf bis zur Wohngemeinschaft von alleinerziehenden Frauen reichen.

Qualitäten gilt es unter allen Umständen zu erhalten und zu stützen. Die Stärken des Stadtteils, die in seiner engagierten Bewohnerschaft und einem heterogenen Stadtraum liegen, dürfen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Jede frustrierte Abwanderung sozial engagierter und integrierter Bevölkerungsteile (Bewohner ebenso wie Gewerbetreibende) würde eine problematische Abwärtsentwicklung des Stadtteils nach sich ziehen.²⁸

Tatsächlich gibt es auch hierfür ernst zu nehmende Anzeichen. Zum einen wurden gerade die aktivsten zivilgesellschaftlichen Akteure bei politischen Entscheidungen in der jüngsten Vergangenheit wiederholt ignoriert – und dies, obwohl Beteiligung und Partizipation angeblich von allen gewünscht und erwartet wird. So scheiterten beispielsweise Vorschläge und Konzepte, die im Quartier für ein sogenanntes »Afrikazentrum« erarbeitet worden waren, in letzter Minute an administrativen Grenzen und Rationalitäten. Konkret sah der Vorschlag vor, in leerstehenden Räumen in der Nähe des S-Bahnhofes ein Kultur- und Kommunikationszentrum für Schwarzafrikaner zu etablieren. Dadurch sollten für Schwarze Alternativen zur Straße und zum dort stattfindenden Drogenhandel geschaffen werden.²⁹ Der Bezirk Mitte aber, auf dessen Gebiet das Zentrum gelegen hätte, verweigerte die Zustimmung, weil Mitte ohnehin bereits genügend soziale Probleme und Brennpunkte habe.

Derartige Vorgänge führen zu Frustrationen und behindern das Handeln der Akteure. Wir sehen darin die Gefahr, dass so auf die Dauer nicht nur zivilgesellschaftliche Potentiale blockiert werden, sondern überdies die Aktiven dem Stadtteil den Rücken kehren. Da nun aber gerade diejenigen, die sich mit dem Stadtteil identifizieren und sich für ihn engagieren, von zentraler Bedeutung für die Stabilität des Quartiers sind, gilt es jede Tendenz in diese Richtung zu verhindern.

Doch auch in Bezug auf die Raumstruktur müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um das »social capital« im Stadtteil zu halten: So sollte darüber nachgedacht werden, wie man die Kontinuität der Mieter sichern kann, auch nachdem die Mietbindung aus der Sanierung abläuft. Weiter muss die Gewerbestruktur und die lokale Ökonomie im Viertel als wesentlicher Baustein des »social capital« erkannt, unterstützt und gehalten werden. Verbesserte und zusätzliche öffentliche Räume sollten geplant und realisiert werden, um das Bleiben im Stadtteil zu unterstützen. – Kurz: alles, was an Vorsorge und Fürsorge im Hinblick auf die bestehenden, positiven Struk-

²⁸ Auf diesen Prozess der Abwärtsentwicklung haben auch Hartmut Häußermann und Andreas Kaphan aufmerksam gemacht. Sie sprechen von endogenen Krisen, wenn sich niemand so recht verantwortlich fühlt für das Quartier. »Jede Gruppe hat ihre Gründe, sich innerlich abzuwenden«; vgl. H. Häußermann / A. Kaphan, Berlin: Bilden sich Quartiere sozialer Benachteiligung?, in: S. Herkommer (Hrsg.), Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg 1999.

²⁹ Ein Großteil der Kokain-Dealer sind Schwarze. Afrikaner, die (noch) nicht mit Drogen dealen, sollten gezielt an andere Aufenthaltsorte und damit in andere »Entwicklungskorridore« gelenkt werden.

turen möglich ist, sollte realisiert werden. Denn diese Struktur ist in der Tat *das* soziale Kapital eines Stadtteils, der ansonsten in vielfacher Hinsicht problematisch ist.

Schließlich sehen wir auch auf gesamtstädtischer Ebene Gefahren für das Schanzenviertel. Hier führen allgemeine Stadtentwicklungsprozesse dazu, dass funktional gemischte Räume in der Stadt Hamburg proportional immer weniger werden. Dadurch wächst der Druck auf die wenigen noch bestehenden Quartiere dieser Art – Quartiere, die aufgrund ihrer Heterogenität mehr Integrationsfähigkeit für die vielfältigen und auch sozial abweichenden Lebensformen und Lebensstile aufweisen.

Die Akteure aus Wirtschaft, Politik, und Stadtplanung scheinen diesen Druck nicht nur zu billigen, sondern sogar bewusst zu forcieren: Die Stadt der sozialen Vielfalt scheint einer Art funktionalem Ordnungswillen erwachsen zu sein. Dieser Ordnungswille verortet Migranten, Randgruppen und Aussteiger innerhalb einiger weniger Quartiere und fokussiert damit zugleich soziale Abweichung in Lokalitäten, während die Normalität der übrigen Stadt ungestört bleiben soll und kann.

Wenn nun aber »aus allen und insbesondere den ›besseren‹ Gegenden der Stadt die sozialen Probleme dorthin abgeschoben werden, führt dies zu einer Überforderung und damit zum Verfall dieser Bezirke.«³⁰ Wenn zudem die zivilgesellschaftlichen Potentiale innerhalb dieser Viertel, die sich um eine diskursive und politische Zivilisierung der Konflikte bemühen, eher blockiert werden, anstatt sie zu nutzen und zu fördern, dann wird auch ein noch so tolerantes und prinzipiell integrationsfähiges Quartier wie das Schanzenviertel an die Grenzen seiner Belastbarkeit stoßen. Hierfür wollen wir mit unserer Untersuchung die Augen öffnen.

6. Neuwiedenthal

6.1. Kurzer Überblick

Im Stadtteil Neuwiedenthal, einer Großwohnsiedlung aus den sechziger und siebziger Jahren, südlich der Elbe am Hamburger Stadtrand gelegen, gestalten sich die Dinge anders. Im Stadtbild dominieren viergeschossige geradlinige oder rechtwinklige Zeilen, einige Hochhäuser sowie das reichlich vorhandene Abstandsgrün: gepflegte Grünflächen ohne wirklichen Sinn und Zweck, zum Teil mit expliziten Verbotsschildern versehen, zum Teil durch informelle Verbote reglementiert (»Man geht nicht über die Grünflächen«). Dazwischen verlaufen Wegeverbindungen, durch die die einzelnen Gebäudekomplexe miteinander verwoben sind.

Rund 50% der Wohnungen werden von der SAGA (Gemeinnützige Siedlungs- und Aktiengesellschaft Hamburg) und der GWG (Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft) verwaltet, weitere 45% befinden sich im Besitz von Genossenschaften. Der Anteil des

³⁰ Vgl. M. Häußermann / I. Oswald, Zuwanderung und Stadtentwicklung, in: *dies.* (Hrsg.), *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Leviathan Sonderheft 17/1997, S. 18.

sozialen Wohnungsbaus in Neuwiedenthal liegt demnach bei 50%, der Anteil des freien Wohnungsmarktes tendiert gegen Null. Entsprechend sieht die Bewohnerstruktur Neuwiedenthals aus: 1998 waren 10,9% der 15–65-Jährigen arbeitslos, 14,7% der Bevölkerung bezogen Sozialhilfe (1996) und 13,3% der Bewohner waren Nicht-Deutsche (1997).³¹ Doch auch hier war es nicht die Sozialstruktur, die Neuwiedenthal zum »sozialen Brennpunkt« machte. Erst der verzweifelte Selbstmord eines Jugendlichen im Januar 1997, weil er wiederholt von Gleichaltrigen erpresst worden war, stigmatisierte die Siedlung als städtischen Konfliktraum und führte auch uns nach Neuwiedenthal.

Für die Fahrt von der Hamburger City bis nach Neuwiedenthal benötigt die S-Bahn 27 Minuten reine Fahrzeit. Damit – mit den langen Wegstrecken zwischen »central business district« und der Großwohnsiedlung Neuwiedenthal – deutet sich bereits das alles beherrschende Prinzip der Siedlung an: In Neuwiedenthal herrscht klar das Gesetz der Funktionstrennung. Nicht nur in Bezug auf die Trennung zwischen Arbeiten und Wohnen auf der gesamtstädtischen Ebene, auch innerhalb Neuwiedenthals setzt sich die Logik der Trennung und der klaren Definition von Funktionen und Räumen fort. Straßen dienen ausschließlich Verkehrszwecken, Geschäfte und Dienstleistungen indes befinden sich separat in der überdachten Einkaufspassage bzw. rund um den S-Bahnhof. Für Kinder steht eine Kindertagesstätte mit 120 Plätzen zur Verfügung, und alte Menschen wurden – seniorenrecht – in zwei Hochhäusern untergebracht. Es dominiert das Prinzip der funktionalen Konzentration. Jugendliche hatten lange Zeit keinen näher bestimmten Ort in der Siedlung. Inzwischen jedoch gibt es auch für sie eindeutig definierte Aufenthalts- und Funktionsräume: Jugendkeller, Skaterbahn und Basketballplatz.

Wie in vielen anderen Großwohnsiedlungen ist insbesondere diese Funktionstrennung zum Problem in Neuwiedenthal geworden. Der Anteil derjenigen, die nicht mehr zwischen Arbeit und Wohnsiedlung pendeln, wächst beständig. Immer mehr Menschen brauchen Neuwiedenthal nicht mehr nur zum Schlafen, sondern zum Leben: Arbeitslose, ältere Menschen und vor allem Jugendliche ohne Ausbildungsplätze. Exakt hierfür aber ist Neuwiedenthal strukturell nicht ausgestattet. Im Gegensatz zur Sternschanze gibt es hier kaum öffentliche Räume, in denen man sich – beiläufig, beim Einkauf oder auf dem Weg zur Sparkasse – ablenken, zerstreuen, treffen, unterhalten und austauschen kann. Lediglich in der Einkaufspassage am S-Bahnhof gibt es drei Stehtische vor einer Bäckereifiliale, an denen sich von morgens bis abends Menschen aufhalten, die Vorübergehende beobachten und miteinander kommunizieren.

³¹ *Statistisches Landesamt Hamburg*, Hamburg Regional 1998. Stadtteil-Trends 1987–1997. Die Zahlen beziehen sich auf den Ortsteil Hausbruch; d.h. die Zahlen für Neuwiedenthal dürften noch höher liegen. Uns liegen derzeit nur Zahlen der Jahre 1992 und 1994 für Neuwiedenthal vor: 1992 waren 17,2% der Bevölkerung Neuwiedenthals Nicht-Deutsche, rund 20% der Bevölkerung waren 1994 Sozialhilfeempfänger.

Ansonsten aber lädt der öffentliche Raum in Neuwiedenthal nicht zum ziellosen Spaziergang und schon gar nicht zum Verweilen ein. Da sich niemand im öffentlichen Raum aufhält, werden diejenigen, die diese Regel brechen, mit Argwohn und Misstrauen betrachtet. Oder aber der Regelverstoß wird durch die Zerstörung dieser Nischen behoben. So erzählte uns die Pastorin: »Es gab auch ein paar Bänke, wo sich immer Unmengen von jungen Männern und Frauen aus der unmittelbaren Umgebung zum Teil mit Kinderwagen und Bierdosen den ganzen Tag getroffen haben. Ich glaube diese Bänke sind jetzt weg.« – Die fehlenden lebendigen öffentlichen Räume führen zum problematischen Rückzug in die privaten vier Wände, wodurch viele Menschen oft nur noch schwer erreichbar und zu aktivieren sind. »Neuwiedenthal kennzeichnet sich durch Schweigen und Resignation. Da ist ein ganz starker Rückzug ... Wenn man abends auf den Straßen ist, dann trifft man da niemanden mehr. Diese Zurückgezogenheit ist dominant, und alles findet in der Wohnung statt« (Sanierungsträger).

Nur Jugendliche halten sich mit einiger Hartnäckigkeit an verschiedenen Orten im öffentlichen Raum Neuwiedenthals auf, was vor allem nachts Angst gegenüber den wegelernden »Jugendbanden« evoziert oder aber Konflikte mit den Anwohnern nach sich zieht. Zu lärmig, zu sehr von der üblichen Norm abweichend ist dieses Verhalten. Außerdem führt die wenig inspirative Umgebung – keine Spur von Kinos, Kneipen, Discotheken, Shopping-Angeboten – zur Flucht in die abwechslungsreichere Innenstadt. Doch der Aufenthalt in Hamburgs Innenstadt muss teuer erkauft werden: Die Kosten allein für die Fahrt liegen bei 9,40 DM. Das Geld für diese Ausgaben wurde und wird mitunter durch die Erpressung Gleichaltriger erwirtschaftet. Und so kam Neuwiedenthal in die Schlagzeilen: Mircos Selbstmord als Folge dieser Erpressungen signalisierte den »ganz normalen Wahnsinn«³² in einer Art »zweiten Bronx«.³³

6.2. »Social capital«

Mircos Tod, so tragisch er ist, hatte immerhin einen positiven Effekt: Durch den Tod wurden die kriminellen Strukturen unter Jugendlichen öffentlich, und von diesem Zeitpunkt an wurden verschiedene Akteure im Stadtteil aktiv. Auch in Neuwiedenthal gibt es also unterschiedliche Formen von »social capital«, die nun beispielhaft dargestellt werden.

Als zentrale Figur und an erster Stelle ist die seit 16 Jahren im Stadtteil arbeitende Pastorin zu nennen. Sie, die Mirco beerdigt hatte, beschreibt ihren Beruf als »professionelle Nachbarin«, und das heißt, sie begreift ihre Aufgabe darin, Aktivitäten anzustoßen und miteinander zu vernetzen. So hat sie z.B. wesentlich zum Entstehen des Jugendcafés beigetragen. Durch den Tod Mircos war insbesondere die mangelhafte In-

³² Vgl. *Der Spiegel* 2/97.

³³ Vgl. *Hamburger Abendblatt* 20. 2. 97.

frastruktur für Jugendliche ins Blickfeld gerückt. Man erkannte, dass für sie keine attraktiven Aufenthaltsorte oder Freizeitangebote vorhanden waren. Eine Elterninitiative entwickelte daher die Idee eines Jugendcafés. Parallel hatte ein städtischer Sanierungsträger im Rahmen des sogenannten »Revitalisierungsprogramms« 1996 seine Tätigkeit als Stadtteilmanager in Neuwiedenthal aufgenommen. »Die hatten hier dieses Stadtteilmanagement eingerichtet und dieses Stadtteilbüro, und das krankte immer ein bisschen daran, dass da keiner kam. Nun hatten wir einen ganzen Haufen Jugendliche und auch Eltern, die viele Ideen hatten, was sie gerne machen wollten, und die haben wir dann immer da rüber gekarrt« (Pastorin). Auf diesem Wege wurde das Jugendcafé realisiert, um dessen inhaltliche und organisatorische Betreuung sich die Elterninitiative gemeinsam mit den Jugendlichen kümmerte. Die Baukosten werden durch die Mittel, die dem Stadtteilmanagement zur Verfügung stehen, gedeckt.³⁴

Einen vergleichbaren Kooperationsprozess schilderte uns ein Straßensozialarbeiter: Durch die Zusammenarbeit von Wohnungsbaugesellschaften, Ortsamtsleiter, Straßensozialarbeit und Jugendlichen konnten drei leerstehende Kellerräume als Treffpunkte für Jugendliche geöffnet und genutzt werden. Auch hier wurden die Kosten für die Renovierungsarbeiten durch die Mittel finanziert, die dem städtischen Sanierungsträger zur Verfügung standen. Derartige Prozesse führen beispielhaft vor, was »social capital« in Neuwiedenthal bedeuten könnte. Allerdings bilden derartige akteursübergreifende Netzwerke in Neuwiedenthal eher die Ausnahme. Im Normalfall dominieren Aktivitäten, die sich (der jeweiligen Professionalität entsprechend) gezielt mit speziellen Einzelproblemen und -gruppen beschäftigen. Bezeichnend zum Beispiel war die Formulierung des Sozialarbeiters, der stets von »seiner Klientel«, nämlich den Jugendlichen sprach, und uns erklärte, dass er »keinen besonders guten Kontakt mit den Anwohnern« habe, »weil das einfach nicht unser Klientel ist«.

Noch deutlicher formulierte der städtische Sanierungsträger diese Spezialisierung und Problemgruppenorientierung. In unserem Interview charakterisierte er die eigene Aufgabe als »erstmal städtebauliche Nachbesserung« und dann auch »Nachrüstung der Siedlung mit Einrichtungen der sozialen Infrastruktur« – und zwar für spezielle soziale Problemgruppen. Denn: Eine Siedlung sollte »den Bedürfnissen der Menschen, die dort leben, entsprechen« und das heiße, sie müsse »kinder- und jugendgerecht« sein, dürfe die »alten Leute nicht vergessen« und müsse »die Situation der Frauen berücksichtigen«. Prinzipiell ist gegen eine alten-, kinder-, frauen- usw. gerechte Stadt natürlich nichts einzuwenden, allerdings artikuliert sich dieses Verständnis der bedürfnisgerechten Stadt im Handeln des Stadtteilmanagers bisher eher in

³⁴ Interessanterweise war es damit die Pastorin, die die Aufgabe des »Managements«, also die Koordination zwischen unterschiedlichen Ressourcen, Interessen und Akteuren übernommen hat und nicht der Sanierungsträger, der – eigentlich – mit der Aufgabe betraut war. Womit sich grundsätzlich die Frage nach den Qualifikationsanforderungen für Stadtteilmanager stellt.

separierten, zielgruppenorientierten Maßnahmen als in der Entwicklung *eines* vielfach interessanten und nutzbaren Stadtraumes.

Für das Wohnumfeld, die baulich-räumlichen Maßnahmen sowie die »Nachrüstung der sozialen Infrastruktur« ist der Sanierungsträger zuständig. Schulen und die Sozialarbeiter kümmern sich – jeder auf seine Weise – um »ihre Klientel«: die Jugendlichen. Der Polizei obliegt das Aufgabenfeld »Kriminalitätsprävention« usw. Im Gegensatz zum Schanzenviertel, wo sich vergleichbare Akteure gemeinsam in einer Bürgerinitiative bzw. am Runden Tisch zusammengefunden haben, um so die Probleme im Stadtraum zu diskutieren, setzt sich in Neuwiedenthal die Trennung nach Funktionen, Zuständigkeiten und Räumen eben auch in Bezug auf die Problemlösungen durch. Es scheint, als ob die funktionstrennende Struktur der Siedlung sich in den Köpfen der Akteure fortsetzt.

Zum zweiten operieren die meisten Akteure jenseits der grundsätzlichen Alltagsstrukturen im Raum. So wird zwar in vielfacher Weise darüber nachgedacht und daran gearbeitet, wie man infrastrukturelle Verbesserungen schaffen könnte (Basketballplatz, offene Schulhöfe, Jugendcafé, Harburger Tafel usw.), dagegen bleiben all jene Ansätze, die sich mit einer grundsätzlichen Veränderung der problematischen und unzeitgemäßen Raumstruktur Neuwiedenthals auseinandersetzen, bislang unberücksichtigt.

Sämtliche der bisherigen Ansätze in Neuwiedenthal bleiben jedoch bloße Symptombekämpfung, solange sie nicht exakt diese Siedlungsstruktur in Angriff nehmen. Basketballplatz, Jugendcafé oder geöffnete Schulhöfe bessern lediglich die mangelhafte Infrastruktur für Jugendliche auf, an der grundsätzlichen Struktur der Siedlung und ihrer Funktionstrennung auf allen Ebenen wird dagegen nichts verändert.

Dabei gibt es durchaus auch hierfür Sensibilitäten im Stadtteil. Immer wieder ist es der Mangel der quasi-selbstverständlichen Orte des sozialen Lebens, wo sich Menschen spontan und ungeplant treffen können, der beklagt wird. Da ist etwa ein Rentner im Vorruhestand, der es als mühsam und lästig empfindet, »immer alles organisieren zu müssen, wenn man z. B. klönen will«. Da ist der Straßensozialarbeiter, der bemängelte, dass man aufgrund der mangelhaften Raumstruktur »nichts spontan unternehmen« könne; man könne nicht »ins Kino um die Ecke oder in die Schwimmhalle«, sondern müsse stets weite Wege in Kauf nehmen.

In einigen Gesprächen wurden uns sogar gezielte Ansätze oder Möglichkeiten beschrieben, wie man diese strukturellen Defizite im Raum angehen könnte: »Ich würde überall in den Blöcken kleine Zellen schaffen. Wo man Begegnungsmöglichkeiten hat. Wo ein Wir-Gefühl für ein Haus entsteht«. Die Bewohner müssten sich zusammen die Frage stellen: »Wie kann ein Haus innen und außen aussehen, so dass ich mich wohl fühle und zu Hause bin? – Jede Wohnungsbaugesellschaft sollte den Mut haben, kleinräumige Inseln für Menschen zu schaffen. Kleine Cafés mittenrein in die Hochhäuser« (Bewohnerin).

6.3. Perspektive für das Soziale im Neuwiedenthal

Der entscheidende und erste Schritt in Neuwiedenthal müsste in der Weiterentwicklung dieses bereits in Ansätzen vorhandenen Erkenntnisprozesses liegen: Es sollte deutlich gemacht werden, dass letztlich die meisten Probleme im Stadtteil nicht nur die Probleme bestimmter sozialer Gruppen bzw. der defizitären Infrastruktur sind, sondern diese Probleme unmittelbar mit den alltäglichen räumlichen Strukturen zusammenhängen. Aufbauend auf dieser veränderten Problemwahrnehmung, würden sich dann – wie zuletzt skizziert – sehr wohl verschiedene Formen des »social capital« in Neuwiedenthal finden lassen, die gemeinsam zu einer lebenswerteren Siedlung beitragen könnten. An erster Stelle stehen dabei die bislang noch ungenutzten räumlichen Potentiale: Die Grünflächen in Neuwiedenthal sind von geradezu bestechender Größe und Schönheit. Hier könnten die Bewohner der einzelnen Wohnblöcke – wie es laut einer Bewohnerin früher gang und gäbe war – gemeinsam feiern und so ihre Nachbarschaft pflegen.

Aber auch in den Wohnblöcken selbst gibt es bislang ungenutztes Kapital: In fast allen Gebäudeeinheiten stehen dauerhaft drei bis vier Wohnungen leer. Gemeinsam könnten die Bewohner eines Blockes darüber entscheiden, wie sie diese Leerräume im Sinne des Gemeinwesens nutzen könnten: Als Kindertagesstätte vor Ort, als Partykeller, als Zeitungskiosk, Frisörgeschäft, Werkstatt usw. Anders formuliert: Gerade die leerstehenden Wohnungen bieten die Chance, mit der Nutzungsmischung innerhalb der Blockstruktur zu beginnen. Damit würde nicht nur die problematische funktionsgetrennte Raumstruktur aufgebrochen, auch könnten Erwerbslose durch die gewerbliche Nutzung einiger Erdgeschosswohnungen in die Arbeitsgesellschaft reintegriert werden.

Auch ließen sich Allianzen zwischen »private« und »public« denken: Der wochenlang leerstehende Gewerberaum in der »Galleria« (Einkaufspassage) könnte als Café genutzt werden. Sollte sich der Eigentümer – im Sinne des Gemeinwesens – nicht zu einer weniger hohen Miete bereit erklären, wäre auch an eine Kooperation zwischen der Bäckereifiliale und den Betreibern des Cafés zu denken: Die Bäckereifiliale unterstützt die Betreiber des Cafés finanziell – als Gegenleistung werden Backwaren und Kaffee selbstverständlich über die Bäckerkette bezogen.

Würde man diese Ideen einmal zusammentragen und weiterverfolgen, dann könnte ein Gebiet entstehen, »wo die Leute die Gelegenheit haben, ihre soziale und nationale Identität zu leben und zu gestalten. Mit Kneipen oder mit Leben, so dass gleichzeitig eine Mischung da ist, die es möglich macht, sich gegenseitig wahrzunehmen, sich zu tolerieren und auch davon zu profitieren« (Pastorin).

7. Resümee

Die sozialen Probleme gegenwärtiger Städte sind vielfältiger Natur und haben unterschiedliche Ursachen. Unser Forschungsprojekt über die »Perspektiven des Sozialen in der Stadt am Übergang zum 21. Jahrhundert« versteht sich als Beitrag, im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Voraussetzungen – wachsende Arbeitslosigkeit und Rückbau des Sozialstaats – Möglichkeiten zu finden, die das Leben in und mit diesen widrigen Umständen erträglicher machen. Dabei geht es uns nicht um Vorschläge zur Veränderung des Wohlfahrtsstaats oder des Arbeitsmarktes, sondern um Ideen, wie sich mit den vorhandenen Ressourcen im Raum das Soziale besser gestalten lässt. Diese Ressourcen, verstanden als räumliche Strukturen im Wechselspiel mit sozialen Beziehungen, Kooperationen und Netzwerken sind das soziale Kapital der Stadt.

Grundsätzlich gibt es überall soziales Potential und aktivierbare Ressourcen im Hinblick auf eine soziale(re) Stadt. Allerdings fehlt es an vielen Orten, wie etwa in der Großwohnsiedlung Neuwiedenthal, noch an den notwendigen Strukturen und Entfaltungsbedingungen. Aber auch sie können geschaffen werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine Perspektive, die die Alltagsstruktur im Quartier zum Dreh- und Angelpunkt des Sozialen macht und nicht erst auf der (übergeordneten) Ebene der sozialen Infrastruktur oder institutionalisierten Kooperationsgremien ansetzt. Wie unsere Untersuchung im Schanzenviertel und in Neuwiedenthal gezeigt hat, sind es eben auch und gerade diese informellen sozial-räumlichen Strukturen, die sich auf das Soziale auswirken. Folglich können zukunftsfähige Strukturen und Lebenswelten nur vor dem Hintergrund dieser veränderten Perspektive auf das Soziale entstehen und gedeihen: Einer Perspektive, die sich das Verstehen von Räumen in ihren komplexen Entstehungs- und Wirkungszusammenhängen zur Aufgabe macht.

Heinrich Heidebrecht

Deutsche Architekten in den südlichen Provinzen Russlands

1. Festungsbauten im Neurusland des 18. Jahrhunderts

Als Peter der Große seinen südlichen Nachbarn zunehmend mehr Land streitig machte und der Angriffskrieg immer öfter der Verteidigung des Eroberten weichen musste, ersuchte er Kaiser Leopold I. um Übersendung von sogenannten »Kriegsbau-meistern«. Am Hofe der Habsburger, wo man sich von der zweiten Belagerung Wiens noch nicht erholt hatte, tat man nichts lieber, als zur Schwächung der lästigen Türken beizutragen und entsandte dem neuen Verbündeten sofort eine Fachmannschaft.¹ Gleichzeitig schickten auch andere europäische Staaten ihre Spezialisten nach Russland, wobei die meisten Baumeister aus ost- und mitteldeutschen Landen wie Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen oder Ostpreußen angereist waren.²

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts waren Asow und Taganrog die südlichsten Vorposten an den sich rasch ausdehnenden Staatsgrenzen Russlands. Das antike Asow wurde von Peter dem Großen erstmalig 1696 erobert, 1711 musste man es den Türken wieder zurückgeben, und 1736 holte der Generalfeldzugmarschall Burchard Christoph von Münnich es endgültig in den Besitz des russischen Reiches zurück. 1698 wurde hier von Antoine de Laval und Baron E. von Borgsdorf – beide ehemalige »Hauptkriegsbaumeister« im Dienste des deutschen Kaisers – der Grundstein der künftigen Festung angelegt (vom Architekturhistoriker N. Guljanizkij werden die beiden als österreichische Militäringenieurbezeichnet).³ Auf Baron von Borgsdorf geht auch der erste Generalplan von Taganrog zurück, der als Synthese lokaler städtebaulicher Traditionen und europäischer, der Renaissance verpflichteter Regelmäßigkeit verstanden werden kann. Der Plan wurde anschließend von Zar Peter und dem Bauingenieur Reinhold Trusin teilweise überarbeitet.⁴

Am Asowschen Meer galt die Handelsmetropole Taganrog eine Zeit lang als Hauptkonkurrenz zu Odessa. Sie war der erste Hafen an diesem Binnenmeer, den die Russen im Krieg 1768 bis 1774 dem Osmanischen Reich endgültig abgerungen hat-

¹ J. G. Korb, Tagebuch der Reise nach Russland, Wien 1700, Nachdruck Graz 1968, S. 206.

² I. Grabar, Istorija russkogo iskusstva (Geschichte der russischen Kunst), Moskau 1915, Bd. III, S. 28.

³ N. F. Guljanizkij (Hrsg.), »Peterburg i drugije nowyje rossijskije goroda XVIII – perwoj polowiny XIX wekow« (Petersburg und andere neue russische Städte des XVIII. – erster Hälfte des XIX. Jahrhunderts), Moskau 1995, S. 92.

⁴ Ebd., S. 93.

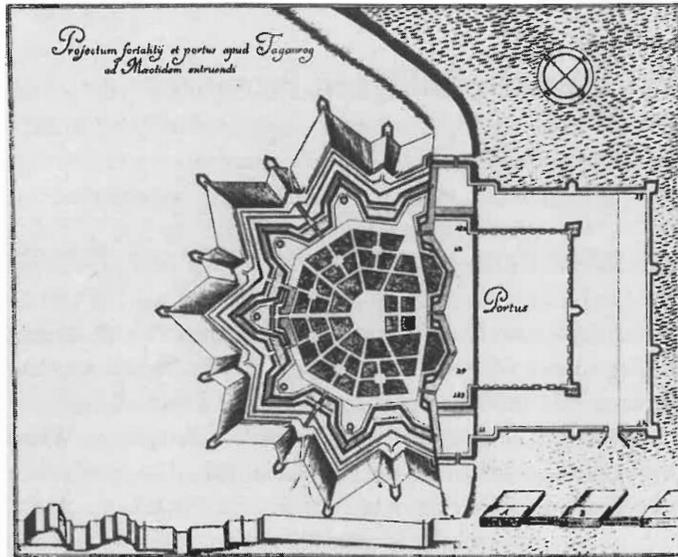


Abb. 1: Der erste Generalplan von Taganrog, Festungsingenieur: Baron E. von Borgsdorf, 1698, aus: J. G. Korb (s. A 1), S. 252.

ten. 1779 erstellte der Ingenieur Alexander Riegelmann für die Stadt einen Plan, der die Bebauung in strahlenförmigen, von der Festung ausgehenden Straßen vorsah und für die nächsten fast dreißig Jahre bis zur Ausarbeitung eines neuen Generalplans 1808 seine Gültigkeit behielt. Alexander Riegelmann hatte sich schon seit Jahren auf den Bau von Festungsanlagen im südrussischen Raum spezialisiert, unter denen vor allem die Festung des Heiligen Dimitrius Rostowski am Don und die Petrowskaja-Festung am Asowschen Meer zu beachten sind. Seine modernen Burganlagen waren gut durchgeplant und enthielten neben eigentlichen Schutzvorrichtungen samt Militärkasernen und dem Kommandantenhaus eine ansehnliche Wohnsiedlung mit entsprechenden Verwaltungsbauten, einer Kirche, einer Schule und klar definierten Straßen und Plätzen. Beide Festungen wuchsen mit der Zeit zu Städten heran und heißen heute Rostow am Don und Berdjansk.⁵

Nach der ersten Teilung Polens (1772), bei der Russland sich im Vergleich zu Preußen und Österreich den größten Anteil sicherte, begann man Ende der 70er Jahre in den neu erworbenen Gebieten mit der beinahe flächendeckenden Anlage von Verwaltungsbauten. Ein entsprechendes Projekt des Gouvernement-Architekten Johann Seidel wurde in den Städten des Mogilew-Gouvernements, Orscha, Rogatschew und Mstislawl realisiert. In den 80er Jahren trat der Gouvernement-Architekt Johann S. Siegfrieden als Autor von Musterprojekten für Verwaltungsbauten in den »kleinrussischen« Städten des Polozker Gouvernements Drissa, Reshiza, Ljuzin, Sebesch, Nowel, Gorodok, Welsh und Surash auf, die allesamt auch verwirklicht wurden.⁶ In

⁵ Ebda., S. 294–296.

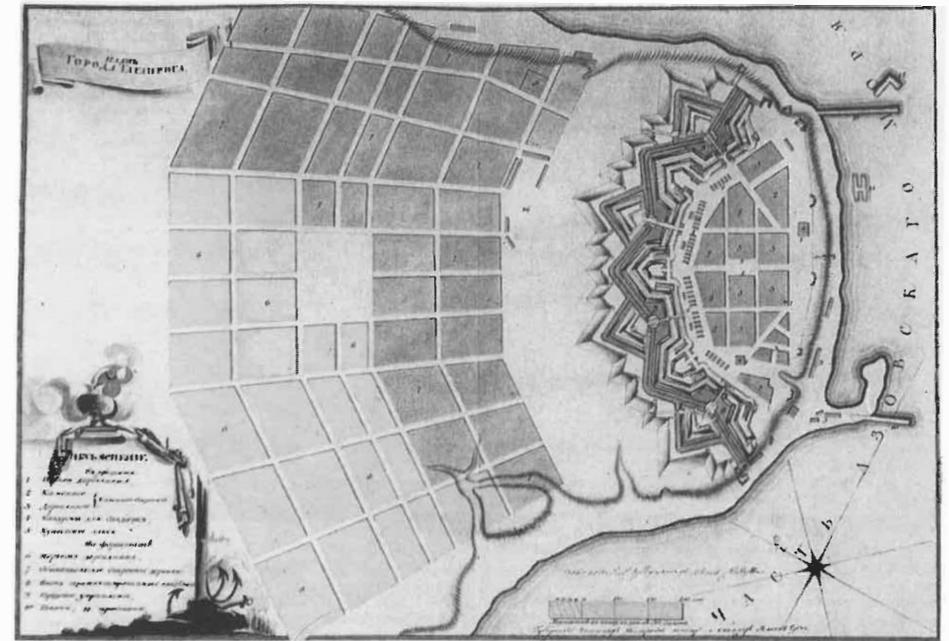


Abb. 2: Taganrog, Generalplan von 1779, Ingenieur: Alexander Riegelmann, aus: N. F. Guljanizkij (s. A 3), S. 317.

Wolhynien, das nach der zweiten Teilung Polens dem Russischen Reich zugeschlagen wurde und heute der Ukraine angehört, erbaute 1771 bis 1791 der Architekt Gottfried Hoffmann die barocke Uspenski-(Mariä-Himmelfahrts-)Kathedrale zu Potschajew. Der einst katholische und seit 1831 orthodoxe Sakralbau ist heute ein bei der UNESCO registriertes Architekturdenkmal.

Die Konturen der Schwarzmeergroßstadt Odessa, die 1793 als Festung gegründet wurde und nach wenigen Jahrzehnten sich zur größten Kulturmetropole der Deutschen in Südrussland entwickelte, waren im 18. Jahrhundert noch sehr verschwommen. Der Generalplan von 1803, nach dem der Hafen und das Stadtzentrum bebaut wurden, war vom Militäringenieur Georg Förster signiert. Zusammen mit seinem Kollegen D. Krug erbaute er die ersten Reihen der sogenannten Schutzkasernen der neuen Festung. Der Kathedralenplatz von Odessa – ein Mittelpunkt städtebaulicher Komposition – ist als gemeinsames Konzept des Holländers Franz Dewolan und des gebürtigen Braunschweigers Georg Förster anzusehen.⁷

⁶ Ebda., S. 110.

⁷ M. B. Michajlowa, »Sobornyje ploschtschadi nowych gorodow juga Rossii perioda klassizisma« (Kathedralenplätze der neuen Städte Südrusslands zur Zeit des Klassizismus), in: »Arhitekturnoje nasledstwo«, Ausgabe 36, N. F. Guljanizkij (Hrsg.), Moskau 1988, S. 191.



Abb. 3: Viktor Schröter und Andrej Huhn: Alexander-Newski-Kathedrale in Tiflis, 1866, aus: T. I. Nikolajewa (s. A 19), S. 37.

Seit 1762 bis 1796 (Regierungszeit Katharinas II.) gab es in der russischen Hauptstadt die »Kommission für Steinbauten in St. Petersburg und Moskau«, die ihre Tätigkeit allmählich auf sämtliche Städte des Landes übertrug. Während dieser Zeitspanne schuf die Kommission über vierhundert Generalbebauungspläne für russische Städte – ein Umfang, der damals sowohl in der russischen als auch in der weltweiten städtebaulichen Praxis einzigartig war. Ein Architekt namens Johann Lehm (Leim) verwaltete diese Hauptzentrale des russischen Städtebaus in ihren letzten zwölf Jahren und versuchte unter anderem, mit der Veröffentlichung seiner zahlreichen Arbeiten eine theoretische Grundlage und einheitliche Regeln auf diesem Gebiet zu schaffen.⁸ Gegen Ende des Jahrhunderts zählte Lehm zu den führenden Architekturtheoretikern des Landes, seine Bücher hat man bis 1818 nachgedruckt.

Die Führung über den Bausektor in den Randgebieten Russlands übernahmen wie auch früher in der Reichshauptstadt St. Petersburg nicht selten Spezialisten, die kein klassisches Architekturstudium nachzuweisen vermochten. Oft waren es (ehemalige) Militärs mit einer Ingenieurausbildung – die Elite des Offizierskorps, die man im alten Preußen als »Genie-Offiziere« zu bezeichnen pflegte.

⁸ E. I. Kiritschenko, »Architekturtheorien des XIX. Jahrhunderts in Russland«, Moskau 1986, S. 283; S. Terjochin, »Deutsche Architektur an der Wolga«, Berlin / Bonn 1993, S. 20.



Abb. 4: Konstantin Thon: Wladimirski-Kathedrale zu Sewastopol, 1850er Jahre, aus: T. A. Slawina (s. A 12), S. 134.

Allerdings hatte das rasch expandierende Russische Imperium enorme Schwierigkeiten, angegliederte Ländereien zu erschließen. Die riesige Kluft zwischen der Hauptstadt St. Petersburg und der sich ständig ausdehnenden Peripherie blieb weiter bestehen. Auch die von Johann Lehm geleitete Petersburger Baukommission kam trotz beachtlicher städtebaulicher Leistungen diesen Anforderungen nur unzureichend nach. In der Provinz sah man sich gezwungen, die üblichen Verordnungsverfahren eines zentralistischen Staates zu umgehen und vor Ort Initiative zu ergreifen. Diese Entwicklung widerspiegeln die 1800 vom Marinekapitän Christoph Bernhard von Graf im südrussischen Nikolajew verlegten »Theoretisch-praktische(n) Anweisungen zur zivilen Architektur« – das erste Buch über Architektur, das in einer russischen Provinzstadt gedruckt wurde.

2. Neobyzantinische Sakralbaukunst

Mit der Aufbruchsstimmung der europäischen Romantik zu Beginn des 19. Jahrhunderts entdeckte man in der Baukunst wieder das Mittelalter. Die alten Architekturmuster wurden neu aufgelegt und wiederbelebt. Es dauerte nicht lange, bis die Ideen der freiheitlichen Romantik auch in Russland Einzug hielten und zur Entstehung eines nationalen Baustils führten. Die Frage nach einer verbindlichen Definition des sogenannten »russischen Baustils« beschäftigte im 19. Jahrhundert viele. Bezeichnenderweise waren es in der großen Mehrheit Architekten deutscher Abstammung, die in Russland diese eigenständige Stilrichtung ins Leben gerufen und entscheidend geprägt haben.

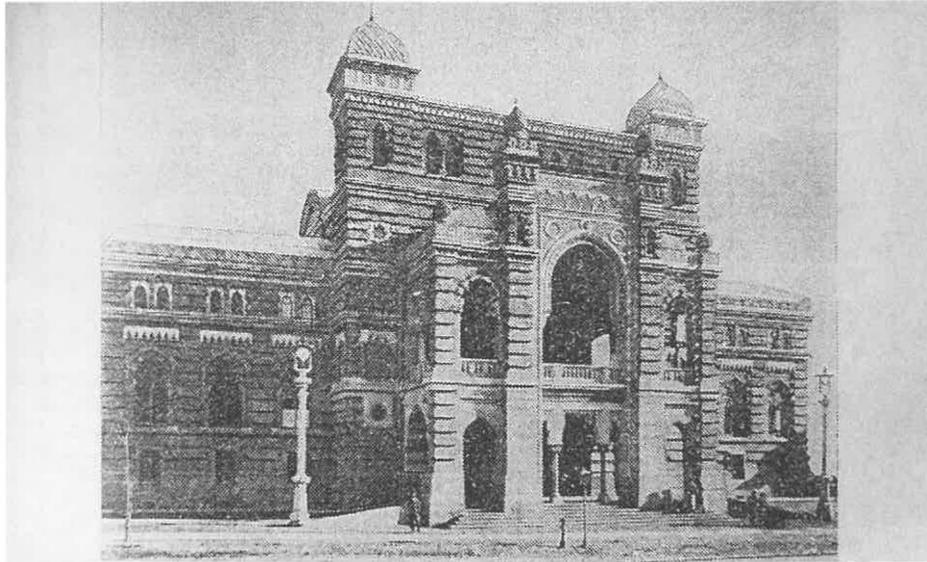


Abb. 5: Viktor Schröter und Andrej Huhn: Theater in Tiflis, 1880, aus: T. I. Nikolajewa (s. A 19), S. 90.

Einer, der sich auf diesem Gebiet besonders verdient machte, war der Architekt des Kaiserlichen Hofes David Grimm (1823–98). Schon Grimms Großvater stand im Dienste des russischen Kaisers und der Vater des Architekten, Johann Grimm, brachte es zum Inspektor der Vorstädtischen Schlösser der Zarenfamilie, so dass David Grimm bereits die dritte – jedoch nicht die letzte Generation der berühmten Petersburgerischen Familiendynastie vertrat.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern wie dem Architekten Alexander Witberg (1787–1855), der eine Verbindung zwischen mittelalterlicher Gotik und griechischer Antike herzustellen bemüht war, oder dem großen Konstantin Thon (1794–1881) mit seiner flächendeckenden Neuauflage der alten Susdaler und Wladimirer Baukunst suchte Grimm nach wahren Ursprüngen russischer Bautraditionen in den neuen südlichen Provinzen des russischen Riesenreiches. 1849 begab er sich für drei Jahre in den fernen Kaukasus – einst die nördlichste Flanke des Byzantinischen Imperiums. Als Ergebnis akribischer Forschungsarbeit veröffentlichte der Architekt 1864 sein Werk »Architekturdenkmäler in Georgien und Armenien«. Die fernen und imaginären Vorbilder des längst verschwundenen Byzantinischen Reiches waren plötzlich »reellen Mustern gewichen, die für Besichtigung und Erforschung erreichbar wurden«. ¹⁰

⁹ D. Grimm, *Monuments d'Architecture en Géorgie et en Arménie*, St. Petersburg 1864.

¹⁰ E. A. Borisowa, *Russkaja architektura wtoroj polowiny XIX weka* (Russische Architektur der zweiten Hälfte des XIX Jahrhunderts), Moskau 1979, S. 119.



Abb. 6: Lutherische Kirche in Annenfeld, Aserbajdschan, 1909 (Aufnahme 1999, H. Heidebrecht).



Abb. 7: Adolf Eichler: Lutherische Kirche zu Baku, 1895–1897 (Aufnahme 1999, H. Heidebrecht).

Dieser neue »archeologisierende« Zweig des »byzantinischen Baustils« brachte eine ganze Reihe von Bauwerken besonders an den südlichen und westlichen Grenzen des Russischen Reiches hervor. Als Musterbeispiel gilt hier die von Grimm entworfene Kirche des heiligen Wladimir im alten Chersones auf der Krim (1861–79). Sie entstand auf den Überresten eines antiken Tempels, von wo aus 988 mit der Taufe des Kiewer Großfürsten Wladimir die Christianisierung Russlands ihren Anfang genommen habe. ¹¹ Die Realisierung des Entwurfes dauerte fast 18 Jahre, ab 1872 bis zur Fertigstellung der Kirche leitete das Bauvorhaben Maximilian Arnold (1838–1897), ein vielbeschäftigter Petersburger Ingenieur und Architekt, dessen Projekte vom baltischen Dorpat bis zum westsibirischen Tomsk und Krasnojarsk verstreut waren.

Der von David Grimm nach spätbyzantinischen Vorlagen konzipierte Kirchentypus wurde mehrmals wiederverwendet, unter anderem von ihm selbst für den Glockenturm einer Kirche auf dem kaiserlichen Landgut zu Livadia auf der Krim oder auch 1866 für das Wettbewerbsprojekt der Kathedrale der Kaukasischen Armee im Geor-

¹¹ M. Arnold, *Chram sw. Wladimira wg. Chersonese* (Tempel des Hl. Wladimir in Chersones), in: *Sodtschij*, St. Petersburg 1875, Nr. 10, S. 109.



Abb. 8: Nikolaus von der Nonne: Stadtvilla Debur (1888), heute Städtische Bildergalerie Baku.

gischen Tiflis. Für den Wettbewerb wurden insgesamt vierzehn Arbeiten eingereicht. Bei den Preisträgern blieben die hauptstädtischen Deutschen unter sich: Den ersten Preis teilten sich die jungen Petersburger Architekten Victor Schröter (1839–1901) und Andrej (Heinrich) Huhn (1841–nach 1920), den zweiten erhielten David Grimm und Robert Goedicke (1829–1910) und mit dem dritten wurde Leo Dahl (1834–1878), Sohn des bekannten Linguisten Wladimir Dahl, ausgezeichnet. Selbstverständlich waren auch diese Entwürfe dem nebyzantinischen Stil verpflichtet. Die Gewinner des Wettbewerbs Schröter und Huhn wurden für ihren monumentalen und etwas überladenen Entwurf mit 2000 Rubel entlohnt. Zur Ausführung der Tifliser Kathedrale in den 70er Jahren kam jedoch die mit dem zweiten Preis bedachte kostengünstigere Lösung von David Grimm und seinem etwas jüngeren Berufskollegen Robert Goedicke, einem gebürtigen Petersburger mit ehemals preußischer Staatsangehörigkeit, der erst als 23-jähriger russischer Bürger wurde.

Keine zehn Kilometer entfernt von der Grimmschen Kirche in Chersones befindet sich ein anderer bedeutender Sakralbau im nebyzantinischen Stil. Es ist die Wladimirski-Kathedrale zu Sewastopol, deren Grundstein 1854 – ganze zehn Jahre vor dem Erscheinen der Grimmschen Wissenschaftsarbeit – gelegt wurde. Die im Grundriß achteckige Kathedrale mit strengen bogenförmigen Fassadenöffnungen und einer



Abb. 9: Maximilian Eduard Meßmacher: Schloß Alexanders III. in der oberen Massandra bei Jalta, 1892–1902, heute: Sanatorium.

Helmkuppel stellt einen klaren Bezug zur Architektur des Byzantinischen Reiches her.¹² Der Entwerfer der Kathedrale war Konstantin Thon, ein ehemaliger Lehrer von David Grimm. Zu diesem Zeitpunkt war der von ihm entworfene Große Kremlpalast bereits bezogen und die Moskauer Christus-Erlöser-Kathedrale (1839–83) – die mächtigste unter den zahlreichen Kirchenbauten Thons – gerade im Rohbau fertiggestellt worden. Ihm, wie keinem anderen, fiel die Macht der Definition zu, Kriterien »russischer Architektur« aufzustellen. Längst eine Institution in der Architekturwelt, leistete sich der sechzigjährige Stararchitekt mit dem Projekt der Wladimirski-Kathedrale eine Abweichung von dem »allerhöchst approbierten«, von ihm selbst entwickelten Kanon eines sogenannten nationalrussischen Stils.

Eine derartige Übereinstimmung zwischen Grimm und Thon in der Haltung gegenüber dem lokalen historischen Hintergrund zeugt von einer gewissen geistigen Nähe beider Petersburger. Ihr architektonisches Erbe wird jedoch von der Nachwelt auf höchst unterschiedliche Weise bewertet. Wenn Grimm nach wie vor im Ruf eines der Geschichtswissenschaft verpflichteten Architekten steht, so haftet an Thons Nachlass immer noch das Etikett der höfischen Auftragskunst. Und dass Thon als Lieblings-

¹² T. A. Slawina, Konstantin Ton, Leningrad 1989, S. 135.

architekt Nikolaus I. einen deutschen Namen trug, macht die Sache nicht besser, denn dem russischsprachigen Brockhaus zufolge war ein »Deutscher nach Abstammung, der sich unter den eklektischen Fittichen der St. Petersburger Akademie sowie in fremden Ländern entwickelte, bei all seinem Talent nicht in der Lage, die auf sich tapfer genomme Aufgabe zufriedenstellend zu lösen.«¹³

Der nebyzantinische Stil, anfangs vom politisch stets ambitionierten Zarenhof als ideologische Stütze gefördert, vermochte es jedoch nicht, sich gegenüber dem offiziellen, »wahrhaft russischen« durchzusetzen. Maßgebend von deutschstämmigen Petersburgern aus dem Norden des Reiches geprägt, blieb er eine Besonderheit vor allem der südlichen Provinzen Russlands. Eine Kehrtwendung zu der im Lande allgemein üblichen Auffassung des national-russischen Stils illustriert die orthodoxe Holzkapelle in Jalta auf der Krim, erbaut 1882 vom Stadtarchitekten Gustav Schreiber. Sie war dem Andenken des ein Jahr zuvor ermordeten Zaren Alexander II. gewidmet und nach dem Vorbild alter nordrussischer Kirchen gestaltet (nicht erhalten).

3. Historismus im Süden

Blieb im orthodoxen Kirchenbau der russisch-byzantinische Stil auch weiterhin beherrschend, so setzten sich im profanen Bereich ganz andere Strömungen durch. Besonders im Theaterbau kam der westeuropäische Einfluss nicht auf Umwegen, sondern unvermittelt zur Geltung. Als klassisches Importprodukt gilt immer noch das Opernhaus von Odessa, das als Ergebnis eines europaweiten Architekturwettbewerbs 1883–87 von dem berühmten Wiener Architektengespann Ferdinand Fellner (1847–1916) und Hermann Helmer (1849–1919) errichtet wurde. Dem erfolgreichen Architektenduo, das von Hamburg bis an den Balkan mit 48 Theaterbauten an der Zahl halb Europa beliefert hatte, verdankt die Schwarzmeermetropole ein großartiges Opernhaus von Weltformat. Die klar getrennten Funktionsabläufe im Inneren haben hier das räumliche Konzept bestimmt und lassen sich an den Fassaden deutlicher als anderswo ablesen. Dabei soll dieser moderne Theatertypus ursprünglich vom Petersburger Architekten Ludwig Bohnstedt (1822–1885) entwickelt worden sein.¹⁴ Das von ihm entworfene Stadttheater zu Riga (1850–63) habe über geraume Zeit auf den Theaterbau in Österreich, Deutschland und in der Schweiz seinen Einfluss ausgeübt. Von Fellner und Helmer verinnerlicht und weiterentwickelt, wurde diese nach Funktionen klar strukturierte und dennoch jede Enthaltbarkeit abweisende Bauart nun über Wien im Süden des Russischen Reiches eingeführt.

¹³ F. A. Brokgaus, I.A. Efron: Enziklopeditscheskij slowar, St. Petersburg 1901, Bd. 66, S. 513.

¹⁴ E. I. Kiritschenko, Is istorii russko-nemezkih swjasej w oblasti architektury, 20–40 – je gody XIX weka (Aus der Geschichte russisch-deutscher Beziehungen auf dem Gebiet der Architektur der 20–40er Jahre des XIX. Jahrhunderts), in: Wsaimoswjasj russkogo i sowetskogo iskusstwa i

Als unumstrittener Theaterbauspezialist und Vertreter der »rationalen Richtung« in der russischen Architektur galt Viktor (eigentlich: Viktor Johann Gottlieb) Schröter. Als Sohn baltendeutscher Eltern, selbst in St. Petersburg geboren, verkörperte Schröter einen Hauptstädter (west)europäischer Prägung, der seine größtenteils aus Deutschland stammenden Architekturvorbilder nie geleugnet hat. Während des Studiums an der Berliner Bauakademie 1858–61 besuchte er gezielt die Vorlesungen über den Theaterbau von Professor Gustav Stier, einem ehemaligen Mitarbeiter Schinkels. Einflüsse Schinkelscher Schule kamen in Schröters Werk immer wieder zum Ausdruck, und seine zahlreichen Theaterbauten lassen als Vorbild nicht etwa Schröters Lehrer Bohnstedt erahnen, sondern gehen auf Gottfried Sempers Grundideen zurück.¹⁵

Schröters Theaterschöpfungen wurden zu Sehenswürdigkeiten in etlichen Städten: In erster Linie sei hier das neu gestaltete Mariinski-Theater in Petersburg oder das Schewtschenko-Theater in Kiew zu erwähnen. Den 1878 ausgerufenen Theaterwettbewerb für die Georgische Hauptstadt Tiflis gewann Viktor Schröter wieder einmal mit seinem bewährten Mitarbeiter Andrej (Heinrich) Huhn. In der vom Architekten verfassten Beschreibung des Projektes betont Schröter die Neuerungen in der Grundrissgestaltung, die eine rationale Anordnung der Zuschauerplätze ermöglichten. Erreicht sei diese Optimierung durch den Verzicht auf den sonst üblichen ovalen Zuschauersaal zugunsten einer Fächerform. Schröter gesteht, dass einen sehr ähnlichen Grundriss das zwei Jahre zuvor errichtete Bayreuther Festspielhaus aufweist, fügt aber hinzu, dass er selbst noch früher dieselbe Idee beim Grundriss der deutschen evangelisch-lutherischen Marienkirche in Petersburg angewandt hat (erbaut 1872–75, zerstört um 1935).¹⁶

Der Zuschauersaal des Tifliser Theaters musste »im arabischen oder persischen Stil« geschmückt werden. »Zwecks größerer Übereinstimmung« versuchten die Architekten die Fassaden auf ähnliche Weise zu gestalten.¹⁷ Die reich dekorierte Mauerwerksfassade mit kräftigen Streifen aus einheimischem Naturstein steht für eine orientalisierende Variante des europäischen Historismus.

1878 reist Schröter nach Tiflis, um den Bau des Theaters einzuleiten. In Europa viel herumgekommen, gibt sich der Architekt dennoch schwer beeindruckt von der gewaltigen Schönheit der kaukasischen Berggipfel: »Wie blass wirkt vor dem Kaukasus doch die kleine, enge Schweiz.«¹⁸ Die Bauaufsicht auf Dauer zu übernehmen, konnte

nemezkoj chudoshestwennoj kultury (Wechselbeziehungen russischer und sowjetischer Kunst und deutscher Kultur), Moskau 1980, S. 348.

¹⁵ F. A. Brokgaus (s. A 13), Bd. 39a, S. 861.

¹⁶ V. A. Schreter, Konkursnyj projekt teatra w g. Tiflise (Wettbewerbsprojekt eines Theaters in Tiflis), in: *Sodtschij*, St. Petersburg 1879, Nr. 8, S. 103–104.

¹⁷ Ebda., S. 104.

¹⁸ I. Kitner, V.A. Schreter (po jego biografii), in: *Sodtschij*, St. Petersburg 1901, Nr. 11, S. 158.

sich der vielbeschäftigte Petersburger nicht leisten. Diese wurde anfangs dem Ingenieur Paul Karl Eduard Stern anvertraut, und ab 1882, nach dessen Erkrankung, leitete die Bauarbeiten der Tifliser Architekt Otto Simonson (1829–nach 1886), ein gebürtiger Dresdner jüdischer Herkunft und einstiger Schüler Gottfried Sempers. Wegen Geldmangels drohte das Bauvorhaben immer wieder einzuschlafen. Ab 1886 übernahm die Baubetreuung ein Architekt namens Salzmann und führte sie bis zur Theatereröffnung 1896 erfolgreich zu Ende.

1891 wurden Schröters Projektentwürfe, u. a. auch das Theater von Tiflis, auf der Internationalen Kunstausstellung in Berlin anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Berliner Architekturgesellschaft gezeigt. Schröter, der seit seiner Studienzeit als Mitglied der Gesellschaft eingeschrieben war, wurde für seine Verdienste in der Architektur mit einer Goldmedaille ausgezeichnet, die er aus den Händen Kaiser Wilhelms II. empfangen durfte.¹⁹

Die schlimmsten Wirren unseres Jahrhunderts überstand das Tifliser Theatergebäude unbeschadet; erst 1973 wurde das Paliaschwili-Theater Opfer einer verheerenden Feuersbrunst. Beim Wiederaufbau bemühten sich georgische Architekten, die alte Fassade originalgetreu zu restaurieren. Die Umbauten im Inneren hatten allerdings zur Folge, dass der »bayereuter« fächerförmige Zuschauersaal zum »Hufeisen« deformiert werden musste.

Gleich nach seiner Rückreise aus Tiflis nahm der unermüdliche Schröter 1879 schon am nächsten Wettbewerb, dem Bau einer repräsentativen Bahnhofsstation auf dem Schnepfenfeld (Kulikowskoje pole) in Odessa, teil. Sein Projekt wurde wieder einmal mit dem 1. Preis ausgezeichnet und bis 1883 rasch realisiert. Der Bau war dem sogenannten Rundbogenstil – einer deutschen Variante der Neuromanik – verpflichtet und erinnerte stark an den in Berlin gerade fertig gewordenen Anhalter Bahnhof, für den Schröter seinerzeit begeisterte Worte fand.²⁰ Solch monumentale Bauwerke machten Geschichte: In Russland markiert der Bahnhof von Odessa den Übergang von den bescheidenen Eisenbahnstationen erster Stunde zu den neuen Großbahnhöfen – den Kathedralen des anbrechenden industriellen Zeitalters. Leider ist heute von der originalen Bausubstanz des historischen Bahnhofes – wie übrigens auch von seinem zerstörten Berliner Vorbild – nicht viel übriggeblieben.

4. Deutsche Sakralbauten

Erhalten aber blieb in der Schwarzmeermetropole die von Schröter 1892 entworfene und nach fünf Jahren eingeweihte evangelisch-reformierte Kirche – einst Versammlungsstätte der blühenden Gemeinde der Odessa-Deutschen. Während der Sowjetzeit

¹⁹ T. I. Nikolajewa, Viktor Schreter, Leningrad 1991, S. 148–149.

²⁰ Ebda., S. 204.

ihrer Funktion ledig, wurde sie zum Puppentheater umfunktioniert. In der äußeren Gestaltung greift Schröter Elemente der Gotik, aber auch der deutschen Renaissance auf, welche sein Lieblingsstil gewesen sein soll.²¹

Bei der Gestaltung zahlreicher deutscher Kirchen im russischen Süden erfreuten sich gotische Architekturformen besonderer Beliebtheit. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vollzog sich aber im Deutschen Reich ein Wechsel von der Gotik zur Romanik als dem »originär deutschen« Stil. Vereinzelt machte sich dieser Übergang auch im Russischen Reich bemerkbar. So wird beispielsweise der zweite Bau der lutherischen Gemeinde zu Odessa kurz vor der Jahrhundertwende vom Stuttgarter Architekten Hermann Karl Schewrebrandt (1856–nach 1914) als eine der Spätromanik verpflichtete dreitürmige Kirchenanlage konzipiert (1895–97).²²

Der Neuromanik muss ebenso die bereits 1909 fertiggestellte Kirche im ehemaligen Annenfeld, einer Kolonie der Kaukasus-Schwaben, zugeordnet werden. Dagegen wünschte sich die lutherische Gemeinde der Aserbaidschanischen Hauptstadt Baku ausdrücklich, bei der Gestaltung ihres neuen Gotteshauses (1895–97) an das Kirchengebäude von Helenendorf (1854), einer deutschen Kolonie in Nordaserbaidshan, erinnert zu werden. Der Architekt Adolf Eichler (?–1911) stellte den Helenendorfer neugotischen Kirchentypus als solchen nicht in Frage, suchte aber nach Architekturvorbildern außerhalb des Kaukasus. Er zog es vor, beim Bau der lutherischen Kirche zu Baku sich von den etwas feineren Details und Proportionen der Marburger Elisabethkirche inspirieren zu lassen. Die gleiche Formensprache übertrug Eichler auf das benachbarte Gemeindehaus und schuf somit eine Architektur, die an die besten Traditionen deutscher Gotik anknüpft.²³

5. Stadtvillen und Schlösser

Als ein gesondertes Kapitel ließe sich der gewichtige Anteil deutscher Architekten beim Bau von Stadtvillen und Schlössern darstellen.

Im weltoffenen Baku sind es nicht zuletzt Bauten der vielbeschäftigten Architekten Adolf Eichler (?–1911), Johann Edel, oder dem talentierten Bauingenieur Nikolaus von der Nonne (1836–nach 1902), dem späteren Bürgermeister der Erdölmetropole am Kaspischen Meer. Solche Werke, wie das klassizistische Wohnhaus Schamsi (1896) von Johann Edel oder der Neorenaissancebau der einstigen Kreditgesellschaft (1883) des Architekten von der Nonne und vor allem die ebenfalls von ihm entworfene ehemalige Stadtvilla von Debur (1888) – heute städtische Bilder-

²¹ F. A. Brokgaus (s. A 13), Bd. 39 a, S. 861.

²² E. G. Plesskaja-Seibold, Odesskije Nemzy (Odessadeutsche), Odessa 1999, S. 192.

²³ Sch. S. Fatullajew, Gradostroitelstwo i architektura Aserbaidschana XIX – natschala XX wekow, Leningrad 1986, S. 404.

galerie – prägen immer noch maßgebend das historische Gesicht der Aserbaidshianischen Hauptstadt.

Ungefähr ab der Mitte des 19. Jahrhunderts konzentrierten sich die Bauaktivitäten der Zarenfamilie auf die Südküste der Halbinsel Krim, welche seit 1783 dem Russischen Imperium angehörte. Ähnlich wie zu Zeiten Peters des Großen die neuen russischen Gebiete entlang der Ostseeküste mit großzügigen Residenzanlagen in raschem Tempo abgesteckt wurden, pflegte man ein Jahrhundert später die in Richtung Süden vorgeschobenen Staatsgrenzen mit entsprechend repräsentativen Bauten zu markieren.

Der Bauboom begann mit dem von Stackenschneider errichteten Schloss in Orianda, setzte sich mit Monighettis Sommerbauten auf der kaiserlichen Datscha in Livadia fort und fand seinen vorläufigen Abschluss in der oberen Massandra bei Jalta, wo auf Weisung Alexanders III. 1892–1902 ein Renaissance-Schloss mit einer markanten und kontrastreichen Silhouette entstand. Der Entwerfer des romantischen Schlosses war Maximilian Eduard Meßmacher (1842–1906), ein gebürtiger Petersburger, der bereits in der Hauptstadt für die Zarenfamilie Großaufträge erfüllt hatte. Den Bauplatz durfte der Architekt selbst bestimmen. Einen steilen Hügel fand er für das extrovertierte Bauwerk durchaus angemessen. Der noble Baukörper mit malerischen, in die Höhe strebenden Fassaden gleicht einer Bauskulptur, die sich von der Umgebung abhebt, um hier die entscheidenden Akzente zu setzen.

Nach Abschluss der Planung übernahmen die Realisierung des Projektes, wie in der Provinz üblich, einheimische Architekten. Die Bauleitung in Massandra hatte der Architekt Oskar Wagner inne. Anfangs war am Bauvorhaben auch der Schweizer Karl Eduard Aeschlimann (1808–1893) beteiligt, welcher bereits des öfteren für den russischen Adel auf der Krim tätig war und für seine außerordentlichen Verdienste vom Zaren geadelt und zum Hofrat ernannt wurde.²⁴ Die Fertigstellung des kaiserlichen Massandra-Schlusses hat Meßmacher schon außerhalb Russlands erleben müssen: Enttäuscht über die Verwaltungsmissstände in der von ihm seit 20 Jahren geleiteten Petersburger Stieglitz-Kunstschule, emigrierte der 55-jährige Akademieprofessor 1897 zusammen mit seiner Familie nach Dresden.²⁵ Das Massandra-Schloss ist bis heute gut erhalten und dient als Sanatorium.

6. Zusammenfassung

Provinzstädte gelten kaum als Orte ambitionierter Architektur. Dennoch ist der Nachlass deutscher Architekten im russischen Süden ebenso vielfältig und umfangreich wie der in den nördlichen Großstädten des Riesenreiches. Ein Versuch, hier

²⁴ K. G. Saur, Allgemeines Künstler-Lexikon, München / Leipzig 1992.

²⁵ T. E. Tyshnenko, Maksimilian Mesmacher, Leningrad 1984, S. 137–138.

unter verschiedenen Stilrichtungen Gemeinsamkeiten herauszufiltern und zusammenzufassen, kann in solch weiten Streifzügen nur schwerlich gelingen.

Bei der Beschreibung des Gebäudes der lutherischen Kirche zu Baku betont der aserbaidshianische Architekturkritiker Schamil Futullajew die hohe Bauqualität, mit der sich das Werk Adolf Eichlers von der übrigen Bebauung abhebt.²⁶ Dies aber gilt für vieles, was in Russland die Handschrift deutscher Baumeister trägt. Und selbstverständlich muss den Werken dieser Baumeister nicht nur im handwerklichen Sinne ein Gütesiegel zugestanden, sondern vor allem der wirkungsvolle gestalterische Anspruch zuerkannt werden.

²⁶ Sch. S. Fatullajew (s. A.23), S. 404.

Gerhard Fehl

Gartenstadt und Bandstadt

Konkurrierende Leitbilder im deutschen Städtebau

1. Betrachten wir die heutige Struktur der Verstädterung großräumig und über die Nationalgrenzen hinweg, dann können wir in Europa vielerorts lineare Strukturen, »Bandstrukturen«,¹ von geografischer Dimension ausmachen, die über die vergangenen 100 Jahre hin entstanden sind. Die überlieferten Städte haben sich dort, wo wir solche Bandstrukturen finden, in ihnen weitgehend aufgelöst, sind also, wie F. Knelner es schon 1931 nannte, »zu Siedlungsverdichtungen am Fernliniennetz« geworden.² Der strukturelle Wandel der Verstädterung im Raum hatte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eingesetzt und sich in mehreren Schüben vollzogen, seit sich die Stadterweiterungen nicht mehr länger »konzentrisch« um den historischen Stadtkern herumlegten:

Stadterweiterungen begannen in einem ersten Schub vom Kern aus »radio-zentrisch« (speichenförmig) entlang den Ausfallstraßen und vor allem den neuen Straßen- und Vorortbahn-Linien ins Land hinauszustrahlen. In einem zweiten Schub erstreckten sie sich weiter ins Land hinaus und bezogen umliegende Dörfer und Ansiedlungen mit ein. Sie verbanden sich in einem dritten Schub entlang wichtiger Verkehrslinien schließlich mit ähnlichen Stadterweiterungen entfernt liegender Städte, so dass in dichtbesiedelten Räumen – wie etwa dem Ruhrgebiet – sich eine neue Struktur linearer Agglomeration großen Ausmaßes abzeichnete. H. G. Wells hatte dafür in Südengland bereits 1902 den Begriff der »urban region« geprägt und der englische Stadtplaner B. S. Rowntree hatte 1910, nach seinem Studium der belgischen Verstädterung, deren aufgelockerte lineare Siedlungsstruktur begrüßt als das neue »Stadt-Land-Kontinuum«, in das hinein sich die Großstädte »auflösen«. ³ Eine grundlegend neuartige lineare Struktur bildete sich jedoch erst in einem vierten Schub mit den amerikanischen »freeways« oder »townless highways« (McKaye 1930) heraus,⁴ jenen Autobahnen für den automobilen überregionalen Fernverkehr, die auch in Deutschland ab 1926 in Erwägung gezogen und ab 1936 realisiert wurden. Sie verliefen nicht mehr, wie Napoleons Straßen, von Stadtmitte zu Stadtmitte, sondern tangential als »Sammeltangenten« an den Städten vorbei und schufen einen neuen Standortvorteil schnell

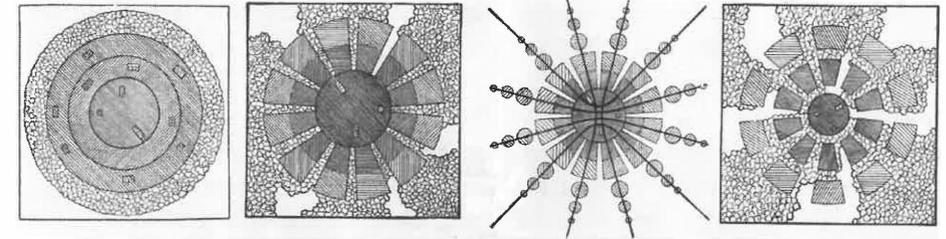


Abb. 1: Vom »konzentrischen« zum »radio-zentrischen« Leitbild (v.l.n.r.): Das Leitbild der »konzentrischen« Stadt war seit den 1890er Jahren überholt; R. Eberstadt schlug seine »radio-zentrisch« strukturierte Stadt 1910 vor: entlang den Fingern der Nahverkehrslinien die neue »Besiedlung, dazwischen die »Grünkeile«. R. Petersen ergänzte dies 1911 um die frei liegenden Vororte an der äußeren Peripherie. G. Langen entwickelte daraus 1912 seine Idee des »Trabanten-Systems« für die künftig geordnet wachsende Großstadt; aus: G. Langen, *Stadtplan und Wohnungsplan*, Leipzig 1927.

ler überörtlicher Verkehrsverbindung, dem die Verstädterung in der Nachkriegszeit zu folgen begann. Diese linear strukturierte Verstädterung setzte sich in der Folge über alle Grenzen hinweg, wie z. B. die Städtebänder von Antwerpen über Brüssel bis Köln oder im oberen Rheintal zeigen.

Mit der Bildung dieser Städtebänder waren Wanderungs-Ströme der Bevölkerung ursächlich verbunden gewesen, die teils zur linearen Konzentration, teils zur Entvölkerung ungünstig gelegener Regionen geführt hatten.⁵ Den Zusammenhang zwischen Wanderungs-Bewegung und linear strukturierter Verstädterung hatten C. Stein und H. Wright in den USA bereits 1926 beobachtet.⁶ In Deutschland fanden solche Beobachtungen indes erst seit Mitte der 60er Jahre bei Stadt- und Raumplanern Anerkennung, da die Stadtplaner bis dahin überwiegend noch der Vorstellung von der radio-zentrischen Stadt angehangen hätten, während die Raumplaner vorzugsweise W. Christallers Theorie »zentraler Orte« gefolgt waren.⁷ Seither ist die Verstädterung weiterem strukturellen Wandel unterworfen gewesen, was hier jedoch nicht thematisiert werden soll. Wohin der Wandel führen wird, wir rätseln noch darüber. Begriffe wie »Edge City«⁸ oder »Zwischenstadt«⁹ beleuchten zwar das Phänomen und bieten Versuche der Erklärung – aber auch nicht mehr. Hier geht es allein um die Wahrnehmung, Beurteilung und konzeptionelle Verarbeitung des Übergangs vom überlieferten System der »radio-zentrischen Stadt« im hierarchisch gegliederten Netzwerk »zentra-

⁵ Vgl. G. Isbary, Die Verkehrsgestaltung in einer Gesamtschau, in: *Der Landkreis*, Jg. 35, H. 2, S. 36 f.

⁶ C. Stein u. a., Report to the Governour Alfred E. Smith to the Legislature of the State of New York, Albany 1926; Kommentar mit deutscher Kurzfassung in: W. C. Behrendt, Landesplanung in den Vereinigten Staaten, in: *Der Neubau*, Jg. 9, S. 25–32.

⁷ W. Christaller, Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933.

⁸ J. Garreau, *Edge City*, New York 1991.

⁹ Th. Sieverts, *Zwischenstadt zwischen Ort und Welt*, Braunschweig 1997.

¹ Vgl. W. Istel, *Entwicklungachsen und Entwicklungsschwerpunkte*, München 1971.

² F. Knelner, *Die Sammeltangente*, Berlin 1931.

³ H. G. Wells, *Anticipations of the Reaction of Mechanical and Scientific Progress*, London 1932; B. S. Rowntree, *Land and Labour, Lessons from Belgium*, London 1910.

⁴ B. McKaye, *The Townless Highway*, in: *The New Republic*, H. 3, S. 93–95.

ler Orte« hin zum neuen System bandförmig zusammenhängender Verstädterung – und zwar aus der Sicht von Stadt- und Raumplanern während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

2. Zweierlei soll an Hand der lange währenden Auseinandersetzungen um die beiden wichtigsten stadtplanerischen Leitbilder dieser Zeit – dem der »Gartenstadt« und dem der »Bandstadt«¹⁰ – verdeutlicht werden:

a) Dass wir nicht in der Lage sind, zu begreifen, was sich an neuen Strukturen der Verstädterung unter sich rasch wandelnden gesellschaftlichen, ökologischen und technologischen Verhältnissen gerade herausbildet. Ja nicht einmal die Anzeichen strukturellen Wandels im Raum verstehen wir richtig zu deuten, je mehr wir am Gewohnten hängen, geschweige denn anzuerkennen als Ankündigung der »Gestalt kommander Dinge«. ¹¹ Vielmehr erschließt sich uns erst im Rückblick das Verständnis für den alles andere als gradlinigen Verlauf strukturellen Wandels.

b) Dass unsere Vorstellungen von der »Gestalt der kommenden Dinge« vorrangig geprägt sind von unseren gegenwärtigen gesellschaftlichen Interessen und Zielsetzungen, ferner von unseren zurückliegenden Erfahrungen und den Bildern der Vergangenheit und Gegenwart. Der Zukunft können wir, auch wenn wir unsere Phantasie noch so bemühen, kein Bild entreißen; auch die Wissenschaft liefert uns nicht mehr als dürre Prognosen, etwa künftiger Bevölkerungsanzahl, aber keine Bilder.

Daraus folgt, dass in jeder Gesellschaft, die nicht einem einzigen »zentralen Willen« unterworfen ist, gleichzeitig mehrere städtebaulich-raumordnerische Leitbilder existieren, weil es stets von unterschiedlichen Interessen getragene, miteinander verfließende gesellschaftliche Vorstellungen von der künftigen Gestalt des sich verstädternden Raums gibt; schwarz-weiß gezeichnet also die Vorstellung, dass alles möglichst so bleibt, wie es gerade ist gegenüber der Vorstellung radikalen Wandels. Die in die ungewisse Zukunft hinein projizierten städtebaulichen Leitbilder waren also nie etwas anderes, als Wunschbilder von Raum-Strukturen, die hätten kommen mögen: die entweder das, was den Zeitgenossen an ihren Städten lieb und wert war, auch künftig in ihnen zu bewahren trachteten; oder die, all den Ballast der Vergangenheit abschüttelnd, eine »neue Stadt«, ein »neues Leben« und einen »neuen Menschen« hervorbringen sollten.¹²

¹⁰ Der Vereinfachung halber werden hier die unter dem Einfluss der Gartenstadt-Bewegung entstandenen Stadt-Systeme mit radiozentrischer Struktur dem städtebaulichen Leitbild der »Gartenstadt« subsummiert; nach F. Bollerey u. a. (Hrsg.), Im Grünen wohnen – im Blauen planen. Ein Lesebuch zur Gartenstadt (Stadt-Planung-Geschichte, 12), 1990. Demgegenüber werden hier alle Stadt-Systeme mit linearer Struktur dem städtebaulich-raumordnerischen Leitbild der »Bandstadt« zugeordnet. Die vielfältigen Bemühungen einer Vermittlung beider Strukturen müssen hier außer Betracht bleiben (G. de Castillo 1919, R. Göderitz u. a. 1957, G. Fehl u. a. 1997).

¹¹ H. G. Wells, *The Shape of Things to Come*, London 1935.

¹² Vgl. N. Lepp u. a. (Hrsg.), *Der Neue Mensch. Obsessionen des 20. Jahrhunderts*, Dresden 1999.

Im ersten Fall versuchten Stadt- und Raumplaner, sich gegen den Strom der Modernisierung zu stellen, indem sie Anzeichen des Wandels als Gefährdung des Bisherigen deuteten. Im zweiten Fall begrüßten sie Anzeichen des Wandels als Aufbruch in die Zukunft und projizierten sie unkritisch, aus zeitgenössisch begrenzter Sicht ins Blaue hinein. So kam es, dass alle städtebaulichen Leitbilder der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen empirischen Kern hatten und dennoch vom Wandel immer wieder überrollt und insbesondere von der kurzlebigen politischen Wirklichkeit immer wieder konterkariert wurden.

3. Dies jedoch zu akzeptieren, stand in scharfem Gegensatz zum Planungsverständnis, dem sich die damals oft als »Herren des Prozesses« fühlenden, selbstbewussten Stadt- und Raumplaner verpflichtet fühlten: nämlich dem »funktionalistisch-deduktiven Paradigma«, das im Lauf der Jahrzehnte ja auch zur Grundlage städtebaulich-raumordnerischer Gesetzgebung gemacht wurde. Demgemäß war aus einem Leitbild, einem übergeordneten, allgemeinen System mit bestimmter topologischer Struktur (Ordnung der Elemente im Raum) die Gestaltung der einzelnen Elemente (Wohngebiete, Grünzüge, Verkehrslinien etc.) in einem Prozess »fortschreitender Konkretisierung abzuleiten«;¹³ und zwar bei der Stadtplanung in der Weise, dass neben kulturellen Belangen die Leistungsfähigkeit und das reibungslose Funktionieren des Systems »Stadt« bestmöglich gewährleistet wurde. Folglich verstanden einige, in metaphorischem Sinn, »die Stadt als Maschine«, ¹⁴ andere als »Organismus, der zur höchsten Leistung befähigt ist«, ¹⁵ ein »Organismus, dessen sinnfällige Bindungen der Teile, Glieder und des Ganzen das Geäder prägen, die Struktur, schließlich seinen Charakter«. ¹⁶

Aus dem Anspruch, zum allgemeinen Wohl eine gut funktionierende »Maschine« oder einen leistungsfähigen »Organismus« zu schaffen, leiteten sich Allmachts-Phantasien her, die manchen Städtebauer blind werden ließen gegenüber den lästigen Hindernissen und Beschränkungen der realen Welt. Die Kalamität der Stadt- und Raumplaner lag darin, dass sie das dem Ingenieurwesen entstammende Paradigma über den rein technischen Bereich hinaus immer wieder auf den gesellschaftlichen Bereich zu übertragen suchten; wohl wissend, dass Stadt- und Raumplanung zwar viele technische Seiten hat, im Kern aber ein gesellschaftliches Aufgabenfeld ist, in welchem den Stadt- und Raumplanern keineswegs die Vorherrschaft eingeräumt ist, sondern der Politik und Wirtschaft. Nur wenige ahnten, dass ihre Planungs-Instrumente bei weitem zu schwach waren für das, was sie anstrebten: Eine neue räumliche oder gar ge-

¹³ R. Grauhan (Hrsg.), *Großstadt-Politik*, Gütersloh 1972, S. 188 ff.

¹⁴ U. a. M. Wagner, *Städtebau als Wirtschaftsbau und Lebensbau*, in: *Die neue Stadt*, Jg. 1, H. 8, S. 175.

¹⁵ P. Schultze-Naumburg, *Kulturarbeiten* Bd. IV: *Städtebau*, München 1906, S. 8.

¹⁶ H. B. Reichow, *Organischer Städtebau*, Ravensburg 1949; ausf. F. Bollerey (s. A 10), S. 74 ff.

sellschaftliche Ordnung hervorzuzaubern oder aber eine alte sicher zu bewahren. Bestenfalls ließen sich die schlimmsten Auswüchse an »Un-Ordnung« damit verhindern. Wenn wir hier in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückschauen, dann bewegen wird uns in einem Abschnitt der Planungsgeschichte, der, was planerisches Selbstverständnis, funktionalistisch-deduktives Paradigma und Glauben in die Machbarkeit von Stadt und Gesellschaft anbelangt, abgeschlossen ist.

4. Schauen wir uns zunächst das Spektrum der städtebaulichen Leitbilder der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts an einigen, meist deutschen Beispielen an: Jedes stellte ein allgemeines übergeordnetes System dar, jeweils mit einer »bestmöglichen Struktur« topologischer Zuordnung von Raumelementen: Von Verkehrslinien, Wohn- und Arbeitsgebieten, Flächen für Industrie, Erholung und Landwirtschaft, schließlich auch den Bestand und neuen Gebietszuwachs. Jedes war also ein in die Zukunft projiziertes räumliches Ordnungsgerüst für die wachsende Stadt, mit dem der sich verstädtende Raum je nach Zielsetzung in anderer Weise abgesteckt werden sollte. Da nach zeitgenössischer Vorstellung die Gesellschaft maßgeblich durch die Gestaltung und Ordnung des Raums geformt werden sollte, war jedem Leitbild die Ausrichtung auf einen idealen räumlichen und zugleich gesellschaftlichen Endzustand eigen, teilweise sogar für einen »vollständigen Neuaufbau der Gesellschaft«. ¹⁷ Die Beispiele sind hier nach ihrer radio-zentrischen und ihrer linearen Struktur gruppiert:

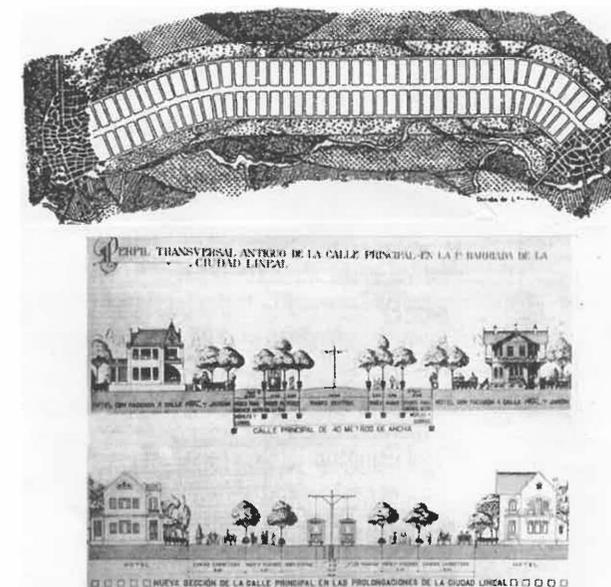
a) Nachdem das Leitbild der »konzentrischen Stadt« bereits Ende des 19. Jahrhunderts als überholt galt, projizierte K. Henrici noch 1892/93 beim Münchner Städtebau-Wettbewerb das Leitbild der »alten deutschen Kleinstadt« in sie hinein – und zwar mit nachhaltiger Wirkung: Die Masse des neu sich um den Stadtkern herumlegenden Erweiterungs-Gebietes sollte in viele Kleinstädte, jede mit ihrem eigenen Kirchturm (und anderen öffentlichen Bauten), zergliedert werden. ¹⁸ Damit kontrastierte scharf das 1898 von E. Howard vorgeführte Leitbild eines dezentralisierten »Systems von Gartenstädten«, die, jede für sich in ihrem eigenen landwirtschaftlichen Gebiet liegend, als politisch und wirtschaftlich autarke Elemente um ein schwaches Zentrum herum gruppiert und untereinander durch ein teils radiales, teils radio-zentrisches Verkehrs-Netz aus Straßen, Kanälen und Eisenbahnlinien verbunden sein sollten. Howards dezentrales System sollte letztendlich das des alten zentralisierten und kompakten London überwinden und ersetzen. ¹⁹ Die Empirie der neuen mechanisierten Verkehrs-Netze, insbesondere die der elektrischen Straßenbahn, hatte damals

¹⁷ E. Howard, *Gartenstädte in Sicht*, Jena 1907; Neuaufl. Frankfurt a.M. 1968.

¹⁸ Ausführlich G. Fehl, *Städtebaureform 1865–1900* (Stadt-Planung-Geschichte, 5), Hamburg 1995, S. 99 ff.

¹⁹ Wenn hier über die »Gartenstadt« gesprochen wird, dann nicht über schmucke Häuschen an Anger und Wohnweg, nicht über die gartenstädtische Bebauungsweise, die gemeinnützige Organisation oder die genossenschaftliche Trägerschaft, sondern ausschließlich über die allgemeine radio-zentrische Struktur von Stadt-Systemen.

Abb. 2: A. Soria y Matas Schema seiner »Linienstadt« von 1892, die zwei nördliche Vororte von Madrid miteinander verbinden, aber auch »von Cadix bis St. Petersburg« ungebrochen hätte durchlaufen sollen: Als Rückgrat ein 50 m breiter Boulevard mit Straßenbahnen, auf beiden Seiten die je 200 m breiten Wohnbänder mit freistehenden Häusern, dann auf jeder Seite ein von Bebauung freigehaltener Landwirtschafts-Streifen; aus: *CMU, Ciudad Lineal, die spanische Formel der Gartenstadt*, Madrid 1931.



schon die »radio-zentrische Struktur« der Besiedlung hervorgebracht, ²⁰ sie wurde in Deutschland allerdings erst 1910 von R. Eberstadt in die einprägsame diagrammatische Form von Kernstadt, neuen »Siedlungsfingern« und dazwischenliegenden »Grünkeilen« gebracht und auf der Berliner Städtebauausstellung als das neue städtebauliche Reform-Leitbild proklamiert. Durch R. Petersens empirische Untersuchung der Zusammenhänge von Verkehrslinienführung und Besiedlung im Groß-Berliner Raum (1911) war das Eberstadt'sche Diagramm angereichert worden um die außerhalb der Gemarkung an den Bahnhöfen der Vorortzüge sich perlenförmig aufreihenden Siedlungen. ²¹ G. Langen forderte daher 1912 – angeregt auch durch Howards »Systems von Gartenstädten« –, dass die isoliert im ländlichen Bereich sich um die Bahnstationen scharenden Siedlungen wie »Kleinstädte« gestaltet und wie diese dauerhaft durch »Grüngürtel« vor dem Verschmelzen mit dem Stadtgebiet gesichert werden müssten. ²² Es war dies eine Konkretisierung des Wegs »von der Kleinstadt zur Gartenstadt«, ²³ mit dem das radio-zentrisch strukturierte System der Kernstadt mit »Trabanten«, auch »Satelliten-System« genannt, in die Welt gesetzt war. Als dann die

²⁰ U. a. J. Stübgen, *Der Städtebau*, Darmstadt 1890, S. 224 ff; H.G. Wells (s. A 3).

²¹ Vgl. R. Eberstadt, *Groß-Berlin. Ein Programm für die Planung der neuzeitlichen Großstadt*, Berlin 1910; R. Petersen, *Die Verkehrsaufgaben des Verbandes Groß-Berlin*, Berlin 1911.

²² G. Langen, *Stadt, Dorf und Landschaft*, in: *Städtebauliche Vorträge für Städtebau an der Kgl. Techn. Hochschule zu Berlin*, Bd. V, H. 3, Berlin 1912; auszugsweise in: F. Bollerey (s. A 10), S. 112–117.

²³ B. Kampffmeyer, *Von der Kleinstadt zur Gartenstadt. Eine Kampfschrift*, Berlin 1907.

Nationalsozialisten die Reichsautobahn bauten, musste die radio-zentrische Struktur des Stadt-Systems für davon betroffene Großstädte erneut modifiziert werden: Zur weiträumig vernetzten, durchgrünten und analog der Parteistruktur hierarchisch gegliederten »Stadtlandschaft«, in der bereits die Grundzüge der »gegliederten und aufgelockerten Stadt« enthalten waren.²⁴

b) Gegen jegliche Beibehaltung der überlieferten Ausrichtung der Städte auf ihren Stadtkern hin und der Einbindung in ein Netzwerk hierarchisch geordneter »zentraler Orte« wandten sich die Vertreter der zentrumslosen, endlosen »Bandstadt«. Ihre lineare Struktur war, abgesehen von langgestreckten mittelalterlichen Hufen-Dörfern, für Stadt und Region ein Novum. Dennoch gründete auch sie auf der Empirie der Ansiedlung an vorstädtischen Ausfallstraßen oder Vorort-Bahnlinien – linear strukturierten Elementen des Stadt-Systems, die, aus ihrem vorstädtischen Zusammenhang gerissen, sich in den Köpfen der Bandstadt-Verfechter als lineare Struktur eines ganzen Stadt-Systems verselbständigten. So hatte 1882 der kämpferische Journalist und Betriebsleiter einer Madrider Straßenbahngesellschaft, A. Soria y Mata, der die mittelalterliche Stadt- und Verkehrsstruktur Madrids als unzeitgemäß ansah, seine ersten Gedanken zur »geraden Linie« im Städtebau veröffentlicht.²⁵ Sein Konzept einer »Linienstadt« (ciudad lineal), zwischen zwei bestehenden Vororten entlang einer Straßenbahnlinie sich durch landwirtschaftliches Gebiet hinziehend und planmäßig auf 500 m Breite als Wohnsiedlung mit freistehenden Einfamilienhäusern angelegt, schien ihm am ehesten eine Integration von Industrie und Landwirtschaft in einer sich industrialisierenden Gesellschaft sicherzustellen. Ein etwa 7 km langes Stück der »Linienstadt« wurde ab 1892 an der Peripherie von Madrid realisiert. Eine der Hochindustrialisierung eher angemessene Form fand das Konzept der Bandstadt 1898 in Deutschland, als J. Latscha und W. Teut im Zuge der Städtebau-Reform bei Frankfurt a.M. ihre praktisch endlose, zentrumslose »Industrie-Wohnstraße« mit einem Industrieband zwischen dem Main, einer Güterbahn- und einer Straßenbahn-Linie und mit einem parallelen Wohnband in die Diskussion einbrachten.²⁶ Spätere Modifikationen der Bandstadt resultierten aus dem Streben nach größerer Breite der Bänder,²⁷ aus der zellenförmigen Gliederung der linear aufgereihten Wohn- und In-

²⁴ Vgl. H. Reichow, Grundsätzliches zum Städtebau im Altreich und im neuen deutschen Osten, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 5. S. 225–230, und J. Göderitz, Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957.

²⁵ A. Soria y Mata, Die soziale Frage und die Bandstadt, in: El Progreso (Madrid), 5. 3. 1893; Nachdruck vgl.: G. Fehl u. a. (Hrsg.), »Die Stadt wird wieder Landschaft sein und die Landschaft in der Stadt«. Bandstadt und Bandstruktur (Stadt-Planung-Geschichte, 19), Berlin 1997, S. 67–69.

²⁶ J. Latscha u. a., Nationale Ansiedlung und Wohnungsreform, Frankfurt a.M. 1998; teilw. Nachdruck in: G. Fehl (s. A. 25), S. 179–189.

²⁷ W. Rings, »Die Wabenstadt«. Zur Geschichte der Ring'schen Bandstadt (von 1926), in: G. Fehl (s. A. 25), S. 190–201.

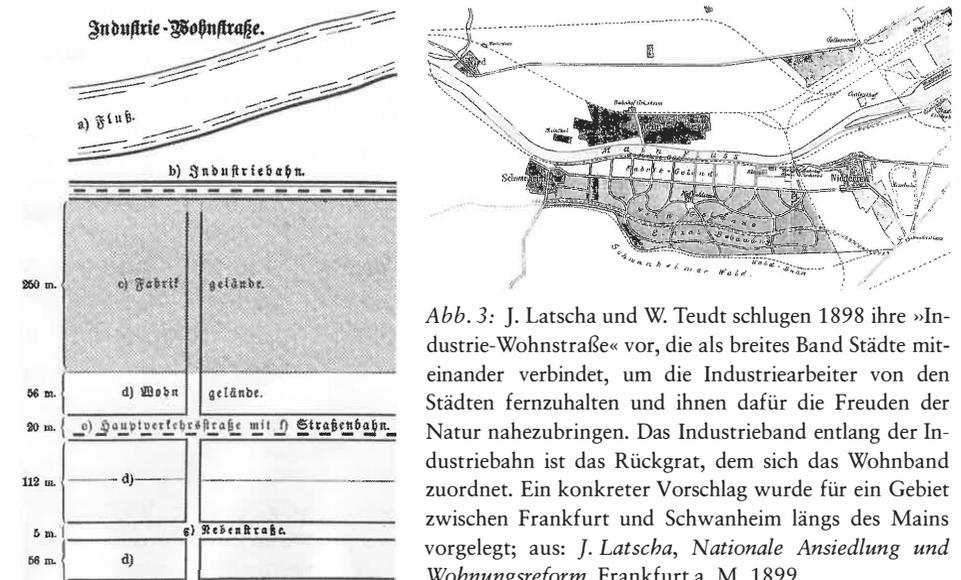


Abb. 3: J. Latscha und W. Teut schlugen 1898 ihre »Industrie-Wohnstraße« vor, die als breites Band Städte miteinander verbindet, um die Industriearbeiter von den Städten fernzuhalten und ihnen dafür die Freuden der Natur nahezubringen. Das Industrieband entlang der Industriebahn ist das Rückgrat, dem sich das Wohnband zuordnet. Ein konkreter Vorschlag wurde für ein Gebiet zwischen Frankfurt und Schwanheim längs des Mains vorgelegt; aus: J. Latscha, *Nationale Ansiedlung und Wohnungsreform*, Frankfurt a. M. 1899.

dustriegebiete und der besseren Verzahnung von Stadt und Land,²⁸ aus der Ergänzung des öffentlichen Verkehrs-System durch ein System für die voraussehbare massenhafte Automobilisierung²⁹ und aus einer verästelten Struktur für differenzierten Verkehr und gleichzeitig mehrseitiges Wachstum, differenziert nach Industrie, tertiärem Sektor und Wohnen.³⁰ Mit der massenhaften Automobilisierung war in den USA seit Ende der 20er Jahre die Idee von weitmaschigen Stadtautobahn-Netzen aufgekommen, deren nutzungsneutrale Maschen als quadratkilometergroße »superblocks« mit interner, verkehrsberuhigter Erschließung und vom Hauptverkehr abgewandter Bebauung angelegt wurden.³¹ Die netzförmig angelegte Stadt mit »superblocks« konnte sowohl auf ein Zentrum bezogen sein oder aber topographiebedingt sich auch linear ausdehnen und damit als »Bandstadt« mit Netzstruktur gelten.³²

²⁸ U. a. L. Hilbersheimer, The New City, Chicago 1931; H. Reichow, Gedanken zur städtebaulichen Entwicklung des Groß-Stettiner Raumes, Stettin 1940; R. Rainer, Wien und das Wiener Becken, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 6, S. 106–113.

²⁹ Vgl. W. Rings (s. A 27); F. Kneller (s. A 2).

³⁰ P. Friedrich, Das Ordnungsprinzip. Gliederung von Verdichtungsräumen allgemein, 1931; Nachdruck in: G. Fehl (s. A 25), S. 227–232; A. Korn, Ein Generalplan für London (M. A. R. S. Plan), in: Architectural Review, Jg. 91, H. 6, S. 143–150.

³¹ C. A. Perry, The Neighbourhood Unit, New York 1929; F. L. Wright, The Disappearing City, Taliesin 1932; T. Adams, The Design of Residential Areas, Cambridge Mass. / Oxford 1934. Für Deutschland vgl. H. L. Sierks, Grundriss der sicheren, reichen, ruhigen Stadt, Dresden 1929.

³² Vgl. F. L. Wright (s. A 31); P. Friedrich, Lagebeziehungen und Verkehrsnetzgestaltung des neuen Berlin, in: Der Bauhelfer, Jg. 1, H. 11, S. 8–15; Nachdruck in G. Fehl (s. A 25), S. 276–287.

5. Das Leitbild der Gartenstadt hat noch immer eine stattliche Anhängerschaft hinter sich, sprach sie doch seit eh und je zum Herzen, barg das Versprechen, ein heiteres Arkadien könne wieder durch sie an der Peripherie der Städte auferstehen.³³ Doch wo ist die Bandstadt geblieben? Sie war für die Gartenstadt doch jahrzehntelang das »rival movement«,³⁴ das städtebauliche Leitbild der Avantgarde der Moderne, dem sich so viele Städtebauer-Architekten zeitlebens verschrieben hatten: Le Corbusier, L. Hilberseimer, R. Neutra, M. Wagner, F. L. Wright u. a. Die Bandstadt, die weitaus mehr als die radio-zentrische Stadt, sich in die Stadtregion und über ein ganzes Land hin erstrecken sollte,³⁵ ja wie Soria es gefordert hatte »von Cadix bis St. Petersburg und von Peking bis Brüssel«,³⁶ sie wurde entbehrlich, als sich die Raumplanung landesweiten »Bandstrukturen« zuwandte; und sie geriet in Vergessenheit, weil sie nicht, wie die Gartenstadt, »zum Herzen sprach«, keine emotionale Bindung zu einer breiten Anhängerschaft hatte gewinnen können, denn sie trat, Effizienz, Sachlichkeit, Funktionalität und Gleichförmigkeit vermittelnd, als ein rational-kühles Avantgarde-Produkt auf. Sie hatte indes nicht nur die Wachstums- und Effizienz-Probleme der Stadt auf radikale Weise durch die lineare Struktur schneller Verkehrsverbindungen zu lösen versucht, sondern auch nach Versöhnung von Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft, Arbeiter und Bauer gestrebt: Viele ihrer Protagonisten waren mit ähnlichen Worten I. Cerdás Aufruf von 1861 gefolgt: »Lasst das Städtische sich verländlichen und das Ländliche sich verstädtern!« So bot die Bandstadt meist ein Bild von einem »nicht Stadt, nicht Land«, von einem planmäßig herbeigeführten »Stadt-Land«.³⁷ Heute würde sie wohl als eine Art von »planmäßig geordneter Zwischenstadt« bezeichnet werden, damals jedoch stellte sie für viele Städter ein Schreckbild von einer alles Gewohnte weit hinter sich lassenden, allzu un-städtischen, modernen Zukunft der Stadt dar – kurz: Wer an der Stadt hing, konnte die Bandstadt nicht lieben! Überdies war ja, zumindest in Nord- und Mitteleuropa, bis 1968 keine einzige Bandstadt realisiert worden, die die Interessierten hätte besuchen und von ihr ein konkretes Bild gewinnen können. Das einzige und zugleich letzte hier verwirklichte Bandstadt-Projekt bot die »Band-Vorstadt« von Marne-le-Vallée bei Paris, die, 1969 begonnen, zu spät kam und kaum zum Ruhm der Bandstadt beigetragen hätte. Die Bandstadt blieb also weitestgehend ein papierenes Projekt, von Interesse nur im

³³ Gerade in der aktuellen Diskussion um einen neo-traditionalistischen Städtebau in »suburbia«, wie er von Prince Charles in England 1989 und durch den amerikanischen »New Urbanism« derzeit in Deutschland ausgelöst wird, schimmert jenes romantische Sehnen nach der »guten alten Gartenstadt«, d. h. der »Garten-Vorstadt« wieder durch.

³⁴ Vgl. G. R. Collins, Linear Planning throughout the World, in: Journal of the Society of Architectural Historians, Jg. 18/1959, H. 3, S. 74–93.

³⁵ U. a. L. Hilberseimer (s. A 28); Le Corbusier u. a., Le Trois Etablissements Humains, Paris 1945; dts. Übers. in G. Fehl (s. A 25), S. 153–178.

³⁶ Vgl. A. Soria y Mata (s. A 25).

³⁷ L. Migge, Stadt-Land-Kultur, in: Die Volkswohnung, Jg. 2, H. 11, S. 23 f.

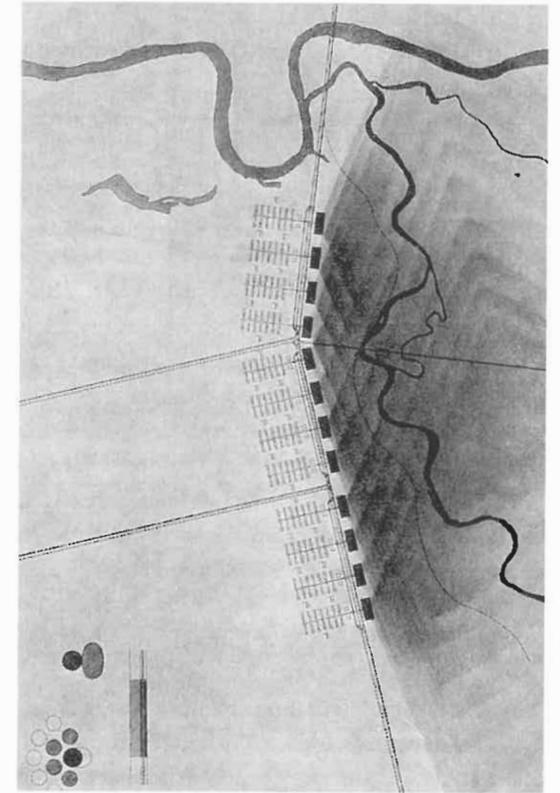


Abb. 4: L. Hilbersheimers 1944 überarbeiteter Plan für Dessau von 1932: Statt mit radio-zentrischer Struktur oder als »Linienstadt« im Sinne Sorias (in der linken unteren Ecke) reiht sich nach dem Abriss des alten Dessau das moderne Dessau längs einer elektrifizierten Schnellbahn-Linie endlos mit seinen »Siedlungseinheiten« von je 4000–8000 Einwohnern. Jenseits der Bahnlinie, ihnen gegenüber und auf »kurzem Weg«, die »Industriezellen«. Grünzüge trennen die Siedlungseinheiten voneinander (Konzept von 1927 am Bauhaus Dessau); aus: L. Hilberseimer (s. A 28).

Kreis der Fachleute. Im dialektischen Prozess der Herausbildung von Leitbildern war die Bandstadt dennoch das vorwärtsdrängende, unruhig einer neuen Zukunft zustrebende Konzept und damit unentbehrliche »Anti-These« zur Gartenstadt, die eher das beharrende, die Vergangenheit in sich bergende Element darstellte, das die besten Züge der überlieferten Stadt auch in einer ungewissen Zukunft noch zu sichern versprach.

6. Verfolgen wir im Rückblick das antithetische Verhältnis von Gartenstadt zu Bandstadt in den Jahren der intensivsten Auseinandersetzung ihrer Protagonisten, dann können wir vielerlei feststellen, dem wir weiter nachgehen wollen:

- Die Vertreter beider Konzepte hatten ein gemeinsames »Feindbild«: Die kompakte Großstadt der Gründerzeit;
- sie waren sich darüber hinaus einig über eine große Anzahl von Reform-Maximen auf der konkreten Ebene des Städtebaues;
- wo immer jedoch Bandstadt-Konzepte in die öffentliche Diskussion eingebracht

wurden, wurden sie unterdrückt oder ersetzt durch radio-zentrische Konzepte. Bei aller Gemeinsamkeit gab es also Gründe der Zurückweisung, die teils in der unterschiedlichen Praktikabilität, teils in einem der unterschiedlichen Geometrie unterlegten gesellschaftlichen Konflikt angelegt waren;

- in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Leitbildern tritt ein lang währen des Dilemma zutage zwischen den Ansprüchen der beiden so gegensätzlichen Leitbilder und der Wirklichkeit der Verstädterung; ihm zugrunde aber lag die unterschiedliche Wahrnehmung der Wirklichkeit und deren Anerkennung.

7. Zu einem Leitbild gehört, sozusagen als notwendiges duales Gegenstück, ein »Feindbild«, das alles enthält, was abschreckt und gleichzeitig Abwehrkräfte mobilisiert, also die Merkmale eines dagegengewandten Leitbildes hervorbringen in der Lage ist. Feindbild für Gartenstadt- und Bandstadt-Planer gleichermaßen war das Bild, das sie sich aus eigenem Erleben heraus von der kompakten Großstadt der Gründerzeit machten: Zwar faszinierte ihre Urbanität, aber viel stärker war ihre abstoßende Wirkung durch die Überfüllung mit Menschen, die Massierung der Bebauung und die daraus resultierenden miserablen Wohn-, Hygiene-, Luft- und Verkehrsverhältnisse, den Mangel an Freiflächen, die Ferne der Natur, die fehlende bauliche und soziale Ordnung, insbesondere die sozialen Spannungen, die Armut, das Verbrechen, die Anonymität der Masse.³⁸

Damit aber nicht genug: Hinzu trat gleichgewichtig das verheerende Bild, das sie von der zeitgenössischen Verstädterung der Peripherie gewannen, seit langem für viele Städter der Raum der Hoffnung schlechthin. Hier jedoch befremdete zunehmend die äußere Erscheinung jenes »ungeheuren Rings aus öden parzellierten Böden, Abholzungen, Fabriken, Baustellen, Schmutz und Hässlichkeit, in den man unfehlbar gelangt, wenn man aus dem Inneren ins Freie will«.³⁹ Dies war Folge des unaufhaltsamen »Zugs ins Grüne«, der mit Einführung der Straßenbahn eingesetzt und mit zunehmendem Wohlstand und der Adickes'schen Steuerreform seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts an Schwung gewonnen hatte. Das Ergebnis verglich P. Schultze-Naumburg 1906 mit einem Vulkanausbruch, der »nach außen seine Lavaschlacken vor sich herschiebt, die durch ihre Glut meilenweit im Umkreis das grüne freie Land gleichsam verbrennen und versengen«.⁴⁰ Die Großstadt war für ihn also ein »Moloch«, der alles verschlingt: die Menschen, die überlieferte Kultur und insbesondere die Peripherie, deren Verheißung als Ort der Naturnähe, Gesundheit, Ruhe, Entspannung, Individualität und Harmonie an sich selbst zu ersticken drohte.

³⁸ Vgl. hierzu u. a. G. Doré, London. A Pilgrimage, London 1972; G. Schmoller, Ein Mahnruf in der Wohnungsfrage, in: Jb. für Gesetzgebung, Leipzig 1887, S. 1–24.

³⁹ P. Schultze-Naumburg (s. A 15), S. 13.

⁴⁰ P. Schultze-Naumburg (s. A 15), S. 12.

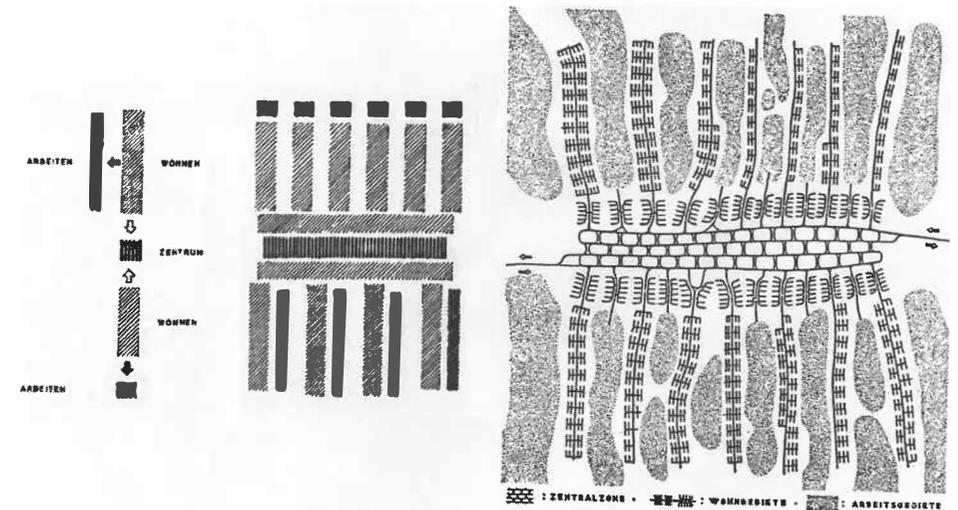


Abb. 5: 1930, P. Friedrichs Diagramm seines »Ordnungsprinzips für die Zuordnung der Siedlungsbereiche auf Grund der vorherrschenden Lagebeziehungen« (1930) zwischen Wohn- und Arbeitsgebieten, bzw. zwischen Wohngebieten und Zentrum. Jedes kann nach eigenen Gesetzmäßigkeiten wachsen, ohne andere zu behindern. Das System besteht aus einem Zentrumsband und senkrecht davon ausgehenden, zueinander parallelen »Siedlungsketten« für Wohnen, Arbeiten und Erholung; aus: I. Lehning, Peter Friedrich. Drei Phasen der Großstadtbildung, Berlin 1989.

Gartenstadt- und Bandstadtplaner waren einig darin, dass sich die Kompaktheit und Zusammendrängung in der Großstadt nie mehr wiederholen dürfe, und sie zugleich alle nur denkbaren Mittel daransetzen müssten, den »Hoffungsraum Peripherie« davor zu bewahren, vom »Moloch Großstadt« verschlungen zu werden. Das Feindbild hieß »Zersiedlung« und das Zauberwort »Ordnung«, planmäßig herbeigeführte räumliche Ordnung an der Peripherie, auch jenseits der Gemarkung im Umland der Stadt.

8. Dieses gedoppelte »Feindbild« einte Garten- und Bandstadtplaner folglich bei vielen Reform-Maximen für die planmäßige Herstellung räumlicher Ordnung, insbesondere bei neuen »Stadterweiterungen«. So konnte sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ein gemeinsamer Fundus an unbestrittenen Regeln der Städtebau-Reform aufbauen und praktisch durchsetzen, der sich auch auf die innere Differenzierung der allgemeinen Strukturen der Stadt-Systeme auswirkte. Dazu gehörten u. a.:

- der oberste Grundsatz der Planmäßigkeit jeglicher Verstädterung, insbesondere im Hinblick auf städtischen Verkehr und Nutzungen;
- die dauerhafte Abgrenzung des bebauten Gebietes vom unbebauten Land: Hier Stadt, dort Land!

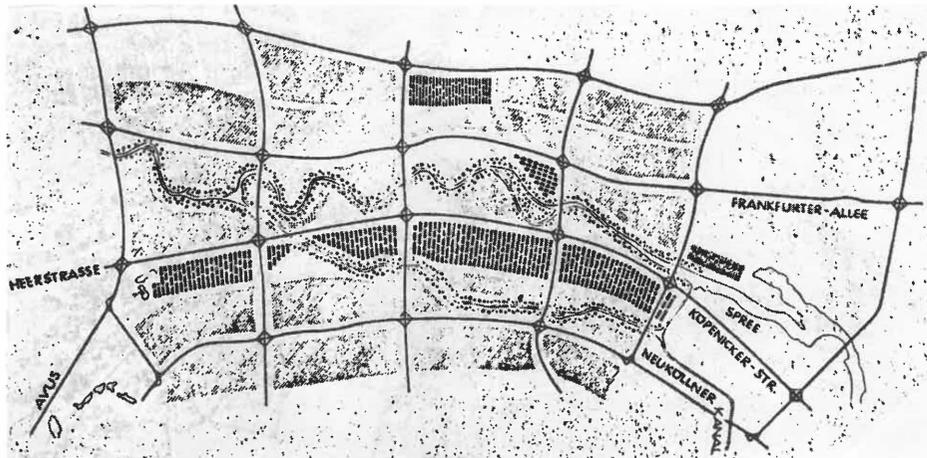


Abb. 6: P. Friedrichs Grundstruktur für den Berliner »Kollektivplan« von 1945 als linearisiertes Raster aus Stadtautobahn/Stadtbahn mit »superblocks«: Das Spreetal bestimmte die Längsausdehnung in Ost-West-Richtung. In den »superblocks« ließen sich das historische Berlin (dunkel schraffiert) samt neuem tertiären Sektor, neue Industrie- und Wohngebiete (hell) und der Flusslauf der Spree mit Grünzügen (gepunktet) unterbringen. Das an der Ost-West-Fernbahnlinie liegende Zentrumsband war als »Rückgrat« des neuen Berlin gedacht: Die weitere Ausdehnung nach Ost und West war denkbar, aus: P. Friedrich (s. A 32).

- die klare Scheidung der Funktionen des Arbeitens, Wohnens und Sich Erholens (u. a. in Frankfurt a. M. 1891);⁴¹
- die »Weiträumigkeit« der Bebauung mit einer deutlich von der Mitte aus (sei es Zentrum oder Rückgrat) zum Rand hin abnehmender Bebauungsdichte;⁴²
- die rationalen Formen der »Bodenaufteilung«, die – um an Kosten und Flächen zu sparen – die Abmessungen von Straßen und Bauparzellen in Verbindung mit dem vorgesehenen Haustypus differenzierte;⁴³
- die Unterteilung des sich verstädternden Gebietes in »Stadtzellen«, die gegeneinander durch »Grüngürtel« abzusondern waren (belt of open space);⁴⁴
- der »kurze Weg« zwischen Wohn- und Arbeitsort von ca. 15 Minuten;⁴⁵
- die störungsfreie Gestaltung des Inneren der Stadtzellen: frei von Verkehr, Lärm, Abgasen, Unfällen; sie kam erst mit der Automobilisierung hinzu;⁴⁶

⁴¹ Vgl. A. Weiland, Die Frankfurter Zonenbauordnung von 1891 – eine fortschrittliche Bauordnung?, in: G. Fehl (s. A 25), S. 342–388.

⁴² U. a. R. Baumeister, Die Abstufung von Bauordnungen für den Stadtkern, in: Centralblatt d. Bauverwaltung, Jg. 12/1892, H. 40, S. 425–429.

⁴³ T. Goecke, Verkehrsstraße und Wohnstraße, in: Preuss. Jahrbücher, Bd. 73, Berlin 1893, S. 85–104.

⁴⁴ R. Unwin, Townplanning in Practice, London 1909; deutsch: Berlin 1910.

⁴⁵ M. Bresson, Der Mensch und die Wohnung, in: Wohnungswirtschaft, Jg. 3, H. 10, S. 65–70.

⁴⁶ Vgl. H. L. Sierks (s. A 31).

- die Ausrichtung des Wohnungsbaus nach »Licht und Sonne«;⁴⁷
- die Geister der Bandstadt- und der Gartenstadt-Vorkämpfer schieden sich also nicht an solchen städtebaulichen Reform-Maximen, sondern ausschließlich an der Geometrie, die sie ihren Stadt-Systemen als Ordnung zugrundelegten: linear versus radio-zentrisch. Also an einem zunächst trivial erscheinenden Aspekt, der jedoch maßgeblichen Einfluss hat auf den Verlauf des Wachstums im Raum und der inneren Umstrukturierung der Stadt – und damit auf vielerlei mit Standorten und Grundrente verbundene Interessen.

9. In dieser Hinsicht zielte die Kritik der Bandstadt-Planer an der Gartenstadt in erster Linie auf die Zentralisierung und damit die Verfestigung des Gegensatzes von Stadt und Land, die dem Reform-Ideal eines »Stadt-Land-Kontinuums« zuwiderlief. Die Kritik zielte im einzelnen auf folgende aus der radio-zentrischen Struktur der Stadt resultierende Probleme des Wachstums und der Standorte:

- auf das Zusammenlaufen aller Verkehrswege und der Zusammenführung aller bedeutsamen Aktivitäten im Zentrum, mit der Folge der Verkehrs-Verstopfung, des behinderten Zugangs und der Verknappung zentral gelegener Flächen;
 - an der steigenden Ertragskraft zentral gelegener Flächen, die einerseits zu einer hohen Grundrente beitrug, andererseits, bei Knappheit des Bodenangebotes und hoher Nachfrage, zu steil ansteigenden Bodenpreisen;
 - an der mit steigendem Wachstum zunehmender Verdichtung im Zentrum als Folge eben dieser steigenden Grundrente und Bodenpreise;
 - an der mit dem Wachstum zunehmenden Entfernung vom Zentrum aus zur offenen Landschaft, als dem einzigen zusammenhängenden Erholungsraum der Bevölkerung;
 - an der mit zunehmender Funktions-Trennung wachsender Entfernung zwischen Zentrum und Peripherie und damit wachsender Länge und Dauer der Arbeitswege;
 - an der zunehmenden Verelendung zentrumsnaher Stadtgebiete, die mit dem Wachstum an der Peripherie ihre wohlhabendere Bevölkerung dorthin verloren und in deren leere Wohnungen arme Zuwanderer vom Land »einsickerten«;
 - an der damals bedroht erscheinenden Versorgung der Bevölkerung mit stadtnah produzierten Lebensmitteln als Folge der Verdrängung stadtnaher Landwirtschaft.
- In den Augen der Bandstadt-Planer verschärfte also eine radio-zentrisch strukturierte Stadt mit ihrem Bevölkerungswachstum und ihrer Ausdehnung in der Fläche ständig ihre Probleme, anstatt sie zu lösen. Alle wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Probleme der »radio-zentrischen Stadt« schienen den Verfechtern der Bandstadt aber auf einen Streich lösbar, wenn der Verstädterung nur die Geometrie der Linie unter-

⁴⁷ Unter vielen F. Gruber, Die Versorgung der Gebäude mit Sonnenwärme und Sonnenlicht, VI. Intern. Congress für Hygiene und Demographie, Wien 1888, S. 53–103.

legt würde: Ohne Zentrum, ohne Erweiterungsringe, ohne Trabanten, endlos wie ein Band sich entlang den schnellen Verkehrs-Linien in die Länge dehnend, immer die Natur und Landwirtschaft in nächster Nähe, mit kurzen Wegen zwischen Arbeitsplatz, Wohnort und den Einrichtungen der Freizeit, wegen der niedrigeren Bodenpreise durchgehend weiträumig bebaut.

10. Verglichen mit der Gartenstadt, versprach eine linear strukturierte Stadt darüberhinaus einen deutlichen Gewinn an Gleichheit; folglich schien sie sich besser zu eignen als Baustein beim Aufbau eines modernen Sozialstaates, der der Idee der Staats-Intervention zum Zweck der Herstellung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit durch den Mechanismus der Umverteilung verpflichtet war. Die Bandstadt entsprach folglich eher dem Ziel fortschrittlich denkender Sozial-Reformer: »Neubau der industriellen Gesellschaft durch egalitären Stadtbau!«⁴⁸

Im Einzelnen sollte die Bandstadt gleiche Lebensbedingungen für alle Bewohner in ihrem gesamten Gebiet bieten: gleichförmige Verteilung der Grund-Funktionen entlang den Verkehrslinien; gleichen Zugang aller Bewohner sowohl zum stets nahegelegenen Landschafts- und Landwirtschaftsraum als auch zu den entlang dem Band gleichmäßig verteilten übergeordneten Einrichtungen der Versorgung, der Kultur und der Verwaltung. Ferner versprach die Bandstruktur, die Herrschaft der Grundrente in ihren Extremen zu brechen und zumindest gleichmäßiger im bebauten Gebiet zu verteilen, da es nicht mehr einen einzigen Punkt »zentraler Lage« gab, sondern entlang den Verkehrs-Linien ein Band annähernd gleichwertiger Lagegunst. Die Vorteile in Aussicht stehender Bodenpreis-Senkung für den Wohnungs- und Gewerbebau schienen auf der Hand zu liegen. Schließlich bot sich die Bandstadt auf der semantischen Ebene an als ein Symbol der Fortschrittlichkeit, der das »verbindende Verkehrsband«, in Analogie zum Ford'schen »Fließband«, besonderen zeitgenössisch bedeutsamen Ausdruck verlieh.⁴⁹

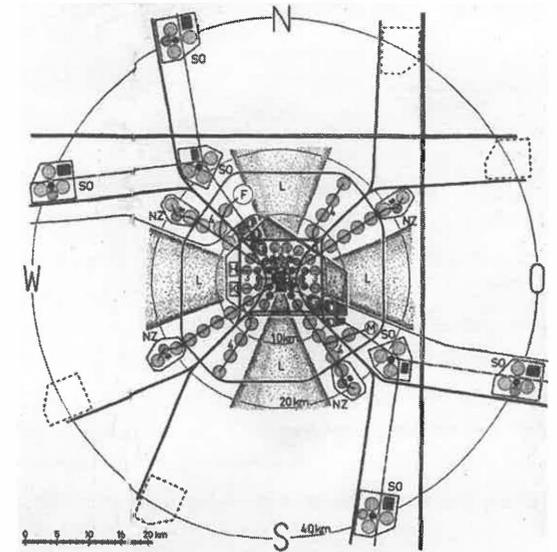
11. Allen Vorzügen zum Trotz fanden sich indes niemals fortschrittlich gesinnte Politiker und Investoren, die sich in dem langen Zeitraum eines halben Jahrhunderts ernsthaft auf den Bau einer Bandstadt eingelassen hätten – sehen wir ab vom Anfang in Madrid 1892 und vom Ende in Marne-le-Vallée 1969.⁵⁰ Die Gründe sind leicht zu benennen. Das von altersher überlieferte, meist radio-zentrisch strukturierte System

⁴⁸ Sinngemäß bei M. Wagner (s. A 14), S. 177. Ein Ziel, das im übrigen auch E. Howard, Tomorrow. A Peaceful Path to Real Reform, London 1898, S. 130 ff. mit seiner Gartenstadt auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage herbeiführen wollte.

⁴⁹ U. a. Bauhaus Dessau (Hrsg.), Zukunft aus Amerika. Fordismus in der Zwischenkriegszeit, Dessau 1995.

⁵⁰ Ein dezentrales »System von Gartenstädten« gelang es nie zu realisieren, jedoch immerhin zwei in sich abgeschlossene, wirtschaftlich autarke Gartenstädte, Letchworth und Welwyn, an der äußers-

Abb. 7: R. Hillebrechts Ideal-Diagramm (1962) einer verstärkerten Region für 2 Mio. Einwohner, die eine radio-zentrische Stadt-Struktur mit der »zentral-örtlichen« Struktur einer Stadt-Region zu verbinden suchte. Verglichen mit R. Petersens Struktur-Diagramm sind einige wesentliche Elemente noch nach 50 Jahren beibehalten, insbesondere die auf die innere Stadt zulaufenden »Grünkeile« und die an den Stadtbahnlinien perlenartig aufgereihten »Trabanten«, aus: R. Hillebrecht, Städtebau und Stadtentwicklung, in: Afk 1/1962, H. 1, S. 41–64. 1962.



der Ausfallstraßen und der im 19. Jahrhundert von einer Stadt ausstrahlenden Eisen- und Straßen-Bahnlinien ließ sich ohne nennenswerte Änderungen auch für die künftige Besiedlung der äußersten Peripherie beibehalten, indem das Wachstum in kleinen Schritten, mal eine Siedlung hier, mal eine dort, voranschritt. Auch ließen sich neue Verkehrslinien über die politischen Grenzen von Gemarkungen und Ländern hinweg leicht hinzufügen; dem Wachstum der Stadt war also eine radio-zentrische Struktur vorgegeben, die sich auch mit der bestehenden politischen und verwaltungsmäßigen Einteilung des Landes in Einklang bringen ließ. Demgegenüber die Bandstadt: Sie auf dem kleinen Maßstab einer einzelnen Stadt, gar innerhalb ihrer Gemarkung, zu konzipieren, machte wenig Sinn.⁵¹ Ihre weit über Land führende lineare Struktur hätte eine gänzlich neue Trassierung »immer an der Bahn lang« erfordert. Dafür hätten nicht nur der Gleiskörper oder die Fahrbahnen ihres »Rückgrates« durchgehend angelegt, sondern auch das Land in der vorgesehenen Breite für die Verstädterung in großen Abschnitten vorbereitet werden müssen: Enteignung, Umlegung oder Ankauf

ten Peripherie von London. Die Gartenstadt bezog ihre Attraktivität von Anfang an eher aus den kleineren und größeren Beispielen gebauter »Gartenvorstädte«, vgl. F. Bollerey (s. A 10) und eben aus der auf die einzelne Stadt häufig angewandten radio-zentrischen Struktur.

⁵¹ Es gab innerhalb ihrer Gemarkung liegende Städte mit Bandstruktur, die ihnen aber durch die Topographie aufgezwungen war: sog. »Talstädte« wie Hagen, Stolberg und Wuppertal. Sie jedoch haben wegen ihrer offensichtlichen, von der beengten Tallage verursachten Nachteile (stark verdichtete Bebauung, Verkehrs-Verstopfung, Luftverschmutzung, zentrale Lage der Industrie am Fluss, beschränkte Erweiterungsmöglichkeit u.a.) nie als Vorbild für die Bandstadt gedient.

auf größtem Maßstab, Bauverbot, Erschließung, Abräumung bestehender Bauten und Straßen, ja ganzer Orte und Siedlungen, Umsiedlung der Bevölkerung und Betriebe. Dabei wären der bereits bebaute Boden, vorhandene Standorte und Verkehrslinien, ja ganze Ortschaften entwertet worden, und preistreibende Spekulationen mit dem Bauerwartungsland indes kaum zu verhindern gewesen. Alles zusammen hätte Entschädigungen und Kapital für Bodenerwerb und Investitionen in gigantischem, haushaltsprengegendem Maßstab erfordert. Alleine das Risiko der Vorfinanzierung wäre unkalulierbar gewesen, zudem hätte die Überschreitung der Verwaltungs-Grenzen mit einem planmäßig angelegten Stadtband komplizierte politische Auseinandersetzungen vorausgesetzt und ganz neue Verwaltungs-Grenzen wären zu ziehen gewesen. Der Verwirklichung einer Bandstadt auf bereits besiedeltem Land standen also unüberschaubare Schwierigkeiten gegenüber. Bereits A. Soria hatte derartige Erfahrung bei seiner 1892 an der Madrider Peripherie auf bescheidene 48 km Länge projektierten und dann auf nur 7 km Länge realisierten »Linienstadt« machen müssen: Immer fehlte das Kapital, die Unterstützung der Behörden, die Möglichkeiten der Bodenenteignung. Auch erschwerten die spekulativ hochgetriebenen Bodenpreise den Ankauf weiteren Landes, so dass das Vorhaben schließlich 1914 kläglich scheiterte.⁵²

Für eine unabhängig vom bestehenden Städte- und Verkehrsnetz auf jungfräulichem Boden angelegte Bandstadt aber war, zumindest im alten Europa, praktisch kein Platz. Lediglich der Wiederaufbau der zerstörten Städte nach 1945 schien eine winzige Chance zu bieten.

Erstaunlich ist, dass in den Texten der Bandstadt-Protagonisten zwar allerlei über die technische Verwirklichung, insbesondere aber über den Abriss der verhassten gründerzeitlichen Stadtgebiete, zu entdecken ist,⁵³ aber nirgends die Schwierigkeiten mit dem Boden, den Verwaltungen, den Grenzen, dem erforderlichen Kapital u. a. deutlich angesprochen werden: Der Sozial-Staat würde dafür schon Sorge tragen.

12. Bei der fortdauernden Auseinandersetzung um die Gestalt der künftigen Stadt musste die mit ihrer radio-zentrischen Struktur weitaus einfacher und billiger zu realisierende, weitaus vertrautere und »zum Herzen sprechende« Gartenstadt die populärere sein und konnte deshalb die Rolle des dominierenden städtebaulichen Leitbildes leicht übernehmen. Die Bandstadt dagegen wurde, wo immer ihre Vorkämpfer mit Vorschlägen hervortraten, beiseite gedrängt: Sie konnten häufig ihre Vorstellungen nicht veröffentlichen und ihren Konzepten wurden, sobald sie auf den Tisch eines Amtes gelegt wurden, radio-zentrische Gegenkonzepte entgegengesetzt. Ihre Vorschläge wurden zuweilen sogar öffentlich verunglimpft. Dennoch ließen ihre Vorkämpfer nicht von ihr ab, weil sie die lineare Struktur für die künftige Verstädterung

⁵² Ausf. bei G. Fehl (s. A 25), S. 55 ff.

⁵³ U. a. führt Hilbersheimer 1944 minutiös den Abriss von ganz Chicago als Voraussetzung für den Aufbau seiner Bandstadt vor; vgl. L. Hilbersheimer (s. A 28).

unabweislich auf sich zukommen sahen. So setzten sie in gutem Glauben und voraus-eilender Empirie-Gläubigkeit alles daran, dem in Konturen sich abzeichnenden neuen Phänomen linearer Verstädterung schon vorab seine rationale Form zu geben – und es dabei zu vereinnahmen für ihre politischen Vorstellungen von einer sozial gerechten, egalitären Gesellschaft.

Unter gesellschaftspolitischem Blickwinkel betrachtet, kann es also nicht verwundern, dass die Bandstadt so lange auf so erbitterten Widerstand bei den Hütern der überlieferten Ordnung stieß. War doch bei den Bandstadt-Planern die Ablehnung der auf ein Zentrum ausgerichteten Stadtform identisch mit ihrer Ablehnung jeglicher Überlieferung: der städtisch-bürgerlichen Kultur, der bürgerlichen Vormachtstellung, der noch immer nicht abgebauten ständischen Ordnung und der Ungleichheit, aber auch dem bürgerlichen Privileg zur Verwertung des Bodens. Kurz, der Streit um die künftige Geometrie der Stadt war ein Streit um die Art der gesellschaftlichen Modernisierung⁵⁴ und die künftige Form der Gesellschaft, zuweilen sogar um Sozialismus oder Kapitalismus. Nur so lässt sich die Hartnäckigkeit der Auseinandersetzungen um die Bandstadt erklären.

13. In dem Maß, wie sich nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Deutschland der Trend linearer Verstädterung verstärkte, getragen u.a. durch die fortschreitende Lockerung der Standortbindungen von Industrie und Dienstleistungen, durch die zunehmende Automobilisierung und Mobilitäts-Bereitschaft der Gesellschaft, durch die Rationalisierung in der Landwirtschaft und die staatliche Eigenheimförderung, aber auch durch die unzureichende Kontrolle über das Flächenwachstum der Gemeinden, musste es vielerorts zu grundlegenden Spannungen kommen zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Der Anspruch auf Aufrechterhaltung der überkommenen Struktur radio-zentrischen Wachstums und zentral-örtlicher Verteilung der Orte im Raum wurde in steigendem Maß konterkariert, da sich die Probleme der Überfüllung in radio-zentrisch strukturierten Städten wie München, Hamburg oder Hannover verschärften und vielerorts bebaute Gebiete benachbarter Gemeinden zusammenwuchsen. Solche Siedlungsbänder entstanden also nicht planmäßig sondern »induktiv« und »inkrementell«,⁵⁵ indem sich ein ursprünglich wohl zentral-örtlich strukturiertes Siedlungs-

⁵⁴ Mit »Modernisierung« bezeichnet A. Giddens, Die Konsequenzen der Moderne, Frankfurt a. M. 1995, den Prozess der Ablösung von Tradition, Konvention und überlieferten Ordnungen und all dem, was bislang für »selbstverständlich« gehalten worden war und nun, in Frage gestellt, durch aktuelle Reflexion, durch bewusst entscheidendes Handeln, ersetzt werden muss. Damit geht gerade in der Stadt eine Sprengung der alten Zusammenhänge, ein Bruch mit der Zeit, eine Veränderung der Maßstäbe einher.

⁵⁵ »Inkrementell« bedeutet »in vielen kleinen Schritten« jeweils dem, was bereits vorhanden ist, eine Kleinigkeit, ein »increment«, am Rande hinzufügend. »Induktiv«, als Gegenteil von »deduktiv«, bedeutet, sich nicht aus einer übergeordneten Vorstellung herleitend; daraus entsteht ein stets unvollständiges Ganzes, das ohne Gesamtplan aus Teilen zusammenwächst.

gefüge mit dem Wachstum an Siedlungsfläche transformierte in ein lineares; und zwar dort, wo die Standortbedingungen für Gewerbe und Dienstleistungen in der Nähe von Autobahnen oder anderen überörtlichen Fernlinien günstig waren.⁵⁶ Die Vertreter der Bandstadt mochten sich zwar als gedankliche Wegbereiter der linearen Verstärkung bestärkt fühlen, indes erwiesen sich gerade ihre Konzepte als überholt von der regionalen Ausdehnung der neu entstehenden Stadtbänder, von deren induktiver Entstehung und wesentlich komplexeren Struktur: Statt eines sorgfältig in die Mitte eines Stadtbandes gelegten »Rückgrates« der Verkehrs-Fernlinie und dem ihm parallel zugeordneten Siedlungsband, stattdessen rigide gestalteter baulicher Ordnung und scharfer Abgrenzung gegenüber den Grünbändern, statt der Verzahnung von Besiedlung und offener Landschaft, statt einheitlich gleicher Standort- und Lebens-Bedingungen entlang dem Band und statt Beseitigung der seit altersher vorhandenen alten Siedlungsgebiete setzte sich eher ein »buntscheckiges Bild« durch: Wechselnde bauliche Verdichtung, unzulängliche Integration überlieferter Stadt-Fragmente, eingestreute Landwirtschaft, zerfaserte Ränder der Wohn- und Gewerbegebiete, das »Rückgrat« des Siedlungsbandes, die Autobahnen und Fernbahn-Linien, meist in einiger Entfernung vom Band der Besiedlung liegend, die Natur und die Arbeitsplätze nur selten auf »kurzem Wege« erreichbar u. a. m.

All dies war keineswegs »planlos« zustande gekommen, denn jede Gemeinde, jeder Investor, jeder Unternehmer hatte seine Pläne, die er zu realisieren suchte, denen jedoch, alle zusammengenommen, kein Gesamtplan unterlag. Das Gesamtgebilde ging also aus dem nacheinander Aneinanderfügen von »einzeln geplantem Stückwerk« hervor; auf ersten Anblick formlos, doch nicht ohne Struktur! Die Bevölkerung, großteils mit dem Zustandekommen solcher Verstärkungs-Räume aufgewachsen, sah deren Vorteile und identifizierte sich damit – auch wenn unter ökologischem Blickwinkel ein Fragezeichen dahinter zu setzen ist. Das hilflose Schmähwort von der »Zersiedlung« war also wieder schnell zur Hand.

14. Erst in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts lockerte sich das hartnäckige Verharren bei der Überlieferung, das besonders von den tonangebenden »alten Kameraden« der Raumplanung getragen worden war.⁵⁷ Die Linearität der Verstärkung wurde langsam als neue Gegebenheit begriffen und vorsichtig anerkannt.⁵⁸ Damit aber wurden die in städtebauliche Leitbilder geronnene eher konservative Ideologie der Gartenstadt und eher fortschrittliche Ideologie der Bandstadt entbehrlich: Das Leitbild Bandstadt büßte nicht nur seine lange behauptete Aura des Utopisch-Avant-

⁵⁶ Ausf. bei *K. Fischer*, Die Zentrale-Orte-Konzeption, in: *Der Landkreis*, Jg. 40/1970, Heft 2, S. 49–52.

⁵⁷ *W. Istel*, Die Konzeption »punkt-axialer Raumentwicklung«, in: *G. Fehl* (s. A 25), S. 295–315.

⁵⁸ *G. Isbary* (s. A 5).

gardistischen ein, sondern verschwand zur Gänze. Die Gartenstadt dagegen blieb, wenngleich nicht als stadtstrukturelles Leitbild, sondern reduziert zum Werbeslogan für Siedlungen privater Investoren.⁵⁹ Die neuen raumplanerischen »Bandstrukturen« folgten nun ohne viel politisches Pathos von Gleichheit und Gerechtigkeit den empirischen Vorbedingungen und Tatsachen der linear strukturierten Verstärkung: »Go with the flow«. Die Ursachen dafür lagen u.a. im brüchig werdenden Anspruch des Sozial-Staates auf Umverteilung, Gleichbehandlung und damit auf ausgleichende Entwicklungs-Planung; sie lagen aber auch im sich verstärkenden Interessen-Pluralismus: »Leitbilder« mit normierender Kraft, von Experten vorgegebene bildhafte Strukturen von Stadt-Systemen, galten nun nicht nur in der Sache, sondern auch in der Methode schlechthin als überholt.

⁵⁹ *G. Helfer*, Die Gartenstadt – auf Sand gelaufen?, in: *F. Bollerey* (s. A 10), S. 377–389.

Autoren

GERHARD FEHL (1934), Dr.-Ing., Univ. Professor em. war 1971–1996 Inhaber des Lehrstuhls für Planungstheorie an der RWTH Aachen. Forschungsschwerpunkt: Geschichte der Stadtplanung und Verstädterung; derzeit Erarbeitung einer Theorie der »Produktion von Stadt«.

HEINRICH HEIDEBRECHT (1958). Architekturstudium in Nowosibirsk, danach Tätigkeit am dortigen Hochbau-Projektinstitut. Nach der Übersiedlung 1986 in der Bundesrepublik als Architekt in Stuttgart tätig. Mehrere Veröffentlichungen über das Wirken deutscher Architekten in Russland.

BARBARA LANG. Studium der Empirischen Kulturwissenschaft in Tübingen und Promotion in Berlin am Institut für Europäische Ethnologie. Seit 1996 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie der TU Hamburg-Harburg. Arbeitsschwerpunkte: Gentrifizierung, Lebensstile, Desintegration, soziale Stadt und Stadtkultur.

HEINRICH MOLDENSCHARDT (1929). Kunst und Architekturstudium in Berlin (Weissensee und HBK Charlottenburg), danach freier Architekt. 1974 Mitglied der Akademie der Künste (Westberlin), 1975–1995 Professor an der HBK Hamburg für Bauplanung und Raumstruktur.

WILHELM RIBHEGGE (1940), lehrt deutsche und europäische Geschichte an der Universität Münster. Zu seinen stadthistorischen Veröffentlichungen zählen »Geschichte der Universität Münster. Europa in Westfalen« (1985), »Geschichte der Stadt und Region Hamm im 19. und 20. Jahrhundert« (1991) und »Europa-Nation-Region. Perspektiven der Stadt und Regionalgeschichte« (1991).

ULLA TERLINDEN. Studium der Soziologie an der TU Berlin. Seit 1995 Professur für »Sozioökonomische Grundlagen urbaner Systeme« an der Universität Gesamthochschule Kassel. Forschungsschwerpunkt: Gender Studies in Planung und Stadtsoziologie.

Heinrich Moldenshardt

Stalinstadt: Stadtgründung und Staatsgründung

Rezension zu: RUTH MAY, *Planstadt Stalinstadt. Ein Grundriss der frühen DDR, aufgesucht in Eisenhüttenstadt (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, 92), Dortmund 1999, 471 S., DM 64,-*.

Dieses Buch behandelt einen Gegenstand, der in der jüngeren Geschichtsschreibung schon mehrfach thematisiert, also mit auffällig großem Interesse behandelt worden ist. Vermutlich liegt hier nicht einfach dezidiert fachspezifisches der Planungs- und Baugeschichte der DDR vor, sondern auch ein manifest Politisches.

Mit annähernd 330 Seiten Text, drei Interviews über fast 70 Seiten sowie 60 Seiten Anmerkungen legt Ruth May eine Arbeit vor, die mit ihrem Reichtum an Fakten und Gedanken ihren Gegenstand nicht nur erschöpfend behandeln, sondern dahinter und darüber hinaus gelangen will.

Titel und Untertitel sind durchaus programmatisch: nach den zum fraglichen Zeitpunkt miteinander streitenden Konzepten zu suchen, ob überhaupt und wie das Projekt einer kompletten Stadt als »planbar« erschienen oder »planmäßig« herzustellen sei, und in welcher Weise dieser Vorgang geeignet sein könnte, einen »Grundriss« der DDR abzubilden.

Da es mit Stalinstadt nicht einfach um eine regionalpolitisch begründete Ansiedlung von Schwerindustrie gegangen ist, sondern darum, nach dem Ende der Anti-Hitler-Koalition und dem Anfang des Kalten Krieges die ehemalige Teil-Ökonomie Ostdeutschlands in eine relativ unabhängige »National-Ökonomie« zu verwandeln, die ohne eigene schwerindustrielle Basis nicht zu denken gewesen ist, hat es sich nicht nur um eine bedeutende Werk- und Stadtgründung

gehandelt. Vielmehr empfing beides etwas von der Emphase der notwendig gewordenen Staatsgründung der DDR.

Ruth May erinnert in diesem Zusammenhang an die nicht unwichtigen Tatsachen, dass dieser Staat nicht nur kein sozialistischer sein konnte, sondern auch zunächst keiner sein sollte, dass selbst der damaligen sowjetischen Einschätzung zufolge alle Voraussetzungen gefehlt hätten, den Sozialismus aufzubauen – und zwar nicht nur ökonomisch, sondern ebenso sehr sozial und politisch, dass aber vor allem der Wille der Sowjetunion bis über den Tod Stalins im März 1953 hinaus dahin gegangen sei, ein vereintes, aber neutrales Deutschland herbeizuführen, um sowohl dessen Eingliederung in das kapitalistische Wirtschaftssystem des Westens als auch in ein antisowjetisches Militärbündnis zu verhindern.

Was nordwestlich der kleinen Stadt Fürstenberg an der Oder auf einem riesigen Kahlschlag als Hüttenwerk und südlich davon auf einem abgeräumten Gelände der NS-Rüstungsindustrie als vollkommen neue Stadt begonnen hat zu entstehen, erhält 1953 mit dem Namen J. W. Stalins einen im Grunde irreführenden Ehrentitel, der bis 1961 Bestand hat. Denn diese Stadt- und Werk-Gründung machte nur Sinn, nachdem die Politik Stalins gescheitert war, die West-Integration des Adenauer-Staates zu verhindern, sprich Deutschland neutral und ungeteilt zu lassen. »Erste Sozialistische Stadt Deutschlands« wird Stalinstadt wenn schon nicht gegen, dann ohne den Willen Stalins.

Es dürfte weder rein mutwillig noch zufällig geschehen sein, dass der östliche Teil des mit Recht zerschlagenen NS-Staates sich auf eine »nationale« Kultur berufen zu können glaubte, kaum dass diesem Teil Deutschlands aufgenötigt wurde, einen eigenen Staat zu gründen. Offensichtlich hat eine beträchtliche Unsicherheit ge-

herrscht, weshalb mit umso größerem Nachdruck auf einem »humanistischen« Erbananspruch dieses »anderen« Deutschland insistiert worden ist.

Hinsichtlich der gewiss dringenden Probleme des Wiederaufbaus der kriegszerstörten Städte sind denn auch traditionalistische Prinzipien der Architektur und des Städtebaus schon knapp ein Jahr nach der Gründung der DDR in »Sechzehn Grundsätzen« kanonisiert und folgerichtig auch für die Planung des »Eisenhütten-Kombinats-Ost« (EKO) und die dazugehörige Neue Stadt verbindlich gemacht worden.

Ruth May nimmt zu den in der DDR – und weit darüber hinaus – zunächst noch relativ offenen und vor allem heftig geführten Debatten ausführlich Stellung. Warum sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Auseinandersetzungen über den richtigen Umgang mit jenem Kulturerbe derart zugespitzt haben, hält Ruth May offensichtlich für eine Schlüsselfrage: Was überhaupt beerbt und von wem etwas beansprucht werden sollte und schließlich wofür – all dies nimmt in ihrem Text einen breiten Raum ein. Unerörtert geblieben ist, warum im Laufe einer höchst wechselhaften Geschichte und unter widersprüchlichsten Voraussetzungen derartig unterschiedlich strukturierte Gesellschaften wie die kapitalistischen Demokratien des Westens, die sozialistischen Staaten des Ostens, oder Nazideutschland in durchaus vergleichbarer Manier mit Hilfe der gleichen historischen Kostüme sich repräsentiert sehen wollten. Die DDR beispielsweise mit den Formen einer spätabsolutistischen Staatsarchitektur oder ihren unheimlichen Vorbildern aus der ersten Reanimationsphase der Antike, der Renaissance.

Ruth May verfolgt die Geschichte der »Sechzehn Grundsätze« zurück: vom Tage ihrer Verlautbarung am 27. Juli 1950 bis in den April des gleichen Jahres, als eine Experten-Delegation der DDR, darunter Kurt W. Leucht, der Verfasser der späteren Ursprungs-Planung für Eisenhüttenstadt, in Moskau und später auch in Stalingrad das ehrgeizige Aufbauwerk der Sowjetunion zu sehen bekommen und dabei Grundsätzliches mit auf den Heimweg genommen hat.

Damit soll jedoch offensichtlich nicht einer jener gern zitierten Fälle sowjetischen Kultur-Diktats kolportiert, vielmehr der Nachweis versucht werden, dass sich die sowjetischen Fachleute und Kultur-Funktionäre auf eine ganz eigene, kaum übertragbare geschichtliche Erfahrung berufen konnten, da sich dort bereits Anfang der 30er Jahre die Leitgedanken der sowjetischen Bau- und Stadtplanung von den zuvor leidenschaftlich und sogar international wirksam verfochtenen Idealen einer radikalen Moderne abzuwenden begonnen hatten.

Von einer Tagung im Ministerium für Städtebau in Moskau am 22. 4. 1950 hat die DDR-Delegation Notizen eines Vortrages mit nach Berlin gebracht, in dem nachdrücklich auf die beim Bau der neuen Städte aufgetretenen Mängel und auf deren Planungs-Ursachen hingewiesen worden ist. Anekdotisch ließe sich dies etwa folgendermaßen kolportieren: »Euch deutsche Fachleute haben wir damals Ende der 20er Jahre ins Land geholt, damit ihr uns unsere sozialistischen Städte plant. Was wir bekommen haben, sind Siedlungen gewesen, durch die der Wind pfeift.«

In diesem Zusammenhang ist es folgerichtig, dass Ruth May bezogen auf Berlin den sogenannten »Kollektiv-Plan zur Neuordnung der Stadt« thematisiert, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945–1949 unter der Leitung von Hans Scharoun den »Sechzehn Grundsätzen« nahezu direkt vorangegangen war. Diesem Plan zufolge wäre die gesamte Stadt Berlin radikal neu zu strukturieren, d. h. vor allem aufzulockern, zu durchgrünen und – geordnet nach Miljutins Bandstadt-Prinzipien – derart zu gliedern gewesen, dass etwa von der Hälfte der unzerstört gebliebenen Stadt nur noch geringe historische Versatzstücke erhalten geblieben wären. Detailplanungen dieses Konzeptes, die sogenannte »Wohnzelle Friedrichshain«, sind sogar noch nach der Teilung der Stadt im Ostberliner »Institut für Bauwesen« – Scharouns Ideen folgend – weiter bearbeitet und von ihm beschrieben worden: Die Wohnzelle verhalte sich zur benachbarten Schnellverkehrs-Straße (notabene die Stalin-Allee) wie ein Dorf zur Reichsauto-Bahn (wohlgemerkt: 2,5 km vom Alexanderplatz entfernt).



Abb. 1: Stalinstadt-Planskizze, Kurt W. Leucht 1951.

Ruth May referiert dieses Kontrastbild gewiss nicht nur pflichtschuldig, um das planungsgeschichtliche Umfeld abzurunden. Vielmehr beleuchtet sie mit beinahe allen nennenswerten Theorien der »modernen Stadtplanung« den allgemein vorherrschenden Gestus einer profunden Stadt-Feindschaft: Ganz gleich, ob es um die »Charta von Athen« (Corbusier u. a. 1943), die »gegliederte und aufgelockerte Stadt« (Göde-ritz/Hoffmann 1945/57), die US-amerikanische Apotheose einer motorisierten Siedler-Bewegung (Wrights »Broad Acre City«) oder schließlich um den Lieblings-Begriff der »Stadtlandschaft« speziell der deutschen Reformgeister geht, die historisch überlieferte (»europäische«) Stadt hat allen als obsolet, als Symptom einer zivilisatorischen Bedrohung gegolten.

Mit dem eigentlichen Gegenstand, Eisenhüttenstadt oder Stalinstadt, ist ein solch widersprüchlicher kulturpolitischer Konflikt zumindest während der Planungsphase sehr eng ver-

knüpft gewesen. Kurt W. Leuchts Plan für die »Neue Stadt« ist nicht der ursprüngliche, sondern nur der letzte aus einer Reihe vorangegangener, wohl auch konkurrierender Versuche gewesen, unter denen Ruth May einen hervorhebt: Franz Ehrlich hatte einen anderen Standort für die Stadt, weiter nordwestlich, nahe dem Pohlitzer See gelegen, vorgeschlagen. Sein Plan war bereits mit einer Magistrale und so etwas wie einem »Zentralen Platz« versehen, ansonsten aber bestückt gemäß dem üblichen Repertoire des Zeilen-Baus. Dass er keinen Erfolg hatte, lag nicht am problematischen Standort. Die Kritik des Ministeriums hatte dem »nicht zeitgemäßen« Habitus der Planung gegolten. Ehrlich – obwohl Kommunist, Widerstandskämpfer und KZ-Häftling gewesen – hatte sich (obendrein früherer Bauhaus-Schüler) des Kosmopolitismus verdächtigt gemacht.

Ruth May fördert hierzu einen wenig bekannten Leserbrief zu Tage, den der Dresdner Schrift-

steller Ludwig Renn am 14. März 1951 im »Neuen Deutschland« veröffentlichten konnte. Renn war vermessen genug zu behaupten, das Bauhaus sei das einzig nennenswerte »Nationale Kulturerbe«, soweit es die Baugeschichte betreffe. Weiter ironisiert Renn den Protagonisten des propagierten Neo-Klassizismus, Kurt Liebknecht, indem er ihn mit Vignola vergleicht: *Er* habe die antiken Formen (oder, was er als solche angesehen) in feste Regeln gebracht. Von *ihm* seien die fünf »Ordnungen«, die seither von den Theoretikern des Klassizismus als für alle Zeiten und für alle Völker gültige Normen einer »Schönen Baukunst« gelehrt würden. Dies sei eine wahrhaft kosmopolitische Angelegenheit, und es gebe kaum eine Lehre, die der historischen Auffassung des Marxismus so klar entgegenstünde.

Müßig zu sagen, dass dem Genossen Renn von Seiten des Wilhelm Girnus, damals Redakteur beim »Neuen Deutschland« heftig widersprochen worden ist. Es bleibt das Verdienst Ruth Mays, auch das faktisch Unausgesprochene dieser geschichtlich signifikanten Auseinandersetzung hervorgehoben und auf uneingelöste Rückstände dieser Debatte hingewiesen zu haben. Zu vermuten ist nämlich, dass ungeachtet der breiten Popularisierung – oder auch Ästhetisierung der verbliebenen »Artefakte« jener Epoche der Bau- und Planungsgeschichte sozialistischer Länder – das, worauf man sich hat berufen wollen, das »kulturelle Erbe«, weitgehend unreflektiert geblieben ist. Und sei es nur, indem nicht wahrgenommen wurde, dass die Verhältnisse in der Sowjetunion hinsichtlich eines spezifischen, »nationalen« Kulturerbes ganz andere gewesen sind als in der DDR.

Das »Ausbleiben« der Weltrevolution nach 1918 und die Ausflucht Stalins, Sozialismus in *einem* Land verwirklichen zu können, hatte leidlich glaubwürdig zur Folge, auf einem »nationalen« Kultur-Erbe bestehen zu wollen, was immer dies auch in einer Union sozialistischer Republiken heißen sollte. Vielleicht ließe sich sogar annehmen, dass in der Sowjetunion die von der Revolution übersprungene, autochton-bürgerliche Epoche gerade im kulturellen Bereich eine gewissermaßen nachholende Virulenz entfaltet haben könnte.

Ruth May ist vorsichtig genug, eine kritische Lesart nicht zu unterschlagen, warum die »Moderne« dort gescheitert sein könnte, indem sie Wolfgang Pehnt – wenn auch nur in den Anmerkungen – relativ ausführlich zitiert: Die Arbeiterklasse – nun herrschend, aber unbelehrbar – habe die Rationalisten (!) und Konstruktivisten scheitern lassen, weil Kargheit und Askese eines bis dahin nie gesehenen Stils, der vom Luxus des besiegtten Bürgertums nichts mitgeteilt habe, ihnen – den Arbeitern – die neue sozialistische Ära nicht hätte glaubhaft machen können. Mag diese Lesart etwas Plausibles haben, greift sie wohl (idealistisch) doch zu kurz – vor allem, indem sie von sehr viel gegenständlicheren Aspekten abieht: Zunächst sind die Arbeiter in der UdSSR während der fraglichen Zeit im Zuge der forcierten Industrialisierung erst dabei gewesen, sich zu urbanisieren und als Klasse sich gesellschaftlich zu konstituieren – unabhängig ihres seit der siegreichen Revolution unangefochtenen Führungsanspruches.

Auch haben die Arbeiter wohl etwas dagegen gehabt, zur Moderne bekehrt zu werden mit Hilfe windiger Siedlungen, oder aber anhand eines »nie gesehenen Stils«, der eher einer bildhaft-technoiden Fortschritts-Besessenheit zu entstammen schien als wirklich rationalem Denken und konstruktivem Handeln. Vermutlich aber dürfte sich das »avantgardistische Bauen« schlicht als schadensanfälliger erwiesen haben im Vergleich zum traditionell-akademischen, das im Bereich des Vertrauten und Bewährten verblieben ist.

In Deutschland jedenfalls lagen die Verhältnisse vollkommen anders: Dort ist der Proletarier schon seit Beginn des Jahrhunderts durchaus erfolgreich »belehrt«, d.h. zu jener stadtfeindlichen Moderne bekehrt worden, zu jenem von Revolutions-Ängsten inspirierten, ausnahmslos bürgerlich initiierten Reformismus also, demzufolge der unbeweglichste Teil der Arbeiter-Bewegung, die Konsum-, Bau-, Kleingarten- und »Karnickelzüchter-« Genossenschaften, zu einer gründlich befriedeten Kundschaft geworden sind. Was die Nazis auf diesem Feld haben ernten können, ist von der Sozialdemokratie gesät worden. Dies ist konkret, was die DDR zu erben vorgefunden hat, abgesehen von den Trümmern



Abb. 2: Wohnbebauung, Zweiter Wohnkomplex 1955.

des faschistischen Raubkrieges, der an seinen Ursprungsort zurückgekehrt war.

Insofern kommt dem Beschluss des Ministerrats der DDR, am Oder-Spree-Kanal abseits des notwendigen Erzes der Ukraine als auch der Steinkohle polnischer Reviere dennoch eine groß angelegte Eisenhütte zu errichten, auch eine politisch-ideologische Komponente zu, gegebenen Voraussetzungen zu trotzen. Und mit der Maßgabe, daneben eine richtige Stadt zu bauen, also keine Werk-Siedlung, kein Anhängsel einer privaten Groß-Industrie, sondern einen Lebensraum für die Beschäftigten eines vergesellschafteten Betriebes und ihre Familien, entstanden grundsätzlich andere Bedingungen als etwa für Wolfsburg oder Salzgitter.

Ob und warum das »Städtische« hierbei – den Direktiven der Zentrale zufolge – aus der Erscheinungsweise einer einigermaßen willkürlich applizierten Traditions-Architektur hervorgehen sollte, kann hier als zweitrangig angesehen werden, gemessen an der Frage nach den intendierten räumlichen Gegebenheiten für ein manifest »städtisches« Leben, bzw. nach den Kriterien, mit deren Hilfe ein solch städtisch anmutender Raum zu definieren wäre.

Diesen Fragen stellt sich Ruth May nicht direkt, sondern nur im Zusammenhang mit der seit 1951 einsetzenden Entwicklung Eisenhüttenstadts und des dafür von Leucht minutiös beschriebenen Konzepts. Wie die vier »Wohnkomplexe« – etwa vergleichbar dem Begriff »Nach-

barschaft« – erdacht, wo sie angeordnet und wie sie ausgestattet worden sind; ihr System geschlossener Block-Ecken und Straßen-Fronten mit geräumigen, bisweilen übertrieben großen Gartenhöfen dahinter; zusätzliche öffentliche Grünzüge quer durch die Blöcke, begleitet von den Gebäuden der Kindergärten, Schulen und dergleichen. Die Nahversorgung ist zunächst ausschließlich in Einzelhandels-Läden vorgesehen, welche in den Erdgeschossen der Blockrand-Bebauung angeordnet wurden. Es fällt auf, dass hierfür deutlich mehr Raum bereitgestellt worden ist, als für den gedachten Zweck »städtisch« zu wirken notwendig gewesen wäre: »Raum« hat hier offensichtlich nichts gekostet. Stalin- oder Eisenhüttenstadt erscheint wie der leibhaftige Widerspruch gegen die Behauptung, »Urbanität« entstünde durch Dichte. – Jedoch: Ist es wirklich Urbanität (und welche überhaupt?), was an diesem denkwürdigen Versuch einer »Stadt Neuen Typs« zu erörtern wäre. Und möglicherweise ist es ebenso viel weniger eine Frage von Städtebau und Architektur, geschweige denn deren Details, als es die Fachwelt, d. h. auch die Fach-Historiker wahrhaben wollen?

Tatsächlich gibt es keine räumlichen Eigenschaften an sich – zumindest nicht im Bereich menschlicher Lebensumstände. Jeder Raum ist als Objekt der Wahrnehmung und als Rahmenbedingung des Verhaltens gesellschaftlichen Einflüssen, d. h. geschichtlicher Wandlung unter-

worfen. So kann ein und derselbe Raum ganz unterschiedlich wirken, je nach Stand der Entwicklung gesellschaftlicher Übereinkünfte, Wohnheiten oder Gebote. Kann es daher nicht beinahe als vermessen gelten, mit definierten Formen baulicher oder räumlicher Situationen bestimmte Wahrnehmungs- oder Verhaltensformen zielbewusst herbeiführen zu wollen? Im günstigsten Fall kann es sich doch nur um Angebote handeln.

Was nur hat Kurt W. Leucht herbeiführen wollen, einem Beispiel in Ruth Mays Darstellung folgend, die Hauseingänge der traditionell an den Blockrändern aufgereihten Wohngebäude von der Straßen- auf die Hofseite zu verlegen? Der »geschlosseneren« Wirkung zuliebe? Leider findet sich augenscheinlich weder bei Leucht noch bei May ein erklärender Hinweis auf die voraussehbaren Folgen dieser zunächst belanglos erscheinenden Maßnahme. Ist es dem Architekten nicht so sehr um eine buchstäblich geschlossener, als vielmehr um eine »schlossartigere« Wirkung gegangen? Das hieße, einen Widerspruch auflösen zu wollen zwischen jener »ererbten«, jedoch in die ideologischen Jahre gekommenen spätabsolutistischen Architektur und der Notwendigkeit, alle 15 bis 20 Meter den Hauseingang eines eher bescheiden dimensionierten Wohngebäudes vorzuzeigen? Hat der Architekt nicht selbst auf einen formal eindeutig als »öffentlich« erkennbaren Straßenraum Wert gelegt?

Eine andere, wesentlich kritischere Frage hätte sich an die prinzipielle Hilflosigkeit der programmatischen Versuche richten lassen (nunmehr im dritten oder vierten Aufguss antikisierender Formen-Repertoires), Erdgeschoss- von Obergeschoss- und diese von den Dachgeschoss-Wohnungen zu unterscheiden. Mögen manche Details auch strittig oder schlicht unerörtet geblieben sein, dahinter jedoch taucht die grundsätzliche Frage auf, weshalb die bewusste und durchaus begründete Abkehr vom Ideal der »Stadtlandschaft« überhaupt zu Strukturen zurückgeführt hat, die sich am ehesten mit gründerzeitlichen Modellen vergleichen lassen, obwohl sich mit dem Gemeinde-Wohnungsbau-Programm des »roten Wien« in den 20er Jahren

doch auch unverhohlenen städtische Strukturen mit marxistischem Hintergrund als Vorbild hätten finden lassen.

Geltend macht Ruth May, dass die von Leucht konzipierte und von seinen Nachfolgern nur unwesentlich veränderte Struktur Eisenhüttenstadts durchaus eine eigene Form darstelle, eine »Stadt Neuen Typs« also. Andererseits durchläuft die Stadtwerdung selbst bis etwa Ende der 60er Jahre mehrere Phasen fortschreitender Ernüchterung: Der Emphase des Anfangs ging schon wenige Jahre später materiell wie ideell die Luft aus. Die Mittel wurden knapper und – hier von nicht ganz unabhängig – die Prinzipien des Konzeptes immer weniger streng, bis sie schließlich kaum noch eingehalten wurden. Dieser Prozess hat schon im vorletzten Wohnkomplex schlichteste Zeilenbauten hervorgebracht und ist mit einem »Wohngebietszentrum« buchstäblich am Stadtrand keineswegs zu Ende gewesen. Das »Friedrich Wolff-Theater«, zu einem relativ frühen Zeitpunkt an der Magistrale noch ganz im Stile eines griechischen Tempelchens errichtet und dort lange Zeit ziemlich allein gelassen, ist schlussendlich flankiert und konfrontiert worden mit höchst banalen Ladenbauten und einer Dreierreihe bescheiden dimensionierter Wohnhochhäuser im ehrbaren, aber schlichtesten Kleid der Moderne.

Die dank Leucht leicht geschwungene Magistrale hätte ursprünglich gewiss sehr viel feierlicher werden sollen. Was ihr augenscheinlich tatsächlich gefehlt hat und fehlt, sind Anfang und Ende. Wo das Rathaus hätte stehen sollen, gähnt unartikulierte grüne Leere. Statt vom Rathaus ist die Stadt vom »Haus der Parteien und Massenorganisationen« verwaltet worden, oder indirekt von der Werksleitung. Ein voluminöses Torgebäude am Anfang der Magistrale, wo eventuell die Werk-Leitung ihren Platz hätte finden sollen, ist gleichfalls unrealisiert geblieben. Vielleicht, dass diesem Gebäude die beabsichtigte Wirkung als Stadteingang ohnehin versagt geblieben wäre, hätte es andererseits den achsialen Blick auf die eindrucksvolle Kulisse der fünf Hochöfen des Werkes doch eher verstellt als feierlich gerahmt.

Ruth May räumt den Zusammenhängen der



Abb. 3: Fußgängerallee und Grünzug 1956.

Entwicklung von Stadt und Eisenhütte und den Disparitäten dieses Wechsel-Verhältnisses notwendigerweise breiten Raum ein, ganz abgesehen von ihrer ausführlichen Berichterstattung über den konstituierenden Prozess der Standortwahl. Werk und Stadt sind zwar beide zentral geplant worden, jedoch von verschiedenen Ministerien. Diese wechselseitige Abhängigkeit hat nicht nur Kooperation, sondern auch Konkurrenz hervorgebracht. Doch auch ohne daraus entstandene Konflikte haben allgemeinere Probleme einer zentralen Planung auch sehr spezifisch gewirkt: Zentrale Vorgaben – beispielsweise der Typenentwicklung – waren vor Ort kaum noch zu beeinflussen, ebensowenig die andernorts entwickelten Details oder Fassaden. Das Vorhaben vor Ort jedenfalls, ein restlos befriedigendes Ganzes zusammenfügen zu wollen, war somit in vielerlei Punkten zum Scheitern verurteilt.

Als besonders folgenreich schildert Ruth May natürlich den Umstand, dass schon wenige Jahre nachdem dieses Projekt mit seinen sehr

ehrgeizigen Prämissen angelaufen war, der neuerliche Wechsel der baulichen und stadtplanerischen Zielvorstellungen wie ein schleichendes Gift zu wirken begonnen hat: 1954 ist die gesamte sowjetische Bau- und Planungspolitik von Chruschtschow von ihrem kultur-traditionellen Kopf wieder auf ihre polit-ökonomischen Füße gestellt worden. Stalinstadt hat fortan auf der Prioritätenliste staatlicher Zuwendungen einen immer unbedeutenderen Platz einnehmen müssen, während das Eisenhütten-Kombinat-Ost (EKO) sich relativ unbehindert fast bis zur Komplettierung seiner Produkt-Palette, der Walzstahl-Produktion vor allem, entwickeln konnte.

In dem Maß, wie das Werk dazu übergegangen ist, für nahezu sämtliche Lebensbereiche seiner Arbeiter auf eigenem Gelände eigene Einrichtungen zu schaffen, also nicht nur Werk-Kantinen, sondern Kaufhallen, Kindergärten und Sportplätze, sind staatliche Gelder in die Stadt nicht nur spärlicher geflossen, sondern teilweise ganz versiegt.



Abb. 4: Die Magistrale 1970.

»Das Zentrum der Stadt bleibt leer«, schreibt Ruth May hierzu, »weil es keine baulichen Lösungen für etwas gibt, das nicht mehr gebraucht wird«. Sie verweist darauf, dass dergleichen nicht allein dem Werk-Egoismus des EKO zuzuschreiben sei, wenn zugleich den Kommunalbehörden Schwäche und mangelnde Repräsentanz nachgesagt werden muss. In der zentralstaatlichen Verwaltung der DDR waren die örtlichen Behörden eben nichts anderes als die unterste Ebene staatlicher Bürokratie.

Der Vorrang der Betriebsgemeinschaft gegenüber der Stadtgesellschaft sei nicht minder systembedingt, fügt Ruth May hinzu, demzufolge die Werktätigen nicht allein ihre Arbeitsstunden und Arbeitstage im Werk verbringen, sondern auch die Zeiten, in denen sie die Sozialen Dienste oder die Freizeit-Angebote des Betriebes in Anspruch nehmen.

Zur Stadtplanungsgeschichte Eisenhüttenstadts hat Ruth May Bruno Flier interviewt, zur Geschichte der Aufbaujahre Jochen Czerny und zur politischen Ökonomie der Werk-Gründung Hermann Bömer. Flier berichtet von erhobenen

Daten Anfang der 70er Jahre zur »Wohnzufriedenheit« und zur »Orts-Identität« in großen Neubau- und Stadterweiterungsprojekten der DDR, wonach Eisenhüttenstadt die meiste Zustimmung erhalten habe. Zu diesem Zeitpunkt ist jedoch längst ein Prozess in Gang gewesen, in dem sich die ursprünglich eher heterogen zusammengesetzte Bevölkerung assimiliert, und der zunächst hohe Anspruch des Geplanten sich auf merklich bescheidenerem Niveau der Realisierung konsolidiert hat. Die statistisch belegte, relativ große Akzeptanz hatte also nicht einem idealtypischen, sondern dem Kompromiss-Produkt eines Städtebaus gegolten, dem allerdings auch längst eine hinsichtlich sozialistischer Idealvorstellungen »kompromittierte« Gesellschaft entsprochen haben dürfte.

Ruth May kommentiert diese Entwicklung gegen Ende ihres Textes etwa folgendermaßen: Die Kommunisten der DDR (und anderswo) hätten versucht, an die Traditionen des bürgerlichen Humanismus, der Aufklärung und der historischen plebejischen Empörungsbewegungen anzuknüpfen, und sie hätten versucht, daraus ein

sozialistisches Konzept zu machen. Utopie hingegen wäre ihnen gänzlich fremd gewesen: »Die positiven Traditionsbestände reichten schließlich bis hin zu Luther, Friedrich dem Großen und Bismarck«, derweil sich die Fragen von Architektur und Städtebau bautechnologisch längst schon reduziert hatten auf die Massenherstellung typisierter Wohnungen, vor allem aber auf eine peinlich-enge Variationsbreite von Schemata, wie diese Bauprodukte aufzustellen sind. Eisenhüttenstadt ist denn auch ein solcher Wohnkomplex (der fünfte) ebensowenig erspart geblieben wie eine genossenschaftliche Kleinhaus-Siedlung, geschweige denn die wildwüchsig entstandenen Datschen.

Von dem Versuch, eine »Erste Sozialistische Stadt Deutschlands« zu errichten, bleibt die historische Erfahrung, auf vergesellschaftetem Boden und mit einer vergesellschafteten Produktion ein großes Industrierwerk mitsamt einer veritablen Stadt errichtet zu haben; und zwar mit einem Resultat, das unter privatkapitalistischen

Bedingungen nicht denkbar gewesen wäre: nicht nur hinsichtlich der formalen, sondern auch ganz wesentlich der sozialen Merkmale.

Ruth May resümiert auf ihre Weise: »Das Wunder besteht am Ende darin, dass es doch in den Grenzen des Möglichen mit den öffentlichen Versorgungs- und Kultur-Einrichtungen, fast gegen die eigene politische Absicht der Zentrale, die Eisenhüttenstadt irgendwann vergessen hatte, für ihre Bewohner eine gelungene Stadt geworden ist. Mag ihre ästhetische Erscheinung, changierend zwischen Preußentum, Sowjetmacht und proletarischer Idylle auch befremden, faszinierend ist jedenfalls, dass diese Stadt funktioniert. Sie hat verschiedene Umbrüche erfahren, und das Eigentümliche ist ein Doppeltes: Dass der ursprüngliche Plan immer noch hohe Wohnqualitäten aufweist, demgegenüber alles Spätere sich als ridikul erweist; und die Stadt lebt ohne geplante Mitte, ein Leerraum, die Utopie, wie wenn sie an etwas gemahnte, wozu die DDR niemals in der Lage gewesen ist.«

Wilhelm Ribhegge

Geschichte als Stadtgeschichte

RICHARD J. EVANS, *Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910, aus dem Englischen von K. A. Klewer, 848 Seiten, Reinbek bei Hamburg 1991.*

DAVID BLACKBOURN, »Wenn ihr sie wieder seht, fragt wer sie sei«. *Marienerscheinungen in Marpingen – Aufstieg und Niedergang des deutschen Lourdes, übers. v. H. Fließbach, Reinbek bei Hamburg 1997, 704 Seiten, DM 58,-.*

»Warum«, so fragte vor einiger Zeit Dieter Langewiesche, »beeinflusst die moderne Stadtgeschichte so wenig die großen Gesamtdarstellungen, mit denen die Historiker ihr Geschichtswissen der breiteren Öffentlichkeit vorstellen und deren Geschichtsbild formen wollen?«¹ Die Frage ist berechtigt. Es gibt gute Beispiele dafür, wie es anders sein könnte. Der Rowohlt Verlag hat zwei erfolgreiche lokalhistorische Bücher herausgebracht, die geradezu exemplarisch im Spiegel der Orts- und Stadtgeschichte die übergreifenden Strukturen, Ereignisse und Entwicklungen der deutschen Geschichte im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts einfangen. Es sind das Buch von Richard J. Evans über die Cholera-Epidemie in Hamburg im Jahre 1892 und das Buch von David Blackbourn über die Marienerscheinungen in der saarländischen Gemeinde Marpin-

gen zur Zeit des Kulturkampfs. Beide Bücher waren zunächst in englischer Sprache in Oxford-Verlagen erschienen. In beiden Fällen handelt es sich – zunächst – nur um Fallstudien.

Evans studiert am Verlauf der Cholera-Epidemie in Hamburg im Jahre 1892 das Verhalten der Politik und der Verwaltung der Hansestadt in dieser Krisensituation. Er vermittelt anhand des breit zusammengetragenen Materials einen detaillierten und plastischen Einblick in die politisch-sozialen Verhältnisse und in das Gesundheitswesen der Stadt. Zu dieser Zeit veränderte sich das Gesundheitswesen in Deutschland grundlegend. Hamburg kam den neuen Erfordernissen nur zögernd nach. Die nach wie vor von dem überkommenen Honoratorentum der Stadt getragene Selbstverwaltung versagte, als es darum ging, den Bedürfnissen der Bevölkerung der Millionenstadt, insbesondere der der Arbeiterfamilien, gerecht zu werden.

Auf 850 Seiten entsteht ein imposantes Bild der Stadt Hamburg gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Es ist ungemein plastisch und detailfreudig gestaltet. Das Panorama der sozialen Schichtung Hamburgs wird vorgeführt. Eingehend werden die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse beschrieben. Die Zusammenhänge zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden an den führenden Persönlichkeiten der Stadt verdeutlicht. Wohl noch nie wurde die Selbstverwaltung einer deutschen Großstadt so eingehend beschrieben. Die Bühne, auf der sich dieses historische Drama um Leben und Tod abspielt, ist die Stadt. Aus dieser Perspektive wird auch das deutsche Kaiserreich wahrgenommen und in die Darstellung einbezogen.

Über die Motive, die ihn bei seinen Forschungen leiteten, schreibt Evans einleitend: »Zur Geschichte Hamburgs fühlte ich mich hingezogen, teils weil ich den Eindruck hatte, es sei an der

Zeit, etwas dagegen zu unternehmen, dass ein Großteil der modernen Geschichtsschreibung über das Deutschland nach 1871 von einer eingeeengten, auf Preußen konzentrierten Sicht erfolgte, teils aber auch durch ein schon bestehendes Interesse an der Sozialgeschichte des deutschen Liberalismus. Mein Ausgangspunkt war der Ruf dieser Stadt, ... im Deutschen Reich ein »Fremdkörper« und im kontinentaleuropäischen Zusammenhang eine »englische Stadt« gewesen zu sein. Ich nahm an, Hamburg könne als eine Art historisches Labor zur Überprüfung allgemeiner Begriffe dienen, mit denen der Kontrast zwischen England und Deutschland gemeinhin beschrieben wird.«

Die Hafen- und Handelsstadt Hamburg war die zweitgrößte Stadt Deutschlands. Marpingen war eine kleine Bergarbeiter- und Bauerngemeinde im Saarland, also in der Nähe Frankreichs. Die Gebiete Elsaß-Lothringens waren erst kurz zuvor, 1871, nach dem deutsch-französischen Krieg an Deutschland angegliedert worden. Das Saarland gehörte damals zur preußischen Rheinprovinz. »Vor dem Juli 1876«, schreibt Blackbourn, »hatten nur wenige Menschen in Deutschland und anderswo Grund, viele Gedanken auf ein Dorf namens Marpingen zu verschwenden. Es war eine 1600-Seelen-Gemeinde im nördlichen Saarland, stockkatholisch und höchst unbeachtlich ... Marpingen war aber nicht ganz so weltabgeschieden, wie manche später behaupteten. Viele Bewohner verdienten sich ihren Lebensunterhalt außerhalb des Dorfes, Bauern machten Geschäfte in nahegelegenen Marktstädten, ein Reigen bunter Gestalten, vom Landbriefträger über Notare und Geldleiher bis zu Wandermusikanten, kam durch den Ort und brachte Neuigkeiten mit.«

Im Juli 1876 wollten drei achtjährige Mädchen beim Beerensammeln im nahe bei Marpingen gelegenen Härtelwald eine Marienerscheinung gehabt haben, die sich in den folgenden Tagen wiederholt hätte. Diese Marienerscheinungen machten Marpingen in kurzer Zeit in aller Welt bekannt. »Marpingen wurde eine cause célèbre«, schreibt Blackbourn, »Journalisten, Priester und Devotionalienhändler fielen in das Dorf ein, außerdem Pilger aus ganz Deutschland

und aus dem Ausland. Anhänger und Gegner der Ereignisse dort nannten Marpingen »das deutsche Lourdes«, ja »das Bethlehem Deutschlands.« Minutiös wird der Ablauf der Ereignisse in Marpingen beschrieben: das Verhalten der örtlichen Bevölkerung, die Besuche von Pilgern und Neugierigen und das zögerlich-reservierte Verhalten der Amtskirche gegenüber den Erscheinungen.

Die preußischen Behörden sahen in der Volksbewegung, die die Marienerscheinungen ausgelöst hatten, einen Ausdruck politischer Opposition. Sie versuchten vergeblich, mit polizeistatistischen Maßnahmen, einmal sogar mit dem Einsatz von Militär, die religiöse Bewegung einzudämmen. Durch die Berichterstattung in der deutschen Presse und durch die Reaktionen der deutschen Parteien gewannen die lokalen Vorgänge in Marpingen überregionale Bedeutung. Die Konflikte mit den Behörden führten zu einer Reihe von Prozessen, und sie waren Gegenstand einer Debatte im preußischen Landtag in Berlin. Der Ausgang der Prozesse und der parlamentarischen Debatte, die die Übergriffe der Behörden in Marpingen in ein kritisches Licht rückten, belegen für Blackbourn, dass Preußen nicht nur ein »Obrigkeitsstaat«, sondern auch ein Rechtsstaat war.

Die Auseinandersetzungen in und um Marpingen waren Teil des Kulturkampfs, der in den 1870er Jahren in Deutschland und vor allem in Preußen tobte. Aber auch gesamteuropäische Konflikte kamen ins Spiel. Dabei standen sich Laizismus, Liberalismus und Antiklerikalismus auf der einen Seite, die Katholische Kirche nach dem Ersten Vatikanum unter Papst Pius IX. und die neu aufkommenden katholischen Volksbewegungen auf der anderen Seite gegenüber. Nationalistische Momente kamen hinzu. In Berlin beobachtete man äußerst misstrauisch die dubiosen Vorgänge an der deutsch-französischen Grenze im Westen.

Blackbourn hat für sein 700 Seiten umfassendes Buch Massen an Quellenmaterial zusammengetragen, das teils aus kirchlichen und staatlichen Archiven, teils aus Broschüren, Zeitungsartikeln und der späteren Erinnerungsliteratur stammt. Ähnlich wie in dem Hamburg-Buch von

Evans spiegeln sich auch in den Verhältnissen und Ereignissen in Marpingen wie in einem Mikrokosmos die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen. Aber anders als beispielsweise in den Darstellungen der sog. historischen Sozialwissenschaft, für die Hans-Ulrich Wehlers »Deutsche Gesellschaftsgeschichte« paradigmatisch steht,² werden hier die tatsächlichen Lebensverhältnisse nicht auf kategoriale Raster, Statistiken und begrifflich-theoretische Analysen reduziert. Desgleichen vermeidet Blackburn die für die historisch-sozialwissenschaftliche Methode so charakteristisch gewordene »Entpersonalisierung« der Geschichte, bei der die realen, an dem historischen Geschehen beteiligten Personen um der vermeintlichen »Wissenschaftlichkeit« der Aussage willen weitgehend »anonymisiert« werden. Blackburn verliert die handelnden und beteiligten Personen – Männer, Frauen und Kinder, Laien und Geistliche –, nie aus den Augen. Deren Einstellungen und deren Verhalten werden einführend nachgezeichnet.

Man schreibt wohl kaum ein derart ambitioniertes Buch, nur um ein ungewöhnliches Lokalgeschehen einzufangen und auszumalen. Blackburn hatte bereits vor Jahren in der Streitschrift über die »Mythen deutscher Geschichtsschreibung«³ die vorherrschende Tendenz in der westdeutschen Geschichtsschreibung seit den siebziger Jahren kritisiert, die die deutsche Geschichte seit 1848 nur als die Fortsetzung und als die Verlängerung des Scheiterns der Revolution von 1848 ansah, als einen »Sonderweg« der deutschen Geschichte gegenüber einer »fortschrittlicheren« Entwicklung in anderen westeuropäischen Ländern zu mehr Demokratie, Freiheit und Modernität. Am Fall »Marpingen« liefert Blackburn gleichsam den empirischen Nachweis für seine damalige Kritik.

² H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Dritter Band: Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995.

³ D. Blackburn / G. Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt a. M. 1980.

Auch Blackburn stellt fest, dass die deutschen Liberalen seit 1848 und zumal die Nationalliberalen seit der Reichsgründung von 1871 und während des Kulturkampfes eine Reihe ihrer ursprünglichen Ideale über Bord warfen und sich für den aufkommenden deutschen Nationalismus anfällig zeigten. Aber er bestreitet, dass die Liberalen, die in diesem Buch wegen ihrer starren antiklerikalen Militanz in keinem besonders günstigen Licht erscheinen, der einzige Maßstab seien, an dem Erfolg oder Misserfolg der modernen deutschen Geschichte zu messen sei. Zugleich befreit er den Katholizismus des 19. Jahrhunderts von dem Verdikt des »Antimodernen«, das ihm allzu pauschal weitgehend noch bis heute anhaftet. Die Katholiken wurden wie später die Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz zu »Staatsfeinden« abgestempelt, weil sie ein Moment des Widerstands in die neue, 1871 geschaffene nationale Gesellschaft einbrachten.

Blackburn geht schließlich so weit, eine Kontinuitätslinie von der katholischen Opposition in der Kulturkampfzeit zu der Opposition gegen den NS-Staat zu ziehen: »Was hatten«, fragt er, »die Reaktionen der Katholiken auf die Kulturkampfverfolgungen gemein mit dem ›Widerstand‹ in seiner bekannteren Form, dem im Dritten Reich?« Die Antwort: »Eine ganze Menge. In der Forschung über die dreißiger Jahre [dieses Jahrhunderts] wird zunehmend von ›Resistenz‹ gesprochen, um eine Haltung zu bezeichnen, die kein heldenhafter Widerstand, sondern eher eine Entfremdung vom herrschenden System war. Diese Resistenz finden wir auch im Kulturkampf, am Musterfall Marpingen.«

Nach der Lektüre des Buchs von Evans über Hamburg und des von Blackburn über Marpingen kann man die Geschichte des Kaiserreichs nicht mehr so darstellen, wie dies in den größeren Geschichtswerken und in den Schulgeschichtsbüchern immer noch geschieht, indem die lokalen Bezüge und die Stadtgeschichte ausgeblendet und faktisch negiert werden. Beide Bücher setzen neue Maßstäbe und eröffnen neue Perspektiven. Sie schreiben deutsche Geschichte als Stadtgeschichte. Es lohnt sich, die Denkanstöße, die von ihnen ausgehen, aufzunehmen und sich von ihnen anregen zu lassen.

Dieter Martin

Zur Praxis städtebaulicher Denkmalpflege

Rezension zu: CLAUS PETER ECHTER, *Grundlagen und Arbeitshilfen städtischer Denkmalpflege in Deutschland (Beiträge zur Stadtforschung, 28)*, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik 1999, 232 S., brosch. DM 58,-.

Welches die Königsdisziplin der Denkmalpflege sei? Diese Frage wird je nach Ausbildung, Arbeitsfeld und subjektiven Interessensgebieten individuelle Antworten erfahren. Im Jahr 2000 wird man sich davon frei machen, zuerst die Ausgrabung der Terrakottasoldaten des Kaisers Qin Di Huangdi, die Freilegung der Erstfassung der Wieskirche, den Abschluss des Fundamentalinventars Bamberg oder ähnliche elitäre Vorhaben zu denken. Vorrangig sind heute »essentials«: Mensch, Leben, Gesellschaft, Umwelt, Lebens- und Arbeitsumstände. Aufgaben der Denkmalpflege finden sich hier an vorderster Stelle: Sie beginnen bei der technischen Erhaltung oder Schaffung von Wohn- und Arbeitsstätten für den einzelnen und reichen bis zur Erhaltung der Dörfer und Städte. Gerade bei letzteren erreichen Aufgabe und Instrumentarium der Denkmalpflege eine bis heute kaum ausgelotete Komplexität. Berücksichtigt man alleine eine kleine Auswahl von Stichworten wie erweiterter Denkmalbegriff, ganzheitliche Aufgabe, Sanierungsziele, Denkmalverträglichkeit, Planungsstufen, Planungsrecht, vorbereitende Untersuchungen, Sozialplan, Kosten, Finanzierung und Betroffene etwa bei bisherigen Sanierungsmaßnahmen, dann zeigen sich die vielfältigen Faktoren, die divergierenden Ansprüche und der hohe Rang der städtebaulichen Denkmalpflege. Dass sich weder die Landesämter für Denkmalpflege noch die Kommunen auf einem dem Stellenwert

der Aufgabe angemessenen und möglichen Stand der Ausstattung und des Managements befinden, beweist ein aufmerksames Studium der höchst verdienstvollen Arbeiten von Claus P. Echter im Rahmen eines Forschungsprojektes des Difu.

Untersucht und dargestellt werden einige Instrumente zum Denkmalschutz und zur Denkmalpflege. Bei ihrer Auswahl hat sich Echter klug auf modernere Errungenschaften beschränkt. Dargestellt sind drei Gruppen von Instrumenten: 1. Drei vertiefende Darstellungen von raumgreifenden Beständen an Denkmälern (Denkmaltopographie, Ortskernatlas, Baualtersplan), 2. Zwei Planungsinstrumente (Zielplanung und Denkmalpflegeplan) und 3. Ein Instrument des Verfahrens (Denkmalarunde). Aus der Sicht der langjährigen Praxis der Denkmalpflege in Städten und im bayerischen Denkmalamt lässt sich die Auswahl zwar hinterfragen, die angesprochenen Grundlagen und Arbeitshilfen sind aber in bemerkenswerter Art, Methode und Form analysiert und dargestellt.

1. Zu Denkmaltopographie, Ortskernatlas und Baualtersplan

Zunächst fällt auf, dass die traditionellen Instrumente der Erfassung von Denkmälern nicht behandelt sind: Die gesetzlich vorgeschriebenen Denkmallisten werden wohl als selbstverständlich vorausgesetzt, die klassischen Inventare nicht als mögliche und ausreichende Grundlagen städtischer Denkmalpflege eingeschätzt. Die Interviewpartner der Denkmalämter haben sich insoweit wohl recht bedeckt gehalten. Tatsächlich handelt es sich bei den drei untersuchten Instrumenten um Ableger von Liste und Inventar, welche sie jedoch nur partiell ersetzen können. Die Auswahl schmälert den Wert der Untersuchung Echters keineswegs. Die sog. Denkmaltopographie haben ihre geistigen Väter in den Denk-

malämtern als Kopfgeburten in die Welt gesetzt, weil die praktizierte listenmäßige Erfassung der Hunderttausende von Denkmälern in Zweizeilern weder vom Anspruch des gesetzlichen Denkmalbegriffs noch von der Vermittelbarkeit der Öffentlichkeit her befriedigt. Die Ausweitung des Denkmalbegriffs musste zu ungeahnten Zahlen und damit zum Bankrott des klassischen Inventars führen. Seine Apotheose fand das Fundamentalinventar mit den jüngst abgeschlossenen vier Bänden für Landsberg/Lech.

a) Zur Denkmaltopographie: Die bundeseinheitlich schwarz gebundenen Folianten wollen die Topographie wiedergeben: die Denkmäler bezeichnen, ihren Ort und ihre Lage zueinander definieren. Theoretische Grundlagen formulieren u. a. Lübbecke, Osteneck und Wulf. Die Denkmalämter konnten eine eigene grundlegende Zusammenschau und einen Vergleich der unterschiedlichen Modelle bis heute nicht vorlegen. Vorbildlich und mit Distanz bewältigt Echter statt der Ämter das Desiderat und schildert Ziele und Methoden der bundesweit angelaufenen, aber von einem Abschluss noch Jahrzehnte weit entfernten Aktion zur Erstellung »der« Topographie. Sorgfältig sind Geschichte und Stand der Reihe recherchiert. Zutreffend auch im Detail ist das Urteil über die Qualität. In einzelnen Ämtern wird man das nur ungenügend, mancherorts aber wurden Bände von Verlegenheitsarbeitern nur zusammengeschustert, einige Bände sind demgegenüber von hoher, vielleicht überzogener wissenschaftlicher Eigenständigkeit und damit auf dem Weg zum Großinventar (z. B. Wiesbaden). Insgesamt ist in der Praxis ein einheitlicher Standard nicht zu erreichen. Das scheitert nicht zuletzt an den hohen Kosten (Echter nennt vorsichtig geschätzte Beträge bis zu 500 000,- DM pro Band) und den unterschiedlichen finanziellen Voraussetzungen, denn nur in einigen Städten scheint es gelungen zu sein, die objektive Unverzichtbarkeit einer Denkmaltopographie als vorbereitende Untersuchung im Rahmen der Stadtsanierung deutlich zu machen und damit die Gelder der Städtebauförderung zum Fließen zu bringen. Hier muss noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit es nicht eines Tages zu spät für »vorbereitende« Untersu-

chungen ist und nur mehr die bundesweit weitgehend sträflich vernachlässigte Dokumentation bleibt (Art. 16 Charta von Venedig). Ob das Gesamtunternehmen für Deutschland von den bisher 115 auf geschätzte mögliche 800 bis 1000 Bände kommen wird?

b) Zum Ortskernatlas: Dieses Instrument ist eine baden-württembergische Sonderform. Einzelhefte des Denkmal- und Vermessungsamtes stellen nicht das einzelne Denkmal, sondern städtische und ländliche Ortskerne als Gesamtheiten dar. Ob nicht auch hier die Schritte zur umfassenden Topographie und zur Zielplanung anstehen?

c) Zum Baualtersplan: Baualterspläne im engeren Sinne sind Ergebnisse historischer Bauforschung am einzelnen Objekt. Darüber hinausgehend hat Bayern zusammenfassende »Baualterspläne zur Stadtsanierung« für Amberg, Burg hausen und Regensburg in einer wegen befürchteter Verzettelung vom Landesamt leider offiziell eingestellten Reihe vorgelegt. Echter hat sorgfältig die Bedeutung dieses in den Fällen des Fehlens eines modernen Inventars (wo gibt es das schon?) er- und gefundenen Instruments für Stadtentwicklung, Sanierungsplanung und Verwaltungsverfahren untersucht und gewürdigt. Die ersten Bände waren Grundlage für die ersten Schritte der Städtebauförderung und den Übergang von der befürchteten Flächen- zu denkmalgerechten Objektsanierung. Der Informationsgehalt geht weit über Stadtkernatlas, Denkmaltopographie und sogar das herkömmliche Inventar hinaus. Problemlos wäre das System der Baualterspläne um Planungsvorgaben und die notwendigen Dokumentationen von Sanierungsmaßnahmen zu ergänzen. Deshalb ist es fast unverständlich, dass man dieses in der Praxis bewährte Instrument – vielleicht kombiniert mit einer Zielplanung – nicht bundesweit zum Standard der vorbereitenden Untersuchungen der StBauF gemacht hat.

2. Zu Zielplanung und Denkmalpflegeplan

Diese beiden Instrumente dienen nicht wie Topographie und Baualtersplan der Erfassung von Denkmälern, sondern der Planung der Umsetzung. Bereits mir den ausdrücklichen Geboten

einzelner Denkmal- und Fachgesetze sind Staat und Gemeinden gehalten, die Denkmäler bei allen Planungen zu berücksichtigen. Echter konnte die zum Teil bereits von anderer Seite untersuchten Planungs- und Rechtsinstrumente ausklammern, nur gestreift hat er die spezielle denkmalpflegerische Zielsetzung, die bis zur Erhaltung und Wartung einzelner Denkmäler reichen kann, und z. B. im früheren Gesetz der DDR und einigen Gesetzen der neuen Länder vorgesehen ist. Die Möglichkeiten der Planungsinstrumente sind bei weitem nicht ausgelotet. Die Untersuchung weist zu Recht auf das Fehlen klarer Vorgaben sowohl seitens der Gesetze als auch der deutschen Denkmalpflege hin. Echter stellt die Erfahrungen insbesondere einiger Kommunen in Schleswig-Holstein an den Beispielen Helgoland und Ratzburg heraus, wo die Zielplanung zur Sanierungsvorbereitung bei der Städtebauförderung eingeführt wurde. Hier werden nicht nur die Denkmäler genannt und in Plänen erfasst. Die meist aus den 70er und 80er Jahren stammenden Planwerke enthalten zum Teil umfangreiche Basisinformationen über Bestand und Vorgaben, über fachgerechten Umgang mit den Denkmälern, ferner Angaben über Störungen und Vorschläge für die künftige Entwicklung. Im Hinblick auf die Akzeptanz erscheint die Erkenntnis wichtig, dass die Planungen von den Kommunen und nicht allein von den Denkmalämtern entwickelt werden sollten. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, nach den Vorgaben ihren Rahmenplan zu beschließen. Interessant aber nach Auswertung der durchweg positiven Erfahrungen nicht unerwartet ist die Forderung, für alle wichtigen Gemeinden eine derartige Zielplanung zu erarbeiten. Zumindest einige Länder wie Mecklenburg-Vorpommern und Bayern (denkmalpflegerische Erhebung zur Dorferneuerung) greifen die Ideen auf. Künftig haben denkmalpflegerische Zielplanungen und Zielstellungen weitere und neue Funktionen, wenn die sog. Baurechtsreform Baugenehmigungsverfahren in Fällen ausschließt, in denen Bebauungspläne vorliegen: Bereits vor der Erstellung der Bebauungspläne müssen deshalb die denkmalpflegerischen Ziele formuliert werden – dabei und auch bei der UVP haben sich die meis-

ten Denkmalämter bisher sehr zurückgehalten, die Rechnungen werden sicher demnächst präsentiert.

In Nordrhein-Westfalen haben die Gemeinden Denkmalpflegepläne nach § 25 DSchG aufzustellen. Sie enthalten Bestandsaufnahmen, eine Analyse, Planungs- und Handlungskonzepte. Der gesetzliche Auftrag wurde bisher allerdings nur in 11 von fast 400 Gemeinden erfüllt. Einige neue Bundesländer haben das Instrument aufgegriffen. Zum Teil ist vorgesehen, dass die Gemeinden den Denkmalpflegeplan als Satzung beschließen, obwohl das Instrument dadurch statisch werden muss und ein flexibles planerisches Reagieren auf aktuelle Fragen ausgeschlossen wird. Vom Ansatz her kann der Denkmalpflegeplan je nach Ausgestaltung der Zielplanung Schleswig-Holstein entsprechen. Echter stellte die Anforderungen an den Beispielen Bonn und Dresden und zusammenfassend in einer Übersicht dar. Der Plan geht ebenfalls über die bloße Erfassung der Denkmäler in Listen, Topographien und Baualtersplänen hinaus und kann infolge der Zielvorgaben und der kritischen Auseinandersetzung mit bestehenden überörtlichen und gemeindlichen Planungen zu einem wertvollen Planungsinstrument werden. Vielleicht veranlasst die Untersuchung Echters die deutschen Denkmalpfleger und Denkmalpolitiker zu weiteren Vergleichen von Voraussetzungen und Nutzen. Ein Konsens mit einer Vereinheitlichung von Zielen, einer Sprachregelung und einer rechtlichen Ausgestaltung sollte angesichts der bundesweit identischen Defizite und der parallelen Interessen erreichbar sein.

Zielplanung und Denkmalpflegeplan haben sich bisher zwar erst in wenigen Beispielen bewähren können. Die Erfahrungen sind aber so überzeugend, dass allen Gemeinden mit historischem Bestand empfohlen werden kann, auch ohne gesetzlichen Auftrag vergleichbare Planungen zu erstellen. Die meist überschaubaren Kosten lassen sich oft über eine Mischfinanzierung mit Städtebauförderung, Dorferneuerung und staatliche Denkmalpflege tragen und lohnen sich wegen der Verbesserung der Entscheidungsgrundlage auf jeden Fall.

3. Zum Verwaltungsverfahren

Am Beispiel der »Denkmalpflegerunden« in Regensburg und München stellt Echter ein wichtiges Managementinstrument vor. Zu ergänzen wären vielleicht das Projektmanagement in Sachsen (vgl. Martin/Viebrock/Bielfeldt, Handbuch Denkmalschutz-Denkmalpflege-Archäologie, Kennzahl 19.00) und die aufgrund der Regensburger Erfahrungen eingeführten Sprechtag der Referenten des bayerischen Landesamtes bei allen Baugenehmigungsbehörden. Die Runde fasst jeweils die verwaltungsintern beteiligten Dienststellen zusammen, kann z. B. auch die Sanierungsstelle einbeziehen, schließt aber Bauherren und Architekten (noch?) aus. Sinn sind Konzentration, Abgleich der Stellungnahmen und Beschleunigung der Verfahren. Die abschließende Entscheidung liegt von Gesetzes wegen trotzdem meist bei der Genehmigungsbehörde im Gegensatz zu Ländern, in denen noch Einvernehmen vorgeschrieben ist.

Besonders hervorzuheben ist insgesamt das methodische Vorgehen, das jeweils auch die Wirksamkeit für die Öffentlichkeitsarbeit, Fragen der Praktikabilität und Veränderungswünsche einschließt. Mit sicherem Gespür hat Echter einige vorbildliche Errungenschaften der städtebaulichen Denkmalpflege herausgegriffen, diese in ihren Grundsätzen dargestellt und an geeigneten Beispielen in einzelnen Bundesländern analysiert. Ihm gelingt damit ein breites Spektrum von

Meinungen gerade der Institutionen und Personen, die mit den neuen Instrumenten arbeiten und die deshalb ihre meist positiven Einschätzungen mit ihrer Praxis belegen können. Vermieden ist die bekannte Gefahr breiter bundeseinheitlicher Umfragen, dass Informationsdefizite zur pauschalen Ablehnung nicht bekannter Instrumente führen. Bilanz und Ausblick fügt Echter souverän an. Die im Detail nachgewiesenen unbestreitbaren Vorteile aller vorgestellten Erfassungs- und Planungsinstrumente werden zusammenfassend gewürdigt. Ihrem breiten Einsatz je nach den konkreten Anforderungen in ganz Deutschland sollte eigentlich nichts entgegenstehen. Engpässe bei Personal und Finanzierung sollten angesichts der mittlerweile allein an der Universität Bamberg ausgebildeten 600 Denkmalpfleger und der zumindest bei der Stadt- und Dorfsanierung vorhandenen Finanzmittel im wohlverstandenen Eigeninteresse der Gemeinden überwindbar sein. Die abschließenden Ausführungen zu den Perspektiven kommunaler Denkmalpflege insbesondere zur Verwaltungsmodernisierung und zur präventiven Denkmalpflege geben Stoff zu weiterer Beschäftigung, Diskussion und Vertiefung. Verdient haben die Ergebnisse der Untersuchung einen fruchtbaren Boden und eine aufmerksame Aufnahme bei allen Verantwortlichen nicht nur in den Kommunen, sondern vor allem bei den eigentlich Verantwortlichen der Länder und des Bundes.



Jörg K. Hoensch

Die Luxemburger

Eine spätmittelalterliche Dynastie gesamteuropäischer Bedeutung 1308 - 1437

2000. 368 Seiten. Kart.

DM 31,30/öS 228,-/sFr 29,-

ISBN 3-17-015159-2

Urban Taschenbücher, Band 407

Der „kleinen“ Grafenfamilie der Luxemburger entstammten mit Heinrich VII., Karl IV., Wenzel IV. und Sigismund vier Römische Könige und drei Kaiser. Nur dem alle ritterlichen Attribute seines Zeitalters verkörpernden Johann dem Blinden blieb es verwehrt, neben der St. Wenzels- auch die Reichskrone zu erwerben.



Anna-Dorothee von den Brincken

Einführung in die historische Chronologie des Abendlandes

Kalenderreformen und Jahrtausendrechnungen

2000. 144 Seiten. Kart.

DM 39,90/öS 291,-/sFr 37,-

ISBN 3-17-015156-8

Ein neues Jahrtausend steht vor der Tür, eine Zeit, in der der Sinn, für große Zeiträume über die jüngste Vergangenheit hinaus geschärft, nach den Wurzeln der abendländischen Jahrtausendrechnung fahndet, die heute nahezu für die ganze Welt verbindlich ist.



Hans Eberhard Mayer

Geschichte der Kreuzzüge

9., verb. und erw. Auflage 2000

304 Seiten. Kart.

DM 32,85/öS 240,-/sFr 31,-

ISBN 3-17-016390-6

Urban-Taschenbücher, Band 86

Der besondere Wert dieser Gesamtgeschichte der Kreuzzüge liegt in einer Reihe von Gesichtspunkten und Interpretationen, welche bisherige Perspektiven nicht selten verändern.

Kohlhammer

W. Kohlhammer GmbH · 70549 Stuttgart · Tel. 0711/78 63 - 280